


Abonnieren Sie den GZ-Newsletter unter www.gemeindezeitung.de/newsletter oder scannen Sie diesen QR-Code.



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Jahrestagung des Deutschen Landkreistags:

Bayerische Anliegen an den Bund richten

Karmasin ist neuer Vizepräsident

Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin, seit Mai 2022 Präsident des Bayerischen Landkreistags, wurde im Rahmen der 75. Jahrestagung des Deutschen Landkreistags im brandenburgischen Neuhardenberg (Landkreis Märkisch-Oderland) einstimmig zu einem der Verbands-Vizepräsidenten bestimmt. Neu in diesem Amt sind auch die Landräte Sven Ambrosy (Landkreis Friesland) und Wolfgang Schuster (Lahn-Dill-Kreis). Wiedergewählt wurden Vizepräsident Landrat Joachim Walter (Landkreis Tübingen) sowie DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein).

Der 1996 in Fürstenfeldbruck erstmals zum Landrat gewählte Karmasin war seit 2011 bereits Vorsitzender im Verfassungs- und Europaausschuss des Deutschen Landkreistags, dem er insgesamt seit 25 Jahren angehört. Seine Wahl kommentierte er wie folgt: „Als Vizepräsident im Präsidium des Deutschen Landkreistags ist es mir besonders wichtig, unsere bayerischen Anliegen über dieses Gremium auch unmittelbar an den Bund adressieren zu können. Denn der Bund beschließt fortlaufend Regelungen, die uns als Kommunen unmittelbar betreffen und auch finanziell belasten, ohne dass wir vorab eingebunden wären. Umso wichtiger ist es, über das DLT-Präsidium beim Bund Einfluss zu nehmen.“

nehmend finanziell belastet werden. Hier ist die Unterstützung von Bund und Ländern gefragt. Und dieser Verantwortung werden wir uns auch stellen.“

Hohes Maß an Entscheidungsfreiheit

Laut Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, setzt sich die Bundesregierung ein für leistungsfähige Kommunen mit einem hohen Maß an Entscheidungsfreiheit vor Ort: „Diese Regierung vertraut Ihnen. Ich bin zutiefst überzeugt: Nur mit starken, handlungsfähigen Landkreisen werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Menschen im Blick behalten

Wie Präsident Sager darlegte, „ist der Deutsche Landkreistag über die Jahre nicht müde geworden dafür einzutreten, dass die Politik die Menschen in den Landkreisen im Blick behält und weiter am Thema gleichwertige Lebensverhältnisse arbeitet. Eine verantwortungsbewusste und gestaltungswillige kommunale Selbstverwaltung muss auch von Berlin aus unterstützt werden. Das beginnt bei einer aufgabenangemessenen Steuerausstattung und geht bis hin zu Klimaschutz, Krisenfestigkeit und Digitalisierung.“ Brandenburger Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke versicherte: „Wir lassen die Kreise mit der Energiekrise und den Inflationsfolgen nicht allein. Uns ist bewusst, dass sie zu-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

9. Bayerisches BreitbandForum: Schnelles Internet für Bayern

ACC Amberger Congress Center, 13.10.2022

Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken. Kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger finden hierfür die besten Lösungen auf dem Bayerischen BreitbandForum. Kommen Sie mit den relevanten Ansprechpartnerinnen und -partnern in Kontakt. Informationen unter www.bayerisches-breitbandforum.de

Schafkopfturnier nach dem BBF in Amberg: A Herz hat a jeder!

Profispielerinnen und Anfänger sind willkommen

Unmittelbar im Anschluss an das 9. Bayerische BreitbandForum am 13.10.2022 im ACC Amberger Congress Center lädt die Bayerische GemeindeZeitung kommunale bayerische Mandatsträgerinnen und -träger sowie die Breitbandverantwortlichen in den Kommunen zum Schafkopfturnier ein. Auf die drei Erstplatzierten warten Sachpreise. Egal ob Profispielerin oder interessierter Anfänger, Sie sind uns alle herzlich willkommen! <https://www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier>

Wichtiger Terminhinweis: Bayerisches FachkräfteForum in Neu-Ulm

Zum Thema „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund in der Region Neu-Ulm“ findet die nächste Präsenz-Veranstaltung am 24. Oktober 2022, von 16⁴⁵ Uhr bis 20⁰⁰ Uhr im Edwin Scharff-Haus in Neu-Ulm statt. Gemeinsam mit dem Städtischen Netzwerk Integration veranstaltet MigraNet mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums und in Partnerschaft mit dem Bayerischen Landkreistag diese Tagung.

Fachkräftegipfel der Bundesregierung:

Strategien gegen den Mangel

Immer mehr Unternehmen haben Probleme, freie Stellen zu besetzen. Grund ist der Fachkräftemangel in vielen Branchen, etwa im Handwerk, in der Pflege, in der Gastronomie. Vor diesem Hintergrund berieten Vertreter von Politik, Wirtschaft und Verbänden bei einem Fachkräftegipfel in Berlin den Entwurf einer neuen Fachkräftestrategie, die dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Mit ihrer neuen Fachkräftestrategie will die Bundesregierung die Anstrengungen der Unternehmen und Betriebe unterstützen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Für die Bundesregierung sind folgende Handlungsfelder zentral:

1. Zeitgemäße Ausbildung
2. Gezielte Weiterbildung
3. Arbeitspotenziale wirksamer heben und Erwerbsbeteiligung erhöhen
4. Verbesserung der Arbeitsqualität und Wandel der Arbeitskultur
5. Einwanderung modernisieren und Abwanderung reduzieren.

Die neue Fachkräftestrategie solle dazu beitragen, dass der Fachkräftemangel die Wirtschaft nicht ausbremst, erklärte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der zum Fachkräftegipfel eingeladen hatte. Geplant seien daher unter anderem eine Ausbildungsgarantie und die Stärkung der Weiterbildung. Mit einem modernen Einwanderungsrecht ziele die Bundesregierung darauf, dass mehr ausländische Fachkräfte nach Deutschland kämen.

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger ergänzte dazu, die Bundesregierung

wolle die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse weiter verbessern.

Außerdem verwies die Ministerin auf die geplante Exzellenzinitiative Berufliche Bildung. „Wir wollen damit die berufliche Orientierung ausbauen und insbesondere die Gymnasien stärker einbeziehen“, so Stark-Watzinger. Wichtig sei es zudem, die akademische und die berufliche Bildung nicht gegeneinander auszuspielen. „Wir brauchen beides in unserem Land und beides hat den gleichen Rang.“

Alle Potenziale nutzen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betonte, der Handlungsdruck sei hoch. „Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Politik daran arbeiten, dass wir alle Fachkräftepotenziale nutzen und fördern – die inländischen wie die ausländischen.“

Die aktuelle Prognose des Fachkräftemonitorings bis zum Jahr 2026 im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums zeigt, dass die Rekrutierung von Fachkräften für die Wirtschaft vor allem deshalb immer schwerer wird, weil die geburtenstarken

Jahrgänge zunehmend in den Ruhestand eintreten. Im Jahr 2026 wird die Suche der Arbeitgeber in einem knappen Viertel der betrachteten Berufsgruppen länger als 90 Tage dauern. Zu den Berufsgruppen mit erwarteten Engpässen gehören 2026 Berufe, die einen starken Arbeitsplatzaufbau verzeichnen, wie etwa Berufe in Informationstechnologie, Erziehung, Gesundheit und Hotellerie oder einen hohen, demografisch bedingten Ersatzbedarf haben (z.B. Metallbau und Elektrotechnik).

In den Kommunen fehlen 300.000 Fachkräfte

Fachkräftengpässe drohen vor allem in Berufen mit hohem Männeranteil, neben der Informationstechnologie auch im Hochbau und in Handwerksberufen wie Klempnerei, Sanitär, Heizung und Klimatechnik sowie Aus- und Trockenbau und Energietechnik. In den 25 Berufsgruppen mit Fachkräftengpässen und über 150.000 Erwerbstätigen sind dies 16 Berufe mit hohem Männeranteil, sechs Berufe mit hohem Frauenanteil und drei mit eher ausgewogener Geschlechterverteilung.

Andauern werden die Engpässe in den Bauberufen. Ein hoher Ersatzbedarf geht einher mit steigendem Neubedarf aufgrund der anstehenden Bauvorhaben. Engpässe sind vor allem (Fortsetzung auf Seite 4)



Von links: Dr. Axel Fischer, Heike Gülker, Roland Engehausen und Christina Leinhos.

Pressekonferenz im Münchner Presseclub:

Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Gefahr

Volle Notaufnahmen, Corona-Pandemie, Fachkräftemangel, Personalausfälle, explodierende Energiekosten und drohende Engpässe, Inflation und Sorgen um Liquidität und wirtschaftliche Defizite: Spätestens mit der Veröffentlichung des Kabinettsentwurfs des sogenannten GK-Finanzierungsstabilitätsgesetzes steht die Krankenhauspolitische Welt auf dem Kopf.

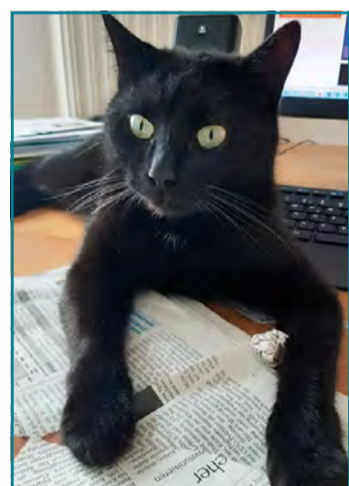
Anfang September startete eine bundesweite Protestaktion der Krankenhausverbände, um auf die massiven finanziellen Schwierigkeiten der Krankenhäuser in Deutschland hinzuweisen (siehe dazu auch http://openpetition.de/AlarmstufeRot). Daran beteiligt ist auch die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG).

Die sich zuspitzende Situation in Bayerns Kliniken war auch Gegenstand einer Pressekonferenz im Münchner Presseclub mit dem Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft Roland Engehausen, der Geschäftsführerin des Katholischen Krankenhausverbandes in Bayern, Heike Gülker, und dem Geschäftsführer der München Klinik, Dr. Axel Fischer. Moderiert wurde der Meinungsaustausch von der stellvertretenden BKG-Geschäftsführerin Christina Leinhos.

Drohendes Krankenhaussterben

Angesichts gestiegener Kosten warnen Bayerns Kliniken vor einem „unkontrollierten Krankenhaussterben“. Laut BKG-Geschäftsführer Engehausen treffen die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten nach den Belastungen der Corona-Pandemie nun die Inflation, extrem gestie-

gene Energiekosten sowie ein katastrophaler Mangel an Pflegepersonal mit voller Wucht. Während Unternehmen in der freien Wirtschaft ihre Kosten weitergeben können, blieben (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Rathauskater bricht eine Lanze für die vielen verantwortungsbewussten Vermieter. Schließlich werden sie bei allen Schutzschirmen außen vor gelassen, obwohl sie für die absehbar horrenden Heizkosten im kommenden Winter jetzt schon in Vorleistung gehen müssen. Wie gut, dass Pino beim Bürgermeister mietfrei leben darf. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn: Licht und Schatten	Seite 2
FW-Herbstklausur: Vernunft vor Ideologie	2
Krisen idealer Nährboden für extremistische Szenen	3
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Hilfe die ankommt: Das Postpatenprojekt	3
Mit Senioren kann man Wahlen gewinnen	3
Offensive für Kinderbetreuung	4
Kommunales Gesundheitswesen	4-6
Breitband - Digitalisierung - IT	5-14
Kommunale Energiethemen	15-21
Aus den bayerischen Kommunen	22-24

Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn:

Licht und Schatten

Eine insgesamt solide Lehrer- und Unterrichtsversorgung hat Kultusminister Michael Piaolo für das neue Schuljahr 2022/23 attestiert. Und dies, obwohl vor allem in Grund-, Mittel- und Förderschulen noch mehrere hundert Lehrer fehlen, wie das Ministerium auf einer Pressekonferenz in München bekanntgab.

Knapp 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler starteten in das neue Schuljahr – 45.000 mehr als noch im vergangenen Schuljahr, darunter rund 30.000 aus der Ukraine. 130.000 Erstklässler begannen ihr Schulleben, ein Plus von 8 Prozent gegenüber 2021/22.

„Höhere Schülerzahlen führen zwangsläufig zu höheren Bedarfen an Lehrpersonal, zusätzlich fällt durch Corona weiterhin auch im neuen Schuljahr Personal aus. Dennoch ist es gelungen, diese beiden besonderen Herausforderungen für den Schulstart in das kommende Schuljahr unter anderem durch die Akquise von zusätzlichem Personal zu kompensieren“, betonte Piaolo. Auch in Bayern stehe man vor einer zunehmend größer werdenden Herausforderung, die Bedarfe zu decken, aktuell vor allem in den Grund-, Mittel- und Förderschulen. In allen anderen Schularten stehe der Freistaat – auch im bundesweiten Vergleich – gut da“, unterstrich der Minister.

Lehrkräftebedarf gestiegen

Dass der Bedarf an Lehrkräften in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei, hänge vor allem auch mit den Aufgaben jenseits des normalen Unterrichts wie zum Beispiel Ganztag, Inklusion oder Unterstützungsstrukturen im Bereich digitale Bildung zusammen. Hinzu kämen die durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Fluchtbewegungen, auf die man personell reagieren müsse. Trotz eines angespannten Bewerbermarkts nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland wird der Freistaat laut Piaolo zum neuen Schuljahr mehr als 4.000 Lehrkräfte neu in den Schuldienst – in aller Regel verbeamtet auf Planstelle – einstellen.

Als positiv bewertete es der Minister zudem, dass zum neuen Schuljahr die Angebote im schulischen Ganztag und in der

Mittagsbetreuung ausgebaut werden konnten. Zudem würden die Programme zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wie etwa das Programm „gemeinsam.Brücken.bauen“ (gBb) fortgesetzt. Damit könnten besonders die durch die Pandemie benachteiligten Schüler beim Lernen und in den Sozialkompetenzen intensiv gefördert werden. Hier unterstützen auch die Schulpsychologen und Beratungslehrer.

Auf dem Spiel stehen pädagogische Errungenschaften

Alarm schlug dagegen der BLLV: Nach Verbandsangaben fehlen an den Grund-, Mittel- und Förderschulen im Freistaat 4.000 Lehrkräfte. Damit stünden nicht nur wichtige pädagogische Errungenschaften wie die Inklusion, der Ganztag, die Integration, die individuelle Förderung und die ganzheitliche Bildung auf dem Spiel. Vielmehr würden sogar die Kernbereiche des Unterrichts und die grundlegenden Strukturen der schulischen Bildung angegriffen.

FW-Herbstklausur in Nördlingen:

Vernunft vor Ideologie

Kampf gegen Inflation und Fachkräftemangel, Hochschulen als Impulsgeber der regionalen Wirtschaft und Wege aus der Baustoffkrise: Bei der Herbstklausur der Freien Wähler-Landtagsfraktion in Nördlingen stand eine Reihe aktueller Wirtschaftsthemen auf der Agenda, zu denen entsprechende Resolutionen verabschiedet wurden. Massive Kritik äußerten die Freien Wähler an der Regierungspolitik der Ampelkoalition in Berlin.

„Wir setzen uns als Kraft der bürgerlichen Mitte seit Jahren für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns ein – vor allem der ländliche Raum muss wieder eine bessere Perspektive bekommen“, erklärte FW-Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. Dazu brauche es eine gezielte Strukturpolitik, die auf attraktive Standortfaktoren auch für kleine und mittelständische Unternehmen, eine leistungsfähige Infrastruktur und flächendeckende Mobilität setze. Zudem sprach sich die Fraktion angesichts der verheerenden Preissteigerungen infolge des Ukraine-Kriegs für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger aus.

ÖPNV muss attraktiv sein

„Investitionen in den öffentlichen Verkehr sind in strukturschwachen Regionen in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen worden. Viele Bus- und Bahnhaltepunkte wurden aufgegeben und ganze Schienenabschnitte stillgelegt – ein schwerer Fehler“, betonte der verkehrspolitische Sprecher Manfred Eibl, „denn gerade auf dem Land braucht es ein flächendeckend attraktives ÖPNV-Angebot, um die Menschen vor Ort zu halten.“

Diese fatale Entwicklung habe auch vor Schwaben nicht Halt gemacht. „Weil die Wiederinbetriebnahme von Bahnstrecken einen wichtigen Beitrag zur ländlichen Mobilität und zur Verkehrswende insgesamt leisten kann, setzen wir uns für die rasche und vor allem vollständige Reaktivierung der Romantischen Schiene sowie der Hesselbergbahn ein“, unterstrich Eibl. Auch habe die Fraktion die Reaktivierung der Staudenbahn von Bad Wörishofen bis Augsburg im Blick.

Laut BLLV wird es vielerorts größere Klassen geben sowie Kürzungen bei unterschiedlichen Fächern wie Kunst, Musik oder Sport, bei Förder- und Differenzierungsangeboten, bei Arbeitsgemeinschaften und vielem mehr. Ein fataler Nebeneffekt dieser Entwicklungen seien die großen Unterschiede im Angebot der einzelnen Schulen in ganz Bayern. Das führe nochmals zu einer größeren Bildungsgerechtigkeit.

Echte Profis gesucht

Verbandspräsidentin Simone Fleischmann zufolge „sah das bildungspolitische Streichkonzert auch vor, dass neben professionell ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern auch andere Berufsgruppen an unseren Schulen arbeiten. Aktuell sind das 29 verschiedene Berufsgruppen. Wir gehen in unseren Berechnungen davon aus, dass das Ziel guter Bildung sein muss, dass alle Angebote wieder von ‚echten‘ Profis aufgenommen beziehungsweise vorgehalten werden.“

Attraktive Arbeitsbedingungen gefordert

Damit sich der Lehrermangel langfristig beheben lässt, brauche es attraktive Arbeitsbedingungen, die gleiche Eingangsbezahlung in allen Schularten und eine flexible Lehrerbildung, erklärte Fleischmann. „Wir müssen jetzt beginnen, diese Aufgaben anzupacken. Das ist ein

klarer Appell an die Staatsregierung. Wir verspielen sonst im bildungspolitischen Streichkonzert die pädagogischen Errungenschaften vieler Jahre – auf Kosten unserer Zukunft.“

In dasselbe Horn stieß die die bildungspolitische Sprecherin und parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Dr. Simone Strohmayr: „Bayern braucht mehr Lehrkräfte – dafür muss der Beruf attraktiver werden. Die Klassen sind zu groß, es gibt Unterrichtsausfälle, die nicht aufgefangen werden können.“

Die SPD-Fraktion fordert, insbesondere Grundschullehrkräfte besser zu bezahlen, um den Beruf attraktiver zu machen. „Wir wollen A13 für alle, nicht nur für Real- und Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Das würde ein Plus von 700 Euro für Grundschullehrkräfte bedeuten. Derzeit arbeiten die Lehrkräfte oft am Limit. Es müssen alle Register gezogen werden, um mehr Abiturientinnen und Abiturienten für den Beruf zu begeistern.“

Eine Umstrukturierung der Organisation würde ebenfalls zur Attraktivität des Berufs beitragen, hob Strohmayr hervor: „Wir wollen nicht, dass Lehrkräfte nebenbei als Administratoren für die IT der Schulen arbeiten müssen – sie sollen sich auf ihren eigenen Beruf konzentrieren. Deswegen brauchen wir mehr IT-Fachkräfte an Schulen, damit die Digitalisierung nicht an den Lehrern hängen bleibt. Auch mehr Verwaltungskräfte können helfen.“ **DK**

„Wir stärken die Beruforientierung an allen Schularten nachhaltig – als Markenzeichen für Bayerns beste Bildung. Gerade in diesen nicht einfachen Zeiten bringen wir neuen Gründergeist an Bayerns Schulen“, so Gotthardt.

Ebenfalls im Blick haben die Freien Wähler die sich zuspitzende Baustoffkrise: Sie wollen Bauherren spürbar entlasten und plädieren deshalb für eine angemessene und ausgewogene Förderkulisse. Nach den Worten des wohnungspolitischen Sprechers Hans Friedl „setzen wir uns dafür ein, dass keine Bauweise gegenüber einer anderen bevorzugt wird – weder die Massiv- noch die Leichtbauweise. Vielmehr muss die effizienteste, ökologischste und langlebigste Materialauswahl auf Basis von Standort, Nutzung, regionaler Baustoffverfügbarkeit und sonstigen Zielen getroffen werden.“

Dramatische Inflation

Angesichts der dramatischen Inflation müssen laut FW-Fraktion Menschen und Unternehmen zudem wirksam entlastet werden. Hierzu wurde ein 20-Punkte-Maßnahmenplan zur Bekämpfung der Verteuerung verabschiedet. Darin werden nach Angaben von Gerald Pittner, finanzpolitischer Sprecher, unter anderem ein konsequenter Abbau der kalten Progression, eine dauerhafte sowie weitere Erhöhung des geltenden Steuerfreibetrags, krisenbedingte regelmäßige Unterstützungsleistungen für private Haushalte in Abhängigkeit vom Energiepreisniveau sowie die Einführung eines europäischen Industriestrompreises zur Entlastung insbesondere von energieintensiven Unternehmen gefordert. Darüber hinaus sollen Rentner, Versorgungsempfänger, Studenten sowie Empfänger von Lohnersatz- bzw. BAföG-Leistungen bei künftigen Energiepreispauschalen bedarfsgerecht berücksichtigt werden.

Laut Fraktionsvorsitzendem Streibl lassen die bisherigen Beschlüsse der Bundesregierung nicht erkennen, dass Bundes-

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Schwierigkeiten mit Personal meistern

11. Oktober 2022, 9:30 - 12:00 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

19. Oktober 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden – vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.

kanzler Scholz es mit seiner Ankündigung, niemand werde allein gelassen, auch tatsächlich ernst meint. Gerade deshalb sei die bayerische Stimme im Bundesrat als Korrektiv der Berliner Beschlüsse so wichtig. Eine Pleitewelle müsse ebenso verhindert werden wie ein Zerbröseln der Mittelschicht.

Wie Parteichef Hubert Aiwanger hinzufügte, habe sich die Bundesregierung zum Komplizen der aktuellen Krise ge-

macht. Im Industriebereich sei bereits ein Produktionseinbruch von 15 bis 20 Prozent festzustellen. Es könne nicht sein, dass der Bund die Wirtschaft zum Aufgeben treibe, um Energie zu sparen. „Unser Appell lautet: Vernunft vor Ideologie.“ Die Bürger müssten auf breiter Front von den hohen Energiekosten entlastet werden. Allerdings lasse der Bund jede Einsicht und jedes zielgerichtete Handeln vermissen. **DK**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Holetschek:

3. Bayerische Demenzwoche

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat anlässlich der 3. Bayerischen Demenzwoche für einen offenen Umgang mit dieser Erkrankung geworben. Holetschek betonte: „Mit der Demenzwoche werfen wir ein Schlaglicht auf dieses wichtige Thema, das sehr viele Menschen direkt betrifft. Obwohl wir bei der Sensibilisierung für das Thema Demenz schon viel erreicht haben, dürfen wir nicht stehen bleiben.“

Der Minister fügte hinzu: „Ich freue mich, dass die diesjährige Bayerische Demenzwoche mit bayernweit über 600 Veranstaltungen und Aktionen an die beiden erfolgreichen Bayerischen Demenzwochen der vergangenen Jahre anknüpfen kann. Ich danke den vielen Akteurinnen und Akteuren für die tatkräftige Mitwirkung.“

Holetschek sagt weiter: „Ich wünsche mir, dass viele Bürgerinnen und Bürger diese Angebote im Rahmen der Bayerischen Demenzwoche wahrnehmen. Besonders liegt mir am Herzen, dass sich Betroffene sowie An- und Zugehörige über die vor Ort zur Verfügung stehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote informieren. Denn nur, wenn man von ihnen weiß, kann man diese Hilfen auch annehmen. Und das sollte so früh wie möglich geschehen.“

Allen Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates wird ein vielfältiges Programm geboten. Neben Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten rund um das Thema Demenz gibt es beispielsweise demenzsensibel gestaltete kulturelle Events, Bewegungsangebote und Gottesdienste.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMG) begann den Aktionszeitraum mit einer eigenen virtuellen Auftaktveranstaltung. Es hat die rund 50 Partnerinnen und Partner des Bayerischen Demenzpaktes zu einer Arbeitssitzung eingeladen, um die seit 2013 in Umsetzung befindliche Bayerische Demenzstrategie gemeinsam weiterzuentwickeln und gute Praxisbeispiele aufzuzeigen.

Im Rahmen des Bayerischen Demenzpaktes arbeiten Staatsministerien, Kommunen, Kirchen, Zivilgesellschaft, Kassen, Kammern, private Träger sowie Wohlfahrts- und Betroffenenverbände gemeinsam an zukunftsfähigen Strukturen, mit denen Menschen mit Demenz sowie ihren An- und Zugehörigen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglicht werden soll. Gemeinsam verfolge man das Ziel, die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Familien in einer demenzsensiblen Gesellschaft zu verbessern, so der Minister.

Informationen zu Veranstaltungen und Aktionen der 3. Bayerischen Demenzwoche im eigens dafür eingerichteten Veranstaltungskalender: www.demenzwoche.bayern.de. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fritz Obermaier
87679 Westendorf
am 2.10.

Bürgermeister Johann Hiebl
84576 Teising
am 3.10.

Bürgermeister Günther Babel
91717 Wassertrüdingen
am 26.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Elisabeth Steger
97904 Dorfprozelten
am 22.9.

Bürgermeister Stefan Schneider
83346 Bergen
am 25.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Scheitz
82346 Andechs
am 27.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Bauer
91352 Hallertendorf
24.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:

Krisen idealer Nährboden für extremistische Szenen

Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2022 vor AfD als Beobachtungsobjekt aufgenommen

„Extremisten lieben Krisen!“ Auf diese Formel brachte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die aktuellen Entwicklungen bei der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2022. Nach dem Abflauen der Coronaproteste bestimmte nunmehr der russische Angriffskrieg und seine Folgen auch in den extremistischen Szenen die Dynamik.

Die steigende Inflation, Sorgen vor Einschränkungen bei der Energieversorgung und einem möglichen wirtschaftlichen Abschwung verunsicherten die Bevölkerung. „Umso wichtiger ist,



Joachim Herrmann © stmi.bayern

dass die Bundesregierung endlich langfristige Lösungen entwickelt und eine funktionierende und bezahlbare Energieversorgung sicherstellt“, mahnte Herrmann. Problematisch sei insbesondere auch, dass Extremisten bei ihren Mobilisierungsver-

suchen bewusst ‚unverdächtig‘ auftreten, um so möglichst unbemerkt ihren Einfluss in breitere Gesellschaftsschichten auszubauen. „Die Menschen dürfen sich nicht täuschen lassen und den Extremisten auf den Leim gehen“, rät Herrmann. „Unsere Verfassungsschützer sind jedenfalls höchst wachsam.“

AfD im Fokus

Wie Herrmann weiter erklärte, ist nunmehr auch die AfD noch stärker in den Fokus der Verfassungsschützer gerückt. „Aufgrund der Entscheidung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die AfD als Verdachtsfall zu führen, hat auch das Bayerische Landesamt die Beobachtung der Gesamtpartei aufgenommen.“ Hierdurch soll aufgeklärt werden, inwieweit Bestrebungen in der AfD als Gesamtpartei vorliegen, die den Kernbestand der Verfassung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen versuchen. Nicht unter Beobachtung stünden jedoch die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion, da hierfür die höchstichter-

lichen Anforderungen nicht erfüllt seien.

Konflikt im Cyberraum

Der militärische Konflikt zwischen der Ukraine und Russland wird auch im Cyberraum getragen. Hier mahnte der Minister zur Vorsicht: „Auch wenn derzeit keine konkreten Anhaltspunkte vorliegen, muss mit erhöhter Wahrscheinlichkeit mit Kollateralschäden sowie gezielten Angriffen aus dem Cyber-Spektrum auch auf bayerische Unternehmen oder Stellen gerechnet werden.“ Das Cyber-Allianz-Zentrum Bayern habe hierfür sein Präventionsangebot für bayerische Unternehmen – insbesondere im Bereich der Kritischen Infrastruktur entsprechend ausgebaut.

Trotz der aktuellen Krisen warnte der Innenminister davor, die anhaltend hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus zu unterschätzen. „Auch hier müssen wir weiter wachsam sein. Denn nach wie vor können einzeln agierende Täter jederzeit zuschlagen. Zudem nehmen Akteure des legalistischen Islamismus weiterhin Einfluss auf unsere Gesellschaft. Daher ist die Absicht der Bundesregierung den „Expertenkreis Politischer Islamismus“ nicht fortzusetzen, aus Sicht des Ministers ein ganz falsches Signal. □

Franz Meyer bei der Landesversammlung 2022 der Senioren-Union der CSU:

„Mit den Senioren kann man Wahlen gewinnen!“

Die Unterstützung der älteren Menschen in den aktuellen Krisen war das Leitmotiv bei der diesjährigen Landesversammlung der Senioren-Union. „Mit den Senioren kann man Wahlen gewinnen!“, war das Resümee von Franz Meyer, seit 2021 Landesvorsitzender der Senioren-Union in Bayern. „Während die Ampel-Regierung der Lebensleistung der älteren Menschen ihre Anerkennung verweigert, setzt die Politik in Bayern ihre wirkungsvolle Unterstützung der älteren Menschen fort, vom Seniorenmitwirkungs-gesetz bis zur Förderung der Krankenhäuser im ländlichen Raum.“

In seiner Rede griff der bayerische Finanzminister Albert Füracker, MdL, diese Leitidee auf: „Wir brauchen die Senioren und ihre Bereitschaft, sich in die Gestaltung der Gesellschaft einzubringen. Die CSU reagiert auf die Herausforderungen durch den demographischen Wandel.“

Die Menschen brauchen helle und warme Wohnungen

Im Regensburger Kolpinghaus kamen über 200 Delegierte zusammen, um die Lage ihrer Generation zu diskutieren und mehr Maßnahmen zur Unterstützung zu fordern. In seinem Rechenschaftsbericht führte Meyer, Altlandrat und Staatssekretär a.D., aus, dass die Senioren-Union in den vergangenen Monaten sowohl ihre grundsätzlichen Positionen als auch ihre Position zu aktuellen Entwicklungen deutlich machen konnte. „Wir werden den fehlenden Respekt der Bundesregierung für die ältere Generation nicht hinnehmen!“, erklärte der Vorsitzende unter dem Beifall der Delegierten. Sowohl die vorenthaltene Energiepauschale als auch die grundsätzliche Ausrichtung der Energiepolitik der Ampel-Regierung in Berlin geben Anlass, mit Sorge auf den kommenden Winter zu blicken. „Gerade ältere Menschen erwarten, dass sie trotz der aktuellen Schwierigkeiten in den kommenden Monaten eine helle und warme Wohnung haben. Daran kann man angesichts der

Energiepolitik der Bundesregierung, beispielsweise beim Thema Kernenergie, zweifeln. So kann man keine Politik für unser Land machen!“

Füracker: „Lassen Sie uns zusammen anpacken!“

In seiner Rede nahm der bayerische Finanzminister und Vorsitzende der CSU Oberpfalz, Albert Füracker, diese Sorgen auf. „Wie kann man heute als verantwortlicher Politiker in Erwägung ziehen, etwas abzuschalten, was einen deutlichen Beitrag zur Energieerzeugung liefert?“, fragte Füracker mit Bezug auf die Haltung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Er versicherte, die CSU werde alles tun, um mit einer soliden und solidarischen Politik in Bayern, mit stabilen Finanzen und Förderung von Investitionen die Weichen für eine Zukunft mit Zuversicht zu stellen. Füracker lobte, dass die Senioren-Union die brennenden Themen der älteren Generation aufgreife und in deutlicher Sprache in die Politik einbringe. Viel Applaus bekam der Minister für seine Aufforderung: „Lassen Sie uns zusammen anpacken!“

Verabschiedet wurde ein Leit-antrag, in dem die Senioren-Union von der Politik fordert, neben der Unterstützung der älteren Menschen mit ihren besonderen Anforderungen von Pflege und Betreuung über Wohnen bis hin zur Mobilität gerade auf die aktuelle Krise zu reagieren.

Die Politik müsse helfen, wenn die materielle Grundlage des Lebensabends durch explosionsartig gestiegene Kosten und hohe Inflation gefährdet werde.

Auch in den Grußworten wurde die immer schwieriger werdende Situation der älteren Menschen betont. Die Bürgermeisterin der Stadt Regensburg, Dr. Astrid Freudenstein, verwies darauf, dass in der Domstadt seit 40 Jahren der Seniorenbeirat die Möglichkeit verbessere, die Themen der älteren Menschen anzusprechen. Dass mit der steigenden Zahl der Senioren die Verantwortung der Politik für diese Menschenwachse, hob Dr. Josef Pühringer, Vorsitzender des Oberösterreichischen Seniorverbundes hervor. □

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Klimawandel und immer wieder Corona – es sind die stets gleichen und unbestritten auch schwerwiegenden und existenziellen Themen, die unseren Lebens- und Arbeitsalltag maßgeblich bestimmen. Dabei geht oft der Blick für die kleineren, für den Einzelnen aber mindestens genauso wichtigen Themen verloren. Im Landkreis München ist vor kurzem ein Projekt gestartet, welches die Sorgen und Nöte älterer Menschen, die möglichst lange selbstständig bleiben wollen, in den Blick nimmt: das Postpatenprojekt.

Mit zunehmendem Alter und den damit einhergehenden körperlichen Einschränkungen fällt es vielen Menschen schwer, eingehende Briefe zu lesen, zu ordnen und nach ihrer Dring-



lichkeiten zu beurteilen. Im Landkreis München haben Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren jetzt die Möglichkeit, einen ehrenamtlichen Helfer an die Seite gestellt zu bekommen. Die sogenannten Postpatinnen und Postpaten unterstützen ältere Menschen beim Erledigen ihrer Post, beim Schriftverkehr und bei Behördenangelegenheiten.

Hilfe, die ankommt: Das Postpatenprojekt

Die Ehrenamtlichen werden für diesen Einsatz vom Münchner Bildungswerk geschult und von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der Aufsuchenden Seniorenberatung fachlich begleitet. Selbstverständlich sind sie zum Datenschutz und zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie beachten die Privatsphäre der Betroffenen und handeln nur mit deren Einverständnis. Für die Seniorinnen und Senioren ist die Unterstützung zudem völlig kostenlos.

Ich freue mich sehr über dieses neue Angebot für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Neben der konkreten Hilfe können hieraus auch wertvolle menschliche Kontakte entstehen und einer drohenden Vereinsamung entgegenwirken.

In der Hoffnung, dass das Angebot bei uns im Landkreis gut angenommen wird und vielleicht sogar (Post)Pate für Initiativen andernorts werden kann verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Familienministerin Ulrike Scharf:

Offensive für Kinderbetreuung

„Bayern.Gemeinsam.Stark.“ – Neue Chancen für Kitas

„Bayerns Familien brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung! Das ist die sozialpolitische Verantwortung unserer herausfordernden Zeit, der wir uns aktiv stellen“, betont Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf. Sie stellt klar: „Der Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung ist eine große Herausforderung, die wir nur gemeinsam bewältigen können! Alle Akteure – Kommunen, Träger, Tarifparteien, Verbände und der Freistaat müssen beherzt ihre Aufgaben angehen.“

Scharf erklärt weiter: „Im Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden und in unserem Bündnis für frühkindliche Bildung haben wir in den letzten Jahren bereits einen erfolgreichen Weg beschritten, den wir nun im Sinne einer zukunftsstarken Familienpolitik fortführen werden. Wir stärken die Qualität unserer Kinderbetreuung durch gezielte Qualifizierung. Mit dem neuen Gesamtkonzept zur beruflichen Weiterbildung und der Fortbildungsakademie schaffen wir Möglichkeiten, um mehr Menschen für einen Beruf in der Kinderbetreuung zu begeistern.“

„Die Zahl der betreuten Kinder, der Bildungs- und Betreuungsplätze und des pädagogischen Personals steigt seit Jahren – der Bedarf an Betreuung wird auch künftig wachsen. Wir geben deshalb ein Ganztagsversprechen für die Betreuung von Grundschulkindern ab 2026. Mit Hilfe von Unbedenklichkeitsbescheinigungen können Kommunen bereits jetzt Baumaßnahmen förderunschädlich beginnen. Träger und Kommunen erhalten mit Hilfe der Mini-Kita, der Großtagespflege und den Einstiegsgruppen außerdem kurzfristig Werkzeuge, um

unbürokratisch und unkompliziert neue Plätze zu schaffen“, so Scharf.



Ulrike Scharf. Bild: STMAS/Elias Hassos

Die Initiativen im Überblick:

- Ganztagsanspruch für Grundschulkindern ab 2026: Kommunen (Fortsetzung auf Seite 4)

Ich lese die GZ

» ... weil ich damit als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker immer bestens informiert bin. «

Josef Mederer

Bezirkstagspräsident Bezirk Oberbayern



Bayerische Anliegen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dafür müssten im Bund die richtigen Weichen gestellt werden, so Özdemir. So sei es beispielsweise für das Gelingen der Energiewende entscheidend, dass die ländlichen Regionen auch von ihren Anstrengungen profitierten. „Beim Osterpakt zum Ausbau erneuerbarer Energien habe ich mich dafür stark gemacht, dass möglichst viel Wertschöpfung in den ländlichen Regionen gesichert wird. Klar ist: Die Stadt braucht das Land bei der Energieversorgung, aber das Land darf am Ende nicht leer ausgehen. Dazu gehört, dass die Kommunen besser an den Erträgen von bestehenden Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen beteiligt werden und selbst entscheiden können, wo neue Anlagen ausgewiesen werden.“

Mit Blick auf die Energiewende wies Özdemir auch auf die Konkurrenz der Flächennutzung und den Flächenverbrauch hin. Die für die Energiewende unbestreitbar benötigten Flächen lägen vorwiegend in ländlichen Räumen. Aber gerade diese Flächen brauche es ebenfalls für Ernährungssicherung, wie der Krieg in der Ukraine gezeigt habe.

Was die Unterstützung der ländlichen Regionen angeht, setze die Bundesregierung weiter auf eine gezielte Förderung für das Land, um gleichwertig

Offensive für Kinder...

(Fortsetzung von Seite 3)

nen erhalten eine finanzielle Unterstützung bei den Investitionskosten für jeden Ganztagsplatz für Grundschulkind – Ganztagsversprechen. Wir ermöglichen außerdem die Ausgabe von Unbedenklichkeitsbescheinigungen. Diese Bescheinigungen werden im Vorgriff auf das kommende Sonderförderprogramm zum Ausbau der Ganztagsbetreuung ausgestellt. Die Kommunen können damit die Planungen zum Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkind weiter fortführen, obwohl die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund noch nicht vorliegt.

- Qualität durch Qualifizierung - neues Gesamtkonzept zur Fachkräftegewinnung durch berufliche Weiterbildung startet: Die ersten Kurse dieses neuen Konzepts starten noch in diesem Jahr. Hier wird ein neues modulares, durchlässiges Qualifizierungssystem von der Assistenzkraft über die Ergänzungskraft bis zur Fachkraft implementiert. Damit wird gerade auch Quereinsteigern in Ergänzung zur formalen Erzieher- oder Kinderpflegeausbildung die Tätigkeit in der Kita eröffnet.

- Neue Fortbildungsakademie: Es soll eine neue zentrale Anlaufstelle für die Fort- und Weiterbildung entstehen. Insbesondere für vorhandene und neue Kita-Fachkräfte, Kommunen und Träger.

- Experimentierklausel: Kommunen und Träger erhalten neue Freiheiten zur Schaffung zusätzlicher Plätze. Diese Gestaltungsmöglichkeiten gelten befristet für den Zeitraum von September 2022 bis August 2024.

- Modellversuch „Mini-Kita“: Hier wird die Betreuung von mehr Kindern – 15 statt bisher 12 – ermöglicht und der verpflichtende Fachkräfteanteil – 33 statt bisher 50 Prozent – gesenkt.

Weitere Informationen zur „Mini-Kita“ allgemein finden Sie unter folgendem Link <https://www.stmas.bayern.de/kinderbetreuung/mini-kita.php>. □

ge Lebensverhältnisse zu schaffen. Dafür stehe mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ein Instrument zur Verfügung, bei dem der Bundesminister noch Optimierungsmöglichkeiten sieht: „Ich hoffe, dass sich noch einmal ein Fenster für eine Grundgesetzänderung öffnet, um die GAK zu einer echten Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung auszubauen. Aber bis dahin haben wir innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens viele Hebel, um die eigenen Kräfte ländlicher Regionen zu stärken.“ Auch bei der Förderung der ländlichen Räume müssten künftig Natur-, Umwelt- und Klimaschutz noch stärker mitberücksichtigt werden, forderte Özdemir. Daher würden die Fördermaßnahmen in der GAK jährlich aktualisiert und an Herausforderungen wie Klimakrise und Artensterben angepasst.

Unerlässliche Digitalisierung

Als unerlässlich zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bezeichnete der Minister die Digitalisierung. Sie sei als Voraussetzung für attraktive Arbeitsplätze und konkurrenzfähige Unternehmen auf dem Land absolut unverzichtbar. Zudem hänge von einer leistungsfähigen digitalen Anbindung auch eine moderne Verwaltung ab. „Flächendeckend Glasfaser und schneller Mobilfunk – das ist die entscheidende Zukunftsfrage für die ländlichen Regionen. Homeoffice braucht Breitband und gerade in Landkreisen mit großer Fläche erwarten die Bürgerinnen und Bürger zurecht, dass Verwaltungsgänge digital erledigt werden können.“ Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beteilige sich daher aktiv daran, die Gigabit-Strategie der Bundesregierung umzusetzen.

Landkreise brauchen einen verlässlichen Rahmen

Die laufende Legislaturperiode sei aus kommunaler Sicht keine einfache, hob DLT-Präsident Sager hervor: „Der Koalitionsvertrag ist kein Füllhorn von Versprechungen für die ländlichen Räume. Umso mehr müssen und werden wir dafür eintreten, dass die Stimme der Landkreise gehört, ihre Belange von der Bundespolitik ernst genommen und so die Lebenswirklichkeit für die in den Landkreisen lebenden 56 Mio. Menschen weiter verbessert und perspektivisch gesichert wird.“ Die Menschen in den Landkreisen, von denen die meisten in ländlichen Räumen leben, würden zu Recht von der Politik eine gesicherte Infrastruktur – von der Kita, Schule und medizinischen Versorgung bis hin zu schnellem Internet, öffentlichem Nahverkehr und Kultur – erwarten. „Und sie wollen einen verlässlichen Rahmen für ihre wirtschaftliche Betätigung zur Verfügung haben.“

Was nötig sei, sei angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise eine finanzielle Absicherung des bestehenden ÖPNV: „Ohne eine so schnell wie möglich erfolgende Erhöhung der Regionalisierungsmittel wird es zu einem Rückgang des Angebots kommen. Das ist die Sorge, die uns umtreibt“, betonte Sager.

Berlin müsse auch eine Politik für die Menschen in den Landkreisen machen: „Für die ländlichen Räume ist es in dieser Legislaturperiode schwerer geworden, Mittel zu mobilisieren und Verbesserungen zu erreichen.“ Gerade in der derzeitigen weltpolitischen Situation mit vielfachen Auswirkungen auf das Leben der Menschen in

den Landkreisen gehe es aber um eine Stärkung der eigenen „Krisenfestigkeit von unten“: „Das beginnt auf kommunaler Ebene, bei den Landkreisen und Gemeinden: Ihnen muss das Leben leichter und nicht schwerer gemacht werden. Aus ihnen kommt die Kraft zur Bewältigung von Corona, Katastrophen und Flüchtlingswellen. Auch das Erreichen der Klimaziele wird sehr viel besser mit der Gestaltungsfreiheit der Länder und Kommunen funktionieren. Das sorgt für Akzeptanz in der Bevölkerung und ist ein Schlüssel zum Erfolg der Energiewende“, so der DLT-Präsident.

Kommunale Strukturen zur Selbstgestaltung befähigen

Kommunale Strukturen gelte es zuerst mit allem Nötigen auszustatten, damit Selbstgestaltung, Kreativität und Engagement zur Entfaltung gelangen können. „Dabei sehen wir die gleichwertigen Lebensverhältnisse als thematische Klammer, als Richtschnur und Prüfmarke, um in Generationenthemen zu investieren.“ Zentral sei hier eine ordentliche, den Aufgaben entsprechende kommunale Finanzausstattung: „Unser Vorschlag dazu liegt seit Langem auf dem Tisch und lautet: Die Umsatzsteuer muss zwingend nach Einwohnern verteilt werden, damit gerade ländliche Gebiete die notwendigen Anpassungen der Infrastruktur bewältigen können“, stellte Sager fest.

Übergriffigkeiten des Bundes

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages forderte den Bund auch dazu auf, mit Gesetzentwürfen, die die kommunale Ebene kostenwirksam umsetzen muss, zurückhaltender umzugehen. Sager zufolge „stehen wir vor finanziell schwierigen Monaten. Gerade deshalb ist es an der Zeit, das ausgreifende Engagement des Bundes in Themenfeldern der Länder und Kommunen zu reduzieren. Hierbei geht es um Bereiche, die die Länder verantworten, bei denen es aber immer wieder zu Übergriffigkeiten des Bundes kommt, für die die Landkreise und Gemeinden vor Ort dann auf Dauer finanziell einzustehen haben.“

Wie der Präsident ausführende, sei es richtig, dass der Bund die Schuldenbremse künftig einhalten will. „Darin unterstützen wir ihn, um nachfolgende Generationen vor Überlastung zu schützen. Deshalb führt an einer Priorisierung kein Weg vorbei, wobei Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Transformationsprozesse oder Breitbandausbau wesentlich sind.“ Dies bedeute aber auch, „dass bei Bildung, Kinderbetreuung, Regionalverkehr oder bei kommunalen Investitionen, wo der Bund in der Vergangenheit oft umfangreiche Vorhaben mit zeitlich begrenzten Zahlungen angeschoben hatte, die Kommunen und Länder selbst die Verantwortung tragen und darüber entscheiden müssen, was gemacht wird.“

Neue kommunale Aufgaben

Die maßgebliche Ursache für finanzielle Mehrbelastungen der Kommunen seien ausgeweitete Bundesgesetze oder sogar neue kommunale Aufgaben. „Beispiele sind die Ganztagsbetreuung oder das Bürgergeld, die vor Ort zu kommunalen Mehrbelastungen führen.“ Darüber hinaus würden immer wieder im Bund Strukturdiskussionen – zuletzt zum Katastrophenschutz – geführt, bei denen es im Kern stets um eine Schwächung der kommunalen Ebene ginge, beklagte Sager: „Vielleicht trägt das Bewusstsein um die Endlichkeit der Haushaltsmittel im Bund ja dazu bei, dass der Bund sich et-

Bayern und Baden-Württemberg:

Bund muss Versorgung mit dringend benötigten Medizinprodukten sicherstellen

Südschiene startet Bundesratsinitiative für Verbesserungen bei Umsetzung der Medizinprodukteverordnung

Angesichts sich verschärfender Versorgungsengpässe bei dringend benötigten Medizinprodukten fordern Bayern und Baden-Württemberg die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für deutliche Verbesserungen bei der Umsetzung der EU-Medizinprodukteverordnung (MDR) einzusetzen. Hierfür brachten die beiden Länder, eine gemeinsame Initiative in den Bundesrat ein. Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manne Lucha wird den Antrag im Plenum des Bundesrats in Berlin vorstellen.

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek sagte in München: „Es besteht dringender Handlungsbedarf. Aktuell nehmen Hersteller immer mehr Medizinprodukte vom Markt, weil die bürokratischen Hürden der Zertifizierung wie auch ihre Kosten durch den Übergang zur neuen MDR deutlich gestiegen sind. Dadurch wird die Zertifizierung oft unwirtschaftlich.“ Holetschek betonte: „Mit der Konsequenz, dass bewährte Medizinprodukte den Anwenderinnen und Anwendern nicht mehr zur Verfügung stehen. Es müssen andere, teils auch risikoreichere Behandlungsoptionen angewandt werden.“

Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manne Lucha erklärte in Stuttgart: „Seit drei Jahren weisen wir in Brüssel und Berlin auf Probleme mit der Medizinprodukteverordnung hin. Die Hürden, Medizinprodukte zu zertifizieren, sind sehr hoch – besonders unverhältnismäßig ist das bei bewährten Bestandsprodukten. Das gefährdet die Versorgung der Menschen. Auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft und Fachärztinnen und Fachärzte warnen, dass wichtige Medizinprodukte nicht zur Verfügung stehen. Ich erwarte mir jetzt ein entschiedenes und engagiertes Handeln von unserer Bundesregierung. Sie muss in intensive Gespräche mit Europäischer Kommissi-

Mehr Patientensicherheit

on und den anderen Mitgliedsstaaten gehen und sich für verlässliche, pragmatische Lösungen einsetzen. Es braucht jetzt vor allem eins: Tempo.“

Holetschek erläuterte: „Ziel der Verordnung war mehr Patientensicherheit und nicht weniger. Eine Gefährdung durch fehlerhafte Medizinprodukte wie beim Fall hunderttausender unsicherer, zudem damals rechtswidrig in Verkehr gebrachter Silikonimplantate sollte minimiert werden. Doch was gut gemeint war, ist nicht gut gemacht!“ Holetschek fügte hinzu: „Die industrielle Gesundheitswirtschaft versorgt aus dem Süden Deutschlands die gesamte Europäische Union mit High-Tech-Medizinprodukten. Um dies auch künftig tun zu können, setzen sich Bayern und Baden-Württemberg vehement für die Behebung der entstandenen Probleme und Herausforderungen ein.“

Baden-Württembergs Minister Lucha unterstrich: „Vieles, was in der EU-Medizinprodukteverordnung angelegt ist, ist nicht zu Ende gedacht. So haben wir beispielsweise immer

noch nicht genügend Kapazitäten für MDR-Zertifizierungen bei den Benannten Stellen. Hersteller müssen zwar einerseits ihren Verpflichtungen zur Compliance mit den neuen Regelungen nachkommen, aber die Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sie dies tun können.“

Laut einem Sachstandsbericht der Bundesregierung sind rund 6.000 Medizinprodukte betroffen, die bereits vom Markt genommen wurden oder bei denen dies angekündigt wurde. Dabei handelt es sich auch um sogenannte Nischenprodukte, die in kleineren Stückzahlen hergestellt und zur Versorgung von speziellen Zielgruppen (z. B. Herzkatheter bei Babys) verwendet werden.

Verschärfte Versorgungslage

Nach Auslaufen der insbesondere für Bestandsprodukte vorgesehenen Übergangsfrist am 26.05.2024 könnte sich die Versorgungslage weiter verschärfen. Die beiden Gesundheitsminister sind sich einig: Es braucht einerseits Erleichterungen für Produkte, die sich über Jahre hinweg auf dem Markt bewährt haben, aber es muss auch sichergestellt werden, dass die Zertifizierung von neuen, innovativen Medizinprodukten in Europa, insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen, im aktuellen Rechtsrahmen zügig und mit vertretbarem Aufwand gewährleistet werden kann. □

Strategien gegen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

in Tätigkeiten zu erwarten, die mindestens einen beruflichen Abschluss voraussetzen, wozu auch „Bauplanung und -überwachung, Architektur“ zählen.

Auf dem Fachkräftegipfel forderte der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein Bündel von Maßnahmen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Davon sind auch die Kommunen betroffen. Aktuell fehlen über 300.000 Fachkräfte. Längst betrifft dies nicht nur die IT-Spezialisten, sondern alle Verwaltungsbereiche und die kommunalen Unternehmen. Eine besondere Herausforderung ist der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

Schulen müssen näher an den Arbeitsmarkt

Nach wie vor verlassen zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss und viele junge Erwachsene können keinen Berufsabschluss vorweisen. Von daher wird laut DSTGB eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit zusätzlichen Fachkräften, aber auch eine entsprechende Ausstattung der Schulen im digitalen Zeitalter benötigt. Die Schule müsse näher an den Arbeitsmarkt und die örtlichen/regionalen Betriebe heranrücken. Die Berufsorientierung an den Schulen sei bereits vor den Abschlussklassen weiter zu stärken.

Im Bereich der Ausbildung seien die Möglichkeiten geförderter praxisnaher Ausbildung für Jugendliche, die am Ausbildungsmarkt keinen Ausbildungsplatz finden, auszubauen. Vor allem bedürfe es aber auch einer veränderten Ausbildung bei bestimmten Berufsgruppen.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber, die kommu-

nalen Spitzenverbände und die Gewerkschaft Verdi haben Eckpunkte für eine Neugestaltung der Erzieher- und Erzieherinnenbildung vorgelegt. Hier wird ein bundeseinheitlich verankerter gesetzlicher Anspruch auf eine Auszubildungsvergütung, die durch einen Ausbildungsvertrag abgesichert wird, gefordert. Damit könnte eine wichtige Weichenstellung zumindest für diesen Mangelberuf erfolgen.

Darüber hinaus gelte es, die Integration arbeitsloser Menschen in das Erwerbsleben weiter nachhaltig zu stärken. Der Schlüssel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit liege in einer verbesserten Betreuung durch die Jobcenter. Die Rahmenbedingungen und Angebote zur individuellen Begleitung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen seien zu verstetigen. Diese benötigten eine entsprechende Ausstattung der Eingliederungs- und Verwaltungstitel.

Auch die Weiterbildung müsse forciert und der Quereinstieg durch Teilqualifikationsmöglichkeiten erleichtert werden. Durch eine Reduktion der Überregulierung etwa im Bereich von Dokumentations- und Überwachungspflichten könnten Kapazitäten für produktive Tätigkeiten geschaffen werden. Digitalisierung und Automatisierung böten Potenziale zur Optimierung der Arbeitsprozesse.

Zur Stärkung einer qualifizierten Fachkräftezuwanderung zählen laut DSTGB zum einen eine Vereinfachung des geltenden Rechts, eine schnellere Anerkennung von Berufsqualifikationen, keine „Abwertung“ ausländischer Schulabschlüsse sowie schließlich die gezielte Förderung des Spracherwerbs nicht nur für die Zuwanderer, sondern auch für die Familienangehörigen. □

T GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Der ultimative Digitalisierung-Booster für Bayern

Unsere Ziele für Bayern:

- Ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaft mit der Kommune für eine echte digitale Transformation
- Wir bauen auf eine gemeinsame Strategie bestehend aus **Eigenausbau**, **regionaler Kooperation** sowie dem **geförderten Ausbau**
- **Persönliche Beratung** durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort
- **Maßgeschneiderte Entwicklungsplanung** Schritt-für-Schritt und zu 100% transparent

www.telekom.de/glasfaseroffensive-bayern



9. Bayerisches BreitbandForum

Wir sind am 13. Oktober in Amberg für Sie vor Ort, schauen Sie vorbei.



www.bayerisches-breitbandforum.de/besucherregistrierung



Erleben,
was verbindet.

Bayerns Kliniken im Sturmgewitter

Kostenexplosion, Corona-Herbst und eine ungewisse Krankenhausreform

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft bittet Anfang August eindringlich darum „nicht mit Bagatellen in die Klinik-Notaufnahmen zu kommen“. Personen mit nur leichten medizinischen Problemen sollen sich an eine niedergelassene Arztpraxis wenden. Die Notaufnahmen bayerischer Krankenhäuser seien wegen Personalmangels derzeit doppelt belastet. Denn zum einen steigen Patientenzahlen durch Coronainfektionen wieder deutlich an; zum anderen gibt es coronabedingt hohe Ausfallzeiten beim Personal in den Krankenhäusern. Damit ist auch der Rettungsdienst zunehmend eingeschränkt. Längere Fahrtzeiten in aufnahmebereite Kliniken sind die Folge. Planbare, nicht lebensnotwendige Operationen werden in einigen Kliniken wieder verschoben.

Diese Situation ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Die bayerischen Krankenhäuser stehen vor großen strukturellen Problemen in jeder Hinsicht. Das drängendste scheint – neben dem Bürokratieabbau – der sich immer weiter verschärfende Personalmangel zu sein, der aber nicht behoben werden kann, da sich das ganze System nach wie vor im Krisenmodus befindet. Dieser Personalmangel durchdringt den gesamten Kosmos Krankenhaus. Er betrifft die pflegenden Berufe und die Ärzteschaft ebenso wie die IT oder das Putz- bzw. Laborpersonal. Die Gründe hierfür sind vielfältig und hängen doch in dramatischer Weise zusammen.

Zukunftswerkstatt

Sana Kliniken AG luden im Juli zum Thema „Chancen nutzen“ zur Zukunftswerkstatt ins Schloss Hohenkammer. Der Untertitel „Klinken nach Corona“ wurde fallengelassen. Diese Veranstaltung hat sich als Plattform für einen offenen, informativen und konstruktiven Dialog etabliert.

Herwig Heide vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, referierte über „die bayerische Krankenhauslandschaft nach Corona“. Nach seiner Auffassung kann die Bezahlung nicht der zentrale Punkt sein. Arbeitsbelastung und Arbeitsbedingungen seien schlecht und böten wenig Anreiz neue Arbeitskräfte zu generieren. Was eine sich selbst verstärkende Spirale in Gang setze. Pflegepersonalbemessungsgrenzen können nicht eingehalten werden.

„An Normen hängen Interessen“

Dr. Klaus Schulenburg vom Bayerischen Landkreistag, ebenfalls Referent bei der Zukunftswerkstatt, sieht schwarz für den lautstark geforderten Bürokratieabbau im Gesundheitswesen, denn „er funktioniert nur über eine Streichung von Normen und an Normen hängen Interessen“.

Diese Äußerung erfuhr Zustimmung. Ein Teilnehmer der Veranstaltung berichtete über jüngst selbst gemachte Erfahrungen „aus erster Hand“ in einem Uniklinikum. Erschüttert über die Herausforderungen, denen das Personal tagtäglich gegenübersteht, meinte er: „Schauen Sie bloß, dass Sie derzeit nicht ins Krankenhaus müssen.“

Heftige Kritik am Bund

Thomas Lemke, Vorstandsvorsitzender der Sana Kliniken AG und stellv. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, kritisiert klar und deutlich die nicht vorhandene Kommunikationsfähigkeit des Bundesgesundheitsministeriums, es fehle an „Transparenz und Ehrlichkeit und es gibt keine Antwort auf zu viele Fragen.“ Krankenhäuser stünden an der Versorgungsfrente, haben aber keine Gestaltungsmöglichkeit. Peter Krase, der über die bayerische Krankenhauslandschaft aus Sicht der AOK Bayern sprach, bemängelte, dass im Koalitionsvertrag die Qualität der Patientenversorgung nicht im Mittelpunkt steht.

An Lösungen wird gearbeitet

Trotz allem, „an Lösungen einer verbesserten, integrierten ambulanten und stationären Notfallversorgung wird bereits längere Zeit gearbeitet“, so die BKG in einer Pressemitteilung, nur um gleich zu relativieren, dass „die Entscheidung über ein gemeinsames ambulant-stationäres Ersteinschätzungsverfahren, wenn

Alarmstufe Rot ...

(Fortsetzung von Seite 1) die Kliniken durch starre Bundesvorgaben auf immensen Kosten sitzen, die eine Preisanpassung verbieten.

Im Klartext verhindert eine bundesgesetzliche Regelung, dass die Verbände mit den Krankenkassen über höhere Ausgleichszahlungen überhaupt verhandeln dürfen. Der Spielraum, Zahlungen der Krankenkassen je Behandlung zu erhöhen, ist in diesem Jahr auf 2,3 Prozent gedeckelt. Trotz der aktuellen Kostenexplosion darf dieser Wert aufgrund gesetzlicher Regelungen nicht nachverhandelt werden. Die aktuellen Sachkostensteigerungen von durchschnittlich etwa 8 Prozent und ebenfalls explodierende Energiekosten von über 100 Prozent seien damit nicht finanzierbar, beklagte Engehausen.

Gesundheitsversorgung in größter Gefahr

Auch für 2023 schreibe der Gesetzgeber eine absurde Deckelung vor mit der Maßgabe, dass Krankenhäuser keinen Ausgleich für nachgewiesene Kostensteigerungen erhalten dürfen. Der Bundesregierung sei das Problem seit Monaten bekannt, so der BKG-Geschäftsführer. Weiteres Einsparpotenzial der Kliniken sei begrenzt, es drohten harte Einschnitte in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Unfassbare Kostensteigerungen

Seit Wochen sorgt die Inflation für erhebliche wirtschaftliche Probleme in den Kliniken. Fast alle für das Krankenhaus relevanten Waren und Dienstleistungen haben sich spürbar verteuert. So berichtete eine Klinik-Beschäftigte aus dem Einkauf in einer kurzen Videosequenz beispielsweise von Skapellen, die bisher ca. 3 Euro und nun bereits 10 Euro und mehr kosten.

Bereits zum Jahresbeginn und damit noch vor der aktuellen Kostenexplosion ergab eine Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend, dass mehr als die Hälfte der Kliniken enorme Defizite verbuchen und sämtliche Finanzpolster aufgebraucht sind. Daher bedroht die akute Situation nun die wirtschaftliche Existenz der Kliniken. „Wir brauchen dringend für die nächsten 15 Monate einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags von 4 Prozent“, appellierte Engehausen an die poli-

tisch Verantwortlichen in Berlin. Sollte eine Lösung ausbleiben, „fährt die stationäre Versorgung kurzfristig an die Wand“. Der Schaden wäre mit Blick auf die Versorgungssicherheit und auf den Fachkräftemangel unkalkulierbar. „Es droht eine enorme gesellschaftliche Vertrauenskrise, weil dies das Ergebnis der politischen Vorgaben wäre.“ Beispiel: Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird nach aktuellen Berechnungen 2023 über 6 Millionen Euro mehr für Gas und Strom bezahlen als im Jahr 2021. Mehrausgaben in Millionenhöhe, die über die normalen Erlöse in keiner Weise gedeckt oder anderweitig kompensiert werden können. Für alle Kliniken in Bayern hat die BKG bereits im Frühjahr kalkuliert, dass dieses Jahr Kosten in Höhe von über 500 Millionen Euro nicht durch Erlöse gedeckt und für 2023 dieser zusätzliche Fehlbetrag im Freistaat auf über eine Milliarde Euro anwachsen würde. Dabei sind alle Bemühungen zur Einsparung von Energie, soweit dies in einem Krankenhaus mit einem Rund-um-die-Uhr-Betrieb überhaupt möglich ist, bereits einkalkuliert.

tisch Verantwortlichen in Berlin. Sollte eine Lösung ausbleiben, „fährt die stationäre Versorgung kurzfristig an die Wand“.

Der Schaden wäre mit Blick auf die Versorgungssicherheit und auf den Fachkräftemangel unkalkulierbar. „Es droht eine enorme gesellschaftliche Vertrauenskrise, weil dies das Ergebnis der politischen Vorgaben wäre.“

Beispiel: Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird nach aktuellen Berechnungen 2023 über 6 Millionen Euro mehr für Gas und Strom bezahlen als im Jahr 2021. Mehrausgaben in Millionenhöhe, die über die normalen Erlöse in keiner Weise gedeckt oder anderweitig kompensiert werden können. Für alle Kliniken in Bayern hat die BKG bereits im Frühjahr kalkuliert, dass dieses Jahr Kosten in Höhe von über 500 Millionen Euro nicht durch Erlöse gedeckt und für 2023 dieser zusätzliche Fehlbetrag im Freistaat auf über eine Milliarde Euro anwachsen würde. Dabei sind alle Bemühungen zur Einsparung von Energie, soweit dies in einem Krankenhaus mit einem Rund-um-die-Uhr-Betrieb überhaupt möglich ist, bereits einkalkuliert.

Klinikschließungen

Die zunehmende Gefahr von Klinikschließungen aus rein wirtschaftlichen Gründen bzw. weiter zunehmender Druck auf die Krankenhausbeschäftigten ist bereits seit Monaten die große Sorge der Kliniken. „Doch hat der Bundesgesetzgeber trotz nachvollziehbarer Berechnungen und klarer Argumente bisher nicht gehandelt“, betonte Engehausen. „Das ist für uns unfassbar, obwohl alle Fakten auf dem Tisch liegen und es hier schließlich um elementar wichtige öffentliche Daseinsvorsorge geht.“

Auch der Katholische Krankenhausverband in Bayern (KKVB) fordert einen finanziellen Inflationsausgleich für alle Krankenhäuser. Durch die rasant steigenden Kosten für Energie, Waren und Dienstleistungen kämen immer mehr Kliniken finanziell an ihr Limit, erklärte Heike Gülker. Die Bundesregierung müsse endlich handeln. Die Häuser stünden mit dem Rücken zur Wand, da sie die enormen Preissteigerungen nicht auf die Kostenträger umlegen könnten. Für freigemeinnützige Kliniken komme hinzu, dass anders als bei öffentlichen Krankenhäusern mögliche Liquiditäts- und Finanzierungslücken in der Bilanz am Ende nicht über die kommunalen Haushalte auf-

gefangen werden. Schnell und unbürokratisch wäre auch aus Gülkers Sicht ein Aufschlag von rund vier Prozent auf jede Krankenhausrechnung bei allen Kliniken, der vom Bund finanziert und von den Krankenkassen ausgezahlt wird.

Steigende Ausgaben sinkende Einnahmen

„Wir befinden uns momentan in einer Mangelwirtschaft“, stellte Dr. Axel Fischer, Geschäftsführer der München Klinik, fest. Zu den ohnehin bereits vorhandenen strukturellen Problemen der Krankenhauslandschaft kämen noch die Ukraine-Krise und weiterhin die Corona-Pandemie. „Die Ausgaben steigen, gleichzeitig sinken die Einnahmen.“ Auch sei die Investitionskostenförderung der Länder seit Jahren viel zu niedrig, kritisierte Fischer. Er rechnete vor, dass seine Häuser am 8. September 2021, vor einem Jahr, 30 Corona-Patienten versorgt hätten. Zum 8. September 2022 seien es 90 gewesen. Vor einem Jahr seien etwa 350 Betten gesperrt gewesen, heute seien es rund 550, also etwa 20 Prozent der gesamten Kapazität. „Seit zweieinhalb Jahren befinden wir uns im Ausnahmezustand, der inzwischen der Regelbetrieb geworden ist.“

Verlust der Pflegekräfte

Nicht zuletzt müsse auch durch das Auslaufen sämtlicher Bürokratieentlastungsmaßnahmen damit gerechnet werden, „eine ganze Generation von Pflegekräften zu verlieren und dadurch in eine Versorgungskrise zu rauschen“, unterstrich Fischer. Ein „ungeordnetes Kliniksterben“ wäre die Folge. „Deshalb brauchen wir dringend eine Krankenhausstrukturreform, die nach dem Bedarf ausgerichtet ist.“ Andernfalls könne die leistungsfähige deutsche Krankenhauslandschaft die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung nicht mehr aufrechterhalten.

Leben und Wohnen unbezahlbar

Absehbar gefährlich sind auch die Folgen, die der eklatante Mangel an Pflegepersonal nach sich zieht. „Wenn jetzt nicht umgehend gehandelt wird, bricht innerhalb von zwei bis drei Jahren unser ganzes Gesundheitssystem zusammen“, sagte ein Chefarzt. Krankenhäuser – auch in Bayern – schließen ganze Abteilungen und das nur, weil sie dafür keine Pflegekräfte haben. Die noch vorhandenen schieben Überstunden vor sich her, die sie nicht mehr abbauen können. Lebensbedrohlich Erkrankte finden im weiten Umkreis keine Aufnahme in einer passenden Klinik, einfach nur, weil die möglichen Krankenhäuser zwar über Betten, nicht aber über Personal verfügen, das die Patienten fachgerecht versorgen kann. Die „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ hat ebenso zu Personalverlusten geführt, wie die Tatsache, dass sich viele Menschen Wohnen und Leben in der Nähe der Kliniken finanziell nicht mehr leisten können. Deshalb steht auch die Forderung nach neuen Wohnheimen für das Krankenhauspersonal im Raum.

Menschen in Heil- und Pflegeberufen sind oftmals voller Idealismus und sozialem Engagement. Die äußeren Bedingungen im Gesundheitswesen haben viele von ihnen längst über ihr Limit hinaus belastet; sie sind permanent physisch und psychisch überfordert. Dass viele von ihnen nicht einmal die zugesagten Corona-Sonderzahlungen bekommen haben, von einer adäquaten Entlohnung ganz zu schweigen, sei noch am Rand erwähnt. **DK**

Gesundheitsminister Klaus Holetschek:

Eröffnung des neuen Interventionszentrums am Sana Klinikum Hof

Das Bayerische Gesundheitsministerium treibt den Ausbau der stationär-medizinischen Versorgung weiter voran. Anlässlich der Eröffnung des neuen Interventionszentrums am Sana Klinikum Hof betonte Gesundheitsminister Klaus Holetschek: „Bayern braucht als Flächenstaat ein dichtes Netz an leistungsfähigen Kliniken. Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger erstklassige stationäre Versorgungsangebote – sowohl im Ballungsraum als auch auf dem Land. Deshalb fördert Bayern den Ausbau seiner Krankenhausversorgung so umfangreich und nachhaltig wie kaum ein anderes Bundesland. Wir machen unsere Kliniken fit für die Zukunft!“

Der Minister fügte hinzu: „Unsere Investitionen zahlen sich aus: Bei uns in Bayern gibt es überall leistungsfähige Krankenhäuser. Das hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Die Kliniken konnten auf moderne Gebäude und eine gute Ausstattung zurückgreifen.“

Innovative OP-Technik

Mit dem neuen Interventionszentrum und dem anstehenden Neubau der OP-Abteilung werden entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt; erhebliche Flächen- und Kapazitätsdefizite werden ausgeglichen. Durch die Etablierung eines Hybrid-OPs wird es möglich sein, während einer laufenden OP exakte bildgebende Diagnosen zu stellen und hierauf unmittelbar zu reagieren. Außerdem können

so die Roboter gestützten Verfahren weiter gestärkt werden.

Mit der Umstrukturierung des Interventionszentrums und dem Neubau von sieben OP-Sälen am Sana Klinikum Hof werden moderne und leistungsfähige Bedingungen geschaffen. „Damit verbessern wir die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region noch einmal erheblich“, so der Minister. Insgesamt hat der Freistaat für den ersten Bauabschnitt über 47 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.“

Seit Beginn der staatlichen Krankenhausförderung im Jahr 1972 hat der Freistaat gemeinsam mit den kommunalen Partnern über 25 Milliarden Euro für die bayerischen Kliniken bereitgestellt. In diesem Jahr trägt der Förderetat 643 Millionen Euro. **□**

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek:

Durch Untätigkeit droht ein kalter Strukturwandel

Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein fordern Inflationsausgleich für Krankenhäuser, Rehakliniken und Pflegeeinrichtungen

Steigende Energiekosten – vor allem beim Gas – bereiten den Krankenhäusern, Rehakliniken und Pflegeeinrichtungen erhebliche Probleme. Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein fordern die Bundesregierung deshalb auf, diesen Einrichtungen die Mehrkosten auszugleichen. Einen entsprechenden Antrag brachten die drei Länder in den Bundesrat ein.

„Wie wichtig die medizinische Versorgung für die Menschen in Deutschland ist, muss man spätestens nach den Pandemie-Jahren niemandem mehr erklären. Der Bund muss verhindern, dass Krankenhäuser, Rehakliniken und Pflegeeinrichtungen jetzt wegen der drastischen Inflation in die Insolvenz gehen“, sagte Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manne Lucha in Stuttgart. „Bereits bei unserer gemeinsamen Sitzung der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister Ende Juni 2022 hatten wir Länder den Bund aufgefordert, kurzfristig für einen Inflationsausgleich zu sorgen. Seitdem haben wir vom Bundesgesundheitsministerium in dieser Sache leider noch nichts gehört. Der Bund muss jetzt dringend tätig werden, ansonsten stehen viele Einrichtungen vor dem Aus.“

Fehlbetrag 9 Mrd. Euro

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek betonte in München: „Die Kliniken rechnen im kommenden Jahr mit einem Fehlbetrag von 9 Milliarden Euro. Der Kostenschock ist für viele Einrichtungen nicht zu bewältigen. Wir müssen einen durch die Untätigkeit der Berliner Ampel drohenden kalten Strukturwandel unbedingt abwenden. Wir brauchen in der Fläche weiterhin leistungsfähige Krankenhäuser, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen!“ Holetschek fügte hinzu: „Auch die Rehakliniken benötigen dringend Unterstützung. Die Inflation und die steigenden Energiekosten treffen sie ebenfalls mit voller Wucht. Die Bundesregie-

rung muss endlich konkret sagen, wie sie verhindern will, dass das System an die Wand fährt.“

Schleswig-Holsteins Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken betonte in Kiel: „Die Gesundheitsversorgung steht vor genügend schwierigen Herausforderungen, an denen wir mit aller Kraft arbeiten – eine zusätzliche Belastung durch explodierende Kosten kann deshalb nicht unbeantwortet bleiben und erfordert kurzfristig, unkompliziert und schnell Unterstützung durch den Bund!“

Der Bund ist gefordert

Die wirtschaftliche Situation der medizinischen Einrichtungen ist äußerst prekär. Nicht nur Energie wird teurer, sondern auch Nahrungsmittel, Güter des täglichen Bedarfs und Medizinprodukte. „Das bringt Krankenhäuser und Rehakliniken wirklich in eine existenzbedrohende Lage“, erläuterte Lucha. Auch niedergelassene Arztpraxen hätten massive Probleme und seien an ihrer wirtschaftlichen Belastungsgrenze.

Betroffen seien ebenso ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen. Eine kurzfristige Anpassung der Vergütungen sei nicht immer mit den Kostenträgern verhandelbar. „Am Ende führt dies dann zu steigenden Eigenanteilen der Pflegebedürftigen – das müssen wir verhindern. Pflege muss bezahlbar bleiben“, forderte Holetschek den Bund zum Handeln auf. Die drei Länder Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein schlagen eine Zuschussung der Pflegeversicherung aus Steuermitteln vor. **□**



Wer ko, der ko...

... echte Glasfaser für Bayern



AnschlussWerk GmbH



Bisping & Bisping GmbH & Co. KG



Deutsche Glasfaser



Gasline



Gamma Communications GmbH



GVG-Glasfaser



komro GmbH



LEW TelNet GmbH



Leonet



NetComBW



OpenNumbers GmbH



R-KOM Regensburger Telekommunikationsgesellschaft mbH & Co. KG



Stadtwerke Würzburg AG



süc // dacor GmbH



Telepark Passau GmbH



ÜZ Mainfranken



Unsere Grüne Glasfaser



Bundesverband
Breitbandkommunikation e.V.

Menuhinstraße 6, 53113 Bonn, Tel +49 228 24999-70, Fax +49 228 24999-72, E-Mail: breko@brekoverband.de

www.brekoverband.de

Digitalministerin Gerlach eröffnet das Test.Labor Barrierefreiheit

Im Juli dieses Jahres eröffnete das Test.Labor Barrierefreiheit als Teil der Werkstatt der Pfennigparade. Digitalministerin und Schirmherrin Judith Gerlach durchschritt bei der feierlichen Eröffnung zusammen mit Vorstand Dr. Jochen Walter das Band und ließ sich von den Werkstattmitarbeitern in deren Arbeitswelt hereinholen. Das Test.Labor ist das erste seiner Art in ganz Deutschland und damit wegweisend, sowohl für die Umsetzung digitaler Barrierefreiheit als auch für Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

An der Eröffnung nahmen neben Judith Gerlach auch zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft teil. Im Test.Labor Barrierefreiheit testen erstmals Menschen mit schwerwiegenden Behinderungen im Rahmen von Usability-Tests digitale Produkte wie Apps, Touch-Displays oder Websites sowie Dienstleistungen auf Barrierefreiheit. Ziel des Test.Labor Barrierefreiheit ist es, Unternehmen, Gemeinden und Behörden dabei zu unterstützen, Barrierefreiheit bereits in der Produktentwicklung mitzudenken.

Neue Technologien machen Vieles einfacher, doch häufig nicht für alle Menschen

Fahrkartenautomaten sind für viele Menschen neben Apps die primäre Quelle für Fahrscheine. Damit auch Menschen mit Einschränkungen diese selbständig benutzen können, müssen die am Bildschirm dargestellten Informationen über einen Kopfhöreranschluss abrufbar sein und das Touch-Display auch im Rollstuhl sitzend erreicht werden. Genau hier setzt das Test.Labor Barrierefreiheit an.

Zunächst zwölf Mitarbeiter mit teils schweren Behinderungen prüfen im Test.Labor, ob bzw. wie digital zugänglich unterschiedlichste Produkte und Dienstleistungen sind. „Mit dem Test.Labor Barrierefreiheit bieten wir Verwaltungen, Unternehmen und Organisationen die Chance, sich für die Zukunft aufzustellen“, macht Dr. Jochen Walter, Vorstand der Stiftung Pfennigparade, deutlich.

„Zugleich gehen wir einen weiteren notwendigen Schritt in Richtung berufliche Teilhabe von Menschen mit schweren Behinderungen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt noch nicht arbeiten können. Sie finden hier einen geschützten und modernen Arbeitsplatz.“ Auch das Test-Team selbst profitiert: Die Behinderungen und der Umgang damit werden zur zentralen Kompetenz.

Die Angebote des Test.Labor Barrierefreiheit sind vielfältig:

- Usability Tests von Produkten und digitalen Dienstleistungen durch Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen
- Live-Tests mit direkter Interaktion zwischen Entwicklern und Testern (vor Ort oder Remote)
- Usability Tester mit Einschränkungen, die die Probanden-Auswahl für externe Tests erweitern
- Test und Zertifizierung von Websites, Anwendungen und PDFs auf digitale Barrierefreiheit
- Geschäftsstellen- und Gebäude-Checks, um die praktische Zugänglichkeit zentraler Bereiche zu testen
- Workshops zur Entwicklung von universell nutzbaren Produkten

EU-Richtlinie und gesetzliche Bestimmungen fordern digitale Barrierefreiheit

Anbieter von beispielsweise Fahrausweis- und Ticketautomaten oder Zahlungsterminals müssen bis 2025 barrierefreie Systeme vorlegen. Das sieht das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vor. PCs und Software sollen künftig für Menschen mit Behinderungen selbstständig nutzbar sein. Die Produkte müssen sämtlich den vier Prinzipien der Barrierefreiheit genügen, sie müssen also wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust sein. Um dieser Forderung nachzukommen,

braucht es neben dem Wissen um technische Normen auch Usability Tests.

Mehr Infos unter www.pfennigparade.de/barrierefreiheit; Podcast zur Barrierefreiheit www.pfennigparade.de/barriere-los; Newsletter zur Barrierefreiheit www.pfennigparade.de/newsletter. □

Cybersicherheit bei den Bezirken erhöhen

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) eröffnet ein neues Portal zur Erhöhung der IT-Sicherheit in der kommunalen IT-Landschaft. Die digitale Welt ist fester Bestandteil unseres Alltags – daher gilt es auch, die bezirklichen IT-Systeme bestmöglich zu schützen und diesen Schutz ständig weiterzuentwickeln. Bedingt durch die absolute Geschäftskritikalität funktionierender IT-Systeme nehmen die Angriffsflächen für Cyberattacken kontinuierlich zu.

Die Gewährleistung der Cyber- und Informationssicherheit stellt auch für die Bezirke eine besondere Herausforderung dar. Diese kann nur erfolgreich gemeistert werden, wenn die Bezirke und das LSI eng zusammenarbeiten und gemeinsam zur Herstellung und Aufrechterhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus beitragen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den sieben Bezirken im Rahmen von Informationsaustausch, Vernetzung und der Identifikation relevanter Themen im Bereich der Cyber-Sicherheit erfolgt bereits und wird sukzessive ausgebaut.

Entscheidend ist oft die Geschwindigkeit, mit der potenzielle Sicherheitslücken geschlossen werden und mit der auf Gefährdungslagen reagiert wird. Mit dem neuen kostenlosen Portal für den Warn- und Informationsdienst (WID) des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik haben bayerische Kommunen die Möglichkeit, sich schnell, zielgerichtet und umfassend über Sicherheitslücken, Risiken und die neuesten Gefährdungslagen zu informieren und so die ihnen anvertrauten Daten von Bürgerinnen, Bürgern und externen Kooperationspartnern noch besser zu schützen.

Mit dem neuen Warn- und Informationsdienst erhalten bayerische Kommunen ein schlagkräftiges Werkzeug, um Cyberangriffe zu vermeiden bzw. deren Auswirkungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Neben grundlegenden Informationen enthalten die Warnmeldungen Maßnahmen zur Behebung der Sicherheitslücken oder reaktive Handlungsempfehlungen zur Schadensbegrenzung.

Durch eine Vernetzung der Informationssicherheitsbeauftragten der Bezirke und der IT-Sicherheitsexperten am LSI können tagesaktuelle Warnmeldungen und Handlungsempfehlungen zum Schutz der bezirklichen IT-Landschaft umgesetzt werden.

Thomas Pfister
Bayerischer Bezirkstag

Jahresbericht 2021 der Bundesnetzagentur:

Marktzahlen Telekommunikation

In ihrem Jahresbericht zu Aktivitäten und Regulierungsentscheidungen im Sektor Telekommunikation verweist die Bundesnetzagentur auf weiter gestiegene Investitionen. Mit 11,0 Mrd. Euro übertrafen sie den Wert des Jahres 2020 um knapp zwei Prozent. Dabei legten die Unternehmen ihr Augenmerk überwiegend auf neue Breitband-Netzinfrastrukturen. Darunter fallen Ausgaben, die die Versorgung mit bzw. die Leistungsfähigkeit von Anschlüssen erhöhen. Im Jahr 2021 betrug ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen etwa 70 Prozent.

Während sich die Investitionstätigkeit im Bereich des Festnetzes auf den Glasfaserausbau und die Aufrüstung der Kabelnetze auf Gigabit-Datenübertragungsraten konzentriert hat, lag der Fokus im Mobilfunk auf dem Ausbau der 5G-Netze. Die Verbreitung aktiver Glasfaseranschlüsse stieg zum Jahresende 2021 auf prognostizierte 2,6 Mio. und übertraf den Bestand Ende 2020 um ca. 600.000. Zum Ende des Jahres 2021 entfielen rund 1,7 Mio. Anschlüsse auf FTTH (65 Prozent) und rund 0,9 Mio. auf FTTB (35 Prozent). Die Zahl der mit FTTH/FTTB versorgten bzw. unmittelbar erreichbaren Kunden hat sich nach vorläufigen Berechnungen der Bundesnetzagentur auf 8,9 Mio. zum Ende des Jahres 2021 erhöht. Damit wurde im Vergleich zum Vorjahr (6,7 Mio.) ein Anstieg von 2,2 Mio. erzielt.

Aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung ist der Anteil der aktiven FTTH/FTTB-Anschlüsse an den gesamten aktiven Breitbandanschlüssen in Festnetzen von 5,5 Prozent im Jahr 2020 auf 7,1 Prozent zum Jahresende 2021 gestiegen. Für die kommenden Jahre wird erwartet, dass

sich der Anteil deutlich erhöhen wird. Die Take-Up-Rate, d.h. der Anteil aktiver Glasfaseranschlüsse an den versorgten bzw. unmittelbar erreichbaren Kunden, lag zum Jahresende 2021 bei etwa 29 Prozent.

Gesprächsvolumen über Festnetze steigend

War das über Festnetz abgewickelte Gesprächsvolumen bis zum Jahr 2019 noch rückläufig, so wurde auch im Pandemie-Jahr 2021 mit insgesamt etwa 102 Mrd. Gesprächsminuten (2020: 104 Mrd.) wieder ein höheres Gesprächsvolumen über Festnetze geführt.

Über die Mobilfunknetze im Inland ergaben sich rund 163 Mrd. abgehende Gesprächsminuten, dies entspricht 127 Minuten monatlich je SIM-Karte. Mittlerweile übersteigt das Gesprächsvolumen im Mobilfunk deutlich das über Festnetz abgewickelte Volumen.

Erneut gewachsen ist im vergangenen Jahr das Datenvolumen im Festnetz. Das durch die Covid-19-Pandemie bedingte veränderte Nutzungsverhalten der

Verbraucher führte unter anderem dazu, dass sich das festnetz-basierte Gesamtvolumen bis zum Jahresende 2021 nochmals deutlich auf schätzungsweise 100 Mrd. GB steigerte. Umgerechnet auf die einzelnen Breitbandkunden in Festnetzen entsprach dies einem durchschnittlichen Datenverbrauch von 226 GB pro Monat.

Weiter deutlich zugenommen hat das mobile Datenvolumen. Während zum Jahresende 2020 das Datenvolumen 3.972 Mio. GB betrug, lag es Ende 2021 bei 5.457 Mio. GB. Dies entspricht einer Zuwachsrate von 37 Prozent. Die absolute Steigerung ist mit 1.485 Mio. GB die höchste je von der Bundesnetzagentur erhobene. Der überwiegende Teil (95 Prozent) des Datenverkehrs wurde dabei über LTE realisiert. Im Jahr 2021 hat sich das durchschnittlich genutzte Datenvolumen pro aktiver SIM-Karte und Monat gegenüber dem Vorjahr um etwa 39 Prozent auf 4,3 GB erhöht.

Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 7,8 Milliarden SMS verschickt und damit 0,8 Milliarden mehr als 2020. Grund für die zunehmende SMS-Nutzung könnte unter anderem die sogenannte Zwei-Faktor-Authentifizierung sein, mit der sich Verbraucher zusätzlich zum normalen Passwort beispielsweise bei Bezahldiensten ausweisen können. Mit 59,8 Milliarden versendeter Kurznachrichten hatte der SMS-Versand bereits 2012 seinen Höhepunkt erreicht. DK

Der Erfolg der miecom und die hohe Akzeptanz, da ist sich Tobias Miessl, Geschäftsführer und Gründer sicher, beruht auf der Firmenphilosophie, ein hochwertiges Glasfasernetz in die ländlichen Regionen zu bringen. Die miecom hat kein eigenes Endkundenprodukt und errichtet schon seit jeher standardisierte, offene und von jedem Anbieter nutzbare Glasfasernetze nach dem Open-Access-Prinzip.

Dass das Open-Access-Modell nicht nur in der Theorie gut klingt, zeigt in der Praxis die langjährige, erfolgreiche Partnerschaft mit dem regionalen bayerischen Telekommunikationsanbieter M-net. Dieses wird nun durch den kürzlich unterzeichneten Kooperationsvertrag mit der Deutschen Telekom untermauert. Die miecom ist daher aktuell der einzige reine Netzanbieter in Bayern mit zwei starken Kooperationspartnern an der Seite, welche zusätzlich noch Ihre Wholesale-Partner mitbringen.

Der Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger liegt hierbei auf der Hand – denn sie haben die Wahlfreiheit bei Anbietern und Tarifen. Sie genießen in den Ausbaubereichen der miecom die exklusive und einmalige Chance aus dem Produktportfolio von insgesamt fünf unterschiedlichen Anbietern frei wählen und wechseln zu können.

Ein weiterer positiver Aspekt eines echten Open-Access-Netzes ist der dadurch unnötige Überbau von bereits vorhandenen Glasfaserinfrastrukturen. Dies spart die am Markt dringend benötigten Ressourcen im Tiefbau, schon die Umwelt sowie die notwendigen Investitionsmittel für nicht ausgebaute Bereiche.

Kooperationen für mehr Anbietervielfalt

„Das ist es, worauf wir die letzten Jahre intensiv hingearbeitet haben; den Bürgerinnen und Bürgern in unseren ländlichen Regionen das hochwertigste Glasfasernetz zu errichten und ihnen die maximale Flexibilität bei der Wahl aus den besten Anbietern in Deutschland zu ermöglichen – ein Meilenstein in unserer Fir-

men- und Netzgeschichte“, betont Tobias Miessl.

Thilo Höllen, Senior Vice President Breitbandkooperationen bei der Telekom in Deutschland, sagt dazu: „Netzkooperationen mit regionalen Versorgern sind ein zentraler Baustein unserer Strategie. Gemeinsam mit miecom zeigen wir, dass der Open-Access-Ansatz gut funktioniert, wenn beide Partner ihre Stärken einbringen. Davon profitieren alle Beteiligten. miecom durch eine höhere Auslastung ihres Netzes, die Telekom durch eine größere Reichweite und die Kunden durch den Zugriff auf unsere umfangreiche Glasfaser-Produktpalette. Wir sind offen dafür, die Zusammenarbeit mit miecom in den kommenden Jahren auszuweiten und mehr Kunden die Vorteile des schnellen

„Infrastruktur- und Open Access-Kooperationen machen den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur für die Anbieter wirtschaftlich und sichern gleichzeitig einen lebhaften Wettbewerb und Angebotsvielfalt für den Endkunden. Sie gehören daher seit den Anfängen des Unternehmens zur DNA von M-net“, so Hans-Jürgen Merz, Bereichsleiter für Strategie und Unternehmensentwicklung bei M-net. „Wir sind froh, dass wir mit miecom seit vielen Jahren einen bewährten und zuverlässigen Partner für den Glasfaserausbau in den ländlichen Bereichen Bayerisch-Schwabens an unserer Seite wissen.“

Die miecom ist als regionaler Glasfaserinfrastrukturbetreiber seit mehr als zehn Jahren sehr erfolgreich in Bayerisch-Schwaben am Markt tätig. Das Netzgebiet der miecom erstreckt sich aktuell auf über 40.000 Haushalte in mehr als 60 bayerischen Gemeinden. □



V.l.: Marvin Klein (Deutsche Telekom, Breitbandkooperationen), Joachim Geiger (Technischer Leiter miecom), Thilo Höllen (Deutsche Telekom, SVP Breitbandkooperationen), Tobias Miessl (Geschäftsführer miecom), Philip Niedernhuber (Deutsche Telekom, Breitbandkooperationen). Bild: miecom

Bayernweit –
Gemeinsam für mehr
Geschwindigkeit

breitbandausbau@m-net.de

M-net

Deutscher Städtetag zur Digitalisierung in Kommunen:

Lichtermeer statt Leuchttürme!

„Die Stadt der Zukunft lässt sich nur mit guter Datengrundlage gestalten. Intelligente Mobilität und nachhaltiger Klimaschutz funktionieren nicht mehr ohne umfassende, rechtssichere und nachvollziehbare Datennutzung. Resilientes städtisches Agieren geht nur mit dem nachhaltigen Einsatz von Technologie. Lebenswerte Städte sind smarte Städte“, heißt es in einem Positionspapier des Deutschen Städtetags, beschlossen vom Hauptausschuss in Berlin.

Städte benötigen vielfältige Unterstützung, Ressourcen und Handlungsoptionen, um die digitale Transformation im Sinne aller Menschen zu gestalten. Notwendig sei eine nachhaltige, diskriminierungsfreie, geschlechtersensible Förderung, die die soziotechnischen Perspektiven berücksichtigt. Förderprogramme im Bereich Digitalisierung helfen hier, seien aber bisher nicht nachhaltig genug. Sie seien oft nicht ausreichend fokussiert, viele Kommunen arbeiteten gleichzeitig an denselben Themen, heißt es.

Datenplattformen oft nicht interoperabel

„Häufig werden Modellprojekte gefördert, in denen ähnliche Lösungen entwickelt werden. Viele technische Lösungen, zum Beispiel urbane Datenplattformen, werden mehrfach einzeln entwickelt und sind trotz großen Aufwandes aufgrund der verschiedenen Herangehensweisen und technischen Infrastrukturen nicht interoperabel. Die Folge ist ein Flickenteppich an technischer Infrastruktur, der einen notwendigen Datenaustausch über Stadt- und Regionsgrenzen nicht ermöglicht“, kritisiert der Kommunalverband. Hinzu kämen komplexe Herausforderungen in der Governance und in rechtlichen Fragen.

Zwar, so der Deutsche Städtetag, leuchteten hierzulande derzeit einige Türme hell, jedoch müsse für ein Lichtermeer smarter Kommunen die Förderung nachhaltiger und zielgerichteter ausgestaltet sein. Förderprogramme müssten von Anfang an so aufgesetzt sein, dass eine konkrete und nachhaltige Umsetzung abseits von Modellprojekten konsequent mitgedacht ist. Wissen sollte gemeinsam erarbeitet werden, damit alle profitieren können. Dafür brauche es vor allem die kommunale Expertise, aber auch die Koordination durch Bund und Länder. Bereits beim Aufsetzen von Förderrichtlinien müsse der Blick auf die Praxis dringend mit einfließen. Gefragt sei ein „Digital-Check“ für Förderungen übergreifender Themenbereiche.

Für eine nachhaltige Smart City Förderung sind aus Sicht des Deutschen Städtetags folgende Schritte notwendig:

1. Benötigt werden die Verständigung auf ein Ökosystem und verbindliche Standards. Darauf aufbauen sollte ein ebenenübergreifender Plattformansatz von Bund, Ländern und Kommunen. Technische und nicht-technische Themen sollten gemeinsam betrachtet werden. Hier müssen auch die übergeordneten Vorgaben der EU eine Rolle spielen und berücksichtigt werden. Dafür sollten übergreifende Kompetenzzentren geschaffen werden, die Anwendungen und digitale Werkzeuge auch zentral betreiben. Es braucht ein Register für definierte urbane Daten, damit Informationen aus verschiedenen Bereichen sinnvoll für jede Stadt verknüpft und genutzt werden können. Eine solide Datenbasis ist auch in dynamischen Krisensituationen unentbehrlich, um gute Entscheidungen zu treffen. Dies fördert die Resilienz kleiner und großer Städte.

2. Im Rahmen des Plattformansatzes muss es eine gezielte (koordinierte) Förderung geben. Förderung muss flexibler werden, beispielsweise durch Abruf- und Prämienförderung.

3. Maßnahmen müssen durch ein Konsortium von Bund, Ländern und Kommunen rechtlich und fachlich begleitet sowie evaluiert werden. Auch die Mitwirkung von Kommunen an Standardisierungsstrukturen wie dem DIN sollte förderfähig sein. An vielen Stellen ist der rechtliche Rahmen zu starr und verhindert Innovationen. Es braucht einerseits einen definierten Rahmen und andererseits innerhalb dieses Rahmens mehr Experimentierklauseln und Reallaborräume für Kommunen. Dies muss in Förderrichtlinien mit enthalten sein.

4. Vernetzung und Nachnutzung müssen in allen Projekten konsequent von Anfang an mitgedacht und gefördert werden. Die konkrete Umsetzung muss gewährleistet werden. Open Source sollte in der öffentlichen Verwaltung stärker und einfacher etabliert werden. Um Open Source tatsächlich umzusetzen, braucht es ein Lizenzmodell, ein valides Betriebsmodell und ein Organisationsmodell. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen außerdem notwendige Strukturen definiert werden (beispielsweise Orte, an denen Programmcodes gut auffindbar abgelegt werden können). Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Start ups und kleineren Unternehmen gelingt nur, wenn bürokratische Hürden abgesenkt werden. So sollte beispielsweise die Vergabe vereinfacht werden, damit klei-

tere Unternehmen überhaupt Ausschreibungen gewinnen können. Eine Förderung von offenen Standards und offenen Schnittstellen muss zwingend in Förderrichtlinien enthalten sein.

5. Qualifizierung und Kultur-

wandel müssen gezielter angegangen werden. Der interne Kompetenzaufbau in der Kommunalverwaltung sollte stärker gefördert werden, um Wissen und Erfahrung nachhaltig zu sichern. Hierzu zählt auch ein

größeres Augenmerk auf querschnitts- und projektbezogene Bereiche sowie Geschlechter- und Diversitykompetenzen. Innovationslabs sind Orte für kluge und kreative Lösungen, sie sollten stärker genutzt werden. DK

Landkreis Donau-Ries:

Erfolgreich auf dem Weg zur digitalen Kindertageseinrichtung

Kinder frühzeitig und sicher in die digitale Welt begleiten ist das Ziel der Kampagne „Startchance Kita.digital“ des Bayerischen Familienministeriums in Kooperation und wissenschaftlicher Begleitung durch das Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP) und dem JFF-Institut für Medienpädagogik.

Die Kampagne ist ein kostenfreies Qualifizierungsangebot, das aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums aus dem Gute-Kita-Gesetz mitfinanziert wird.

Mit großem Engagement haben sich acht Einrichtungen im Landkreis Donau-Ries – trotz pandemiebedingter Zusatzbelastungen – auf den spannenden Weg zur digitalen Kita gemacht. Sie erhielten vielfältige Anregungen für die digitale Foto-, Audio- und Filmarbeit mit Kindern und wie sie dabei die Eltern als Partner einbeziehen können. Dazu wurden auch digitale Vernetzungsmöglichkeiten erprobt.

Die beteiligten Kindertagesstätten wurden mit ihren Teams, den Kindern und Eltern für ein Jahr von einem „kita.digital coach“ begleitet. Neben der Fortbildungsphase im Oktober und November 2021 führten die Kindertageseinrichtungen über das ganze Jahr Praxiseinheiten durch, die in ein eigenes Praxisprojekt mündeten. Mit einer Ab-

schlussveranstaltung endete im Juli 2022 die Kampagne mit der Übergabe der Teilnehmerurkunden.

Medienkompetenz als Schutz

Digitale Medien faszinieren Kinder von klein auf. Sie erleben Smartphones und Tablets in der Familie und der Öffentlichkeit. Beim Eintritt in die Kita verfügen viele Kinder bereits über Erfahrungen mit digitalen Medien. Die Erweiterung dieses bestehenden Wissens ist besonders wichtig, denn medienkompetente Kinder sind am besten vor Risiken geschützt. Daher ist es eine wichtige Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Kinder schon früh, ihrer Entwicklung angemessen, im kreativen Umgang mit digitalen Medien zu begleiten.

„Die Digitalisierung verlangt neue pädagogische Antworten. Der verantwortliche Umgang mit den neuen Medien wird einen immer wichtigeren

Raum in der Erziehungs- und Bildungsarbeit einnehmen. Die Kitas haben mit der Teilnahme an der Kampagne einen wichtigen Schritt in Richtung digitale Zukunft unserer Kinder gemacht“, so Landrat Stefan Rößle. Er dankte allen Teilnehmenden für ihr Engagement und den Trägern für die Bereitstellung und Finanzierung der benötigten Medien.

Weitere Informationen zur Kampagne sind auf der IFP-Website unter <https://www.ifp.bayern.de/projekte/qualitaet/startchancekitadigital.php> veröffentlicht.

Folgende Einrichtungen nahmen teil:

- Hort an der Hans-Schäufelin-Schule, Nördlingen
- Kath. Kindergarten mit Krippe St. Marien, Wemding
- Kath. Kindergarten mit Krippe St. Emmeram, Wemding
- Krippe und Kindergarten Heilighaus, Donauwörth
- Kommunaler Kindergarten mit Krippe Blumenzwerge, Oberndorf
- Katholisches Kinderhaus, Buchdorf
- Kindergarten und Kinderkrippe „Kinderherz“, Wemding
- Montessori Kinderhaus, Amerdingen. □

Gemeinde Sontheim:

LEONET nimmt Glasfasernetz in Betrieb

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET hat gemeinsam mit dem Sontheimer Ersten Bürgermeister Alfred Gänsdorfer das neue Glasfasernetz in der bayerischen Gemeinde Sontheim offiziell in Betrieb genommen. Über 900 Haushalte verfügen ab sofort über einen direkten Glasfaseranschluss, der Internetbandbreiten von 1.000 Mbit/s und mehr ermöglicht. Das Projekt in Sontheim ist das Erste, das im Rahmen der Gigabitrichtlinie des Freistaats Bayern erfolgreich umgesetzt worden ist.

Das neue Glasfasernetz in Sontheim wurde ohne Verzögerung von LEONET und dessen für den Tiefbau verantwortlichen Partner realisiert. Es ist zugleich das erste Projekt, das im Rahmen der Gigabitrichtlinie des Freistaats Bayern eine Förderung erfährt. So werden rund 90 Prozent der anteiligen Ausbaukosten der Gemeinde Sontheim vom Freistaat Bayern übernommen; das entspricht hier über 1,12 Mio. Euro. Den Löwenanteil der gesamten Investitionssumme von mehreren Millionen Euro trägt die LEONET AG.

Standortnachteil beseitigt

„Wir sind stolz darauf, dass wir das Projekt reibungslos und zeitlich wie geplant umgesetzt haben. Damit unterstreichen wir unsere hohe Kompetenz und Zuverlässigkeit“, erklärt Martin Naber, Vorstand bei der LEONET AG. „Grundlage hierfür war die sehr gute Zusammenarbeit mit der Kommune. Hierfür möchte ich mich nochmal ausdrücklich bedanken.“ Der Erste Bürgermeister Alfred Gänsdorfer ergänzt: „Wir verfügen ab sofort über eine digitale Infrastruktur, die für die Attraktivität der Gemeinde von außerordentlicher Bedeutung ist. Das erfüllt mich

mit Stolz, weil wir damit einen lange Zeit bestehenden Standortnachteil – sowohl für unsere Bürger:innen als auch dem Gewerbe – gegenüber Städten aus dem Weg geräumt haben.“ Anlässlich der Inbetriebnahme betont Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Föderer: „Leistungsfähige Glasfasernetze sind die Lebensadern unserer Zeit. Für unseren Weg in die Gigabit-Gesellschaft ziehen wir alle, Freistaat, Kommunen und Telekommunikationsunternehmen, gemeinsam an einem Strang. Wie gut es funktioniert, zeigt die Gemeinde Sontheim – nach nur anderthalb Jahren Bauzeit sind alle Sontheimer Haushalte direkt mit Glasfaser erschlossen! Ich freue mich, dass der Freistaat die Gemeinde auf dem Weg zu Gigabit mit über 1,12 Millionen Euro unterstützen konnte.“

Gegen fünf Bewerber durchgesetzt

LEONET hat ein insgesamt 29 Kilometer umfassendes Glasfasernetz seit dem Ausbaustart im Herbst 2021 errichtet. Für die technische Anbindung der Gebäude wurden zudem 28 Verteilerkästen installiert. LEONET hatte sich in der Ausschreibung gegen fünf Bewerber durchgesetzt. □



V.l.: Alfred Wöcherl (Breitbandberatung Bayern), Alfred Gänsdorfer (1. Bürgermeister Sontheim) und Martin Naber (LEONET) nehmen gemeinsam mit einem symbolischen Akt das Glasfasernetz in Betrieb.

Bild: Leonet



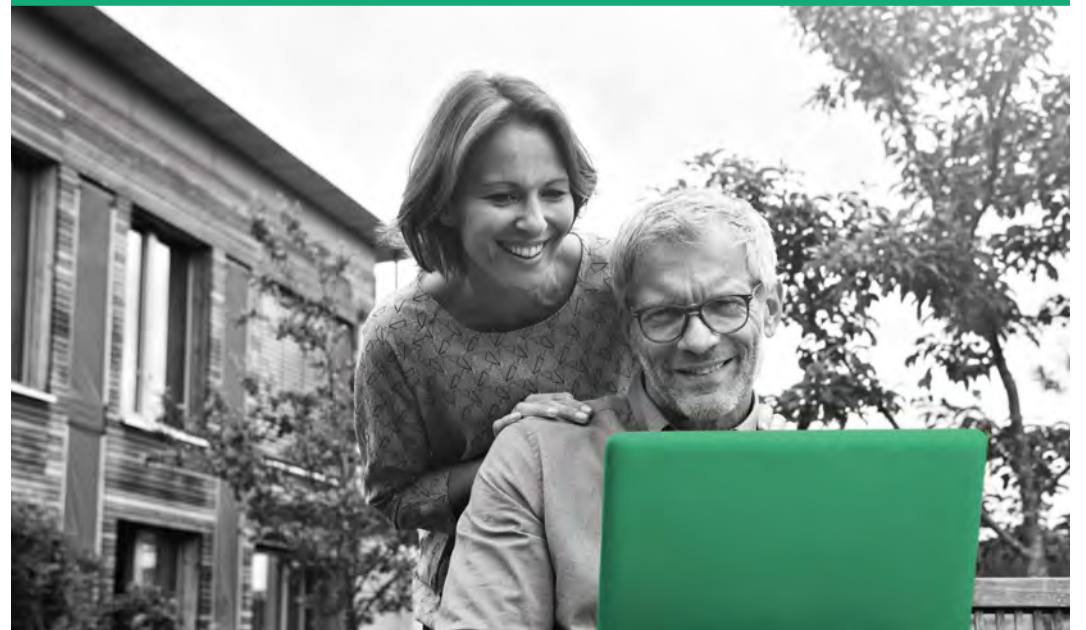
VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Der Glasfaser-Hausanschluss von Unsere Grüne Glasfaser.

Mit einem schnellen Ausbau ohne Vorvermarktungsquoten und Kosten für die Kommune bringt Unsere Grüne Glasfaser (UGG) ein stabiles, leistungsfähiges Glasfasernetz in Ihre Gemeinde. Dabei profitieren Ihre Bürger:innen von einem Anschluss bis ins Haus und können frei aus den verfügbaren Internetanbietern Ihrer Region wählen. Nutzen auch Sie jetzt Ihre Chance und bringen Sie Internet mit Highspeed in Ihre Gemeinde!

Ausbaukapazitäten für 2023 sichern unter **0800 410 1410 111**

powered by **Allianz**



Bayerischer Datenschutzbericht 2021:

Mit mehr Datenschutz zu besseren Lösungen

Das allgemeine Datenschutzrecht sowie klassische datenschutzrechtliche Fragen und Probleme aus dem Behördenalltag stehen im Mittelpunkt des vom bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz, Thomas Petri, erstellten Tätigkeitsberichts 2021. Da „viele grundsätzliche Fragen zur COVID-19-Pandemie geklärt sind - in der Prüfungs- und Beratungspraxis ging es nun etwa um den Datenschutz bei Maskenpflicht-Befreiungstaten, bei der Überwachung von 2G- oder 3G-Regelungen sowie im Zusammenhang mit dem Test- und Impfmanagement - traten nun bereits wieder ‚nichtpandemische‘ Datenschutzthemen in den Vordergrund“, teilte Petri mit.

Wenn bayerische öffentliche Stellen um Rat suchen, weil sie Office-Anwendungen aus Staaten nutzen möchten, die nicht dem Geltungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung unterfallen, stellen sich komplexe datenschutzrechtliche Fragen. Bayerns oberster Datenschützer hat aufbereitet, was hier zu beachten ist, und dabei versucht, einen Weg durch das Dickicht einschlägiger Gerichtsentscheidungen und Leitlinien insbesondere der Unionsebene zu weisen.

Schon seit längerem beschäftigte Petri im Bereich von Polizei und Justiz der Datenschutz-Zuverlässigkeitsüberprüfungen im Rahmen von Akkreditierungsverfahren. Im Berichtszeitraum sei endlich eine gesetzliche Regelung dieses von der Polizei bei Großveranstaltungen eingesetzten Instruments erreicht worden, die kürzlich auch der Bayerische Verfassungsgerichtshof gebilligt hat.

Die datenschutzrechtliche Überprüfung erkenntnisdienlicher Maßnahmen aufgrund der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten führte laut Petri im Ergebnis zu einer Sensibilisierung der Polizei - auf diesem „Deliktfeld“ können eingriffsintensivere Verfolgungsmaßnahmen mitunter nicht rechtskonform eingesetzt werden. Ein hilfreicher Beitrag

zeigt, wie leicht man nichtsahnend und unrechtmäßigerweise im polizeilichen Staatsschutz-Informationssystem gespeichert werden kann.

Datenschutzfragen von allgemeinem Interesse stellten sich auch im Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung. Dazu zählen die Datenverarbeitung bei Gutachterausschüssen zur Ermittlung von Grundstückswerten sowie Anfragen, inwieweit Anträge auf Bürgerversammlungen veröffentlicht werden dürfen und was bei der Herausgabe kommunaler Mitteilungsblätter datenschutzrechtlich zu beachten ist.

Kommunale Mitteilungsblätter

In einem hierzu extra veröffentlichten Arbeitspapier erläutert Petri die zu beachtenden datenschutzrechtlichen Vorgaben und geht auf typische Fallkonstellationen wie etwa die Bekanntgabe von Eheschließungen oder Jubiläumsgratulationen in einem kommunalen Mitteilungsblatt ein.

Ein ausführlicher Beitrag im Bereich „Gesundheit und Soziales“ gilt den Mitteilungspflichten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen an die Leistungserbringer, wenn Behandlungsfehler begutachtet worden sind. Was den Bereich der Personal-

verwaltung bei bayerischen öffentlichen Stellen betrifft, setzt sich der Tätigkeitsbericht unter anderem mit zwei Neuregelungen auseinander.

Während der Datenschutzbeauftragte bei der von ihm schon seit längerem als reglungsbedürftig benannten Aufbewahrung von Unterlagen über dienstliche Beurteilungen ein überwiegend positives Fazit zieht, bedauert er die Entscheidung, dass bei der Verlängerung der Aufbewahrungsfrist für Beihilfeunterlagen der zuständige Normgeber fiskalische Interessen den Datenschutzbelangen vorgezogen hat.

„Nach bisheriger Rechtslage waren Beihilfeunterlagen, aus denen die Art der Erkrankung ersichtlich ist, unverzüglich zurückzugeben oder zu vernichten, sobald die Beihilfestelle sie nicht mehr benötigte. Nunmehr sind diese Unterlagen gesetzlich fünf Jahre aufzubewahren. Vergleichbares gilt für Unterla-

gen über Heilfürsorge und Heilverfahren, deren generelle Aufbewahrungsfrist nun ebenfalls fünf Jahre beträgt“, erläutert Petri. Im Rahmen seiner Aufsichtszuständigkeit werde er die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben in der Beihilfepraxis genau im Blick behalten.

Neben der Beanstandung nach dem Verlust von Bewerbungsunterlagen bei einer bayerischen öffentlichen Stelle berichtet Petri zudem über eine ihm gemeldete „Datenpanne“, bei der der Grundsatz der Vertraulichkeit personenbezogener Daten eindrucksvoll verfehlt wurde. So wurde auf einer Donaubrücke eine kommunale Beschäftigte samt Fahrrad und Aktenstapel von einem heftigen Windstoß erfasst, was zur Folge hatte, dass Blätter in den Fluss flogen.

Dieser skurrile Fall zeigt Petri zufolge nicht nur ein spezifisches Risiko der Arbeit im Homeoffice auf, sondern demonstriert einmal mehr die Notwendigkeit ausreichender Sicherungsmaßnahmen beim Aktentransport. Auch hier gilt: „Der beste Datenschutz wirkt nicht durch Beanstandung, Verwarnung oder Geldbuße, sondern im Wege der Prävention.“ **DK**



V.l.: Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck), die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, MdL, und der Leiter des Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, bei der Freischaltung des DigitalStore.

Bild: Bayerischer Landkreistag

Digitalisierung der Landratsämter:

DigitalStore mit 77 Online-Anträgen freigeschaltet

Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Der notwendige Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsleistungen fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden! Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, unterstützt die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung mit praxisgerechten Empfehlungen und konkreten Digitalisierungsprojekten. Die von Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth, geleitete Projektgruppe „Organisation/E-Government“ ist im Innovationsring der maßgebliche Digitalisierungsmotor und Impulsgeber.

Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts „Digitaler Werkzeugkasten 1.0“ im Oktober 2020, haben das Bayerische Digitalministerium und der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags das Projekt ausgeweitet und im März 2021 das Folgeprojekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ gestartet. Insgesamt nehmen 25 Landkreise aus allen bayerischen Regierungsbezirken an dem Projekt teil. Die Anzahl der teilnehmenden Landkreise ist damit mehr als drei Mal so hoch wie beim ersten Projekt.

Das Besondere an dem Projekt ist das arbeitsteilige Vorgehen: Die 25 Landkreise setzen in einem abgestimmten Vorgehen Online-Anträge für wichtige Verwaltungsleistungen um und stellen diese anschließend den übrigen Landratsämtern kostenlos zur weiteren Nachnutzung bereit. Auf diese Weise entsteht ein starkes Austauschnetzwerk, von dem alle Landkreise profitieren. Dieser kooperative Ansatz hat auch die Jury beim eGovern-

ment-Wettbewerb 2021 überzeugt. Das Projekt wurde in der Kategorie „Bestes Kooperationsprojekt 2021“ ausgezeichnet.

Um die Nachnutzung der umgesetzten Online-Anträge zu vereinfachen und damit auch zu beschleunigen, hat der Innovationsring gemeinsam mit dem Digitalministerium eine zentrale Austauschplattform (DigitalStore) umgesetzt. Die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, MdL, der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstenfeldbruck, und der Leiter des Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier, haben den DigitalStore im vergangenen Juli freigeschaltet.

Servicedienstleistungen

Über den DigitalStore können derzeit 77 Online-Anträge kostenlos nachgenutzt werden. Zu den zentral bereitgestellten digitalen Servicedienstleistungen zählen unter anderem die Beantragung eines Parkausweises für Handwerker, einer Gaststätten- oder Jagdtauglichkeitsbescheinigung sowie eines Jagdtauglichkeitsbescheinigung. Bis Ende 2022 wird das

Deutsche Telekom und Microsoft revolutionieren die Kommunikation

... und verschmelzen Microsoft Teams mit dem Mobilfunknetz der Telekom

Als erster Anbieter Deutschlands offeriert die Telekom eine Innovation in Microsoft Teams: „Mobile für Microsoft Teams“. Zwei Welten wachsen zusammen: das beste Mobilfunknetz in Deutschland und die von Geschäftskunden am meisten genutzte Kollaborationslösung.

Die Integration der Mobilfunkrufnummern von Geschäftskunden ist eine signifikante Erweiterung von Teams neben der bereits möglichen Integration von Festnetz- und Einwahlkonferenznummern. Nutzer können unabhängig von Ort und Gerät direkt in Teams telefonieren und Inlands- und Auslandsgespräche mit der Mobilfunkrufnummer ein- und ausgehend führen. Die zusätzliche Nutzung von Chat- und Videokonferenzfunktionen ist selbstverständlich. Mit Mobile für Microsoft Teams schaffen Microsoft und Telekom eine zukunftsweisende Lösung für Kommunikation und Zusammenarbeit.

Schnell installiert und flexibel zugeteilt

Mit Mobile für Microsoft Teams lassen sich alle Telefonie-Leistungen, auch aus dem Mobilfunk, direkt im Microsoft Teams Admin Center verwalten. Die Einrichtung wird sehr einfach sein: Kunden der Telekom importieren die Rufnummern des geeigneten Geschäftskunden-Vertrages direkt in Teams und ordnen sie ihren Nutzern zu. Die Unternehmen können schnell und flexibel auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter eingehen und erhalten eine umfassende Lösung auf einer Hand. Neue Möglichkeiten für das mobile und hybride Arbeiten sind damit gegeben. Die Grenzen zwischen Telefonie und Meetings, mobilen und Desktop-Geräten, Büro- und Außenstellen verwischen noch stärker. Die Effizienz der Administration geht mit der Effizienz der Nutzung einher.

Zwei Welten wachsen zusammen

Kein Anruf geht verloren. Die nahtlose Verschmelzung von Teams mit dem Mobilfunknetz der Telekom sichert jede Verbindung. Auch bei fehlender Datenverbindung können Nutzer weiterhin mobil in Teams telefonieren und zusammenarbeiten. Durch die mobile Integration hat der Nutzer nur eine Anrufliste, eine Voicemail und einen Präsenzstatus über Teams und das Mobilgerät hinweg. Die Welt der Authentifizierung über E-Mail-Adressen wächst mit der Welt der eindeutig zugeordneten Mobilfunknummern zusammen. Mobilfunknummern und Teams werden quasi physikalisch gekoppelt. „Besetzt“ auf dem mobilen Gerät bedeutet auch „Besetzt“ auf allen anderen Geräten in Teams – und umgekehrt. Zusätzlich sind altbekannte und vertraute UCC-Funktionen (UCC: Unified Communication and Collaboration) von Teams, wie beispielsweise Stellvertreter- oder Abwesenheitsregeln, mobil verfügbar. Ist in Outlook eine Abwesenheitsmeldung eingerichtet, wird ein entsprechender Text auf der Mobilbox abgespielt. Der Medienbruch ist Vergangenheit.

„Die Menschen arbeiten nicht mehr nur im Büro, sondern auch

Angebot um weitere 30 Online-Anträge mit Schwerpunkt auf Unternehmensleistungen ausgebaut. Gerade Unternehmen haben mit rund 200 Behördenkontakten pro Jahr wesentlich häufiger mit der Verwaltung zu tun, als der einzelne Bürger. **□**

im Home-Office, mobil und über verschiedene Endgeräte. Auch nach der Pandemie wird sich das Arbeitsumfeld weiter verändern. So prognostiziert IDC für 2024 einen starken Rückgang der lokalen Geschäftstreffen auf 25%“, sagt Hagen Rickmann, Geschäftsführer Geschäftskunden Telekom Deutschland GmbH. „Mit unserem Partner Microsoft bieten wir mit Mobile für Microsoft Teams eine Lösung an, die alle Kommunikationsbedürfnisse plattformübergreifend vereint. Das schafft eine nahtlose Fixed-Mobile-Konvergenz und steigert die Resilienz von Unternehmen deutlich.“

„Den Mitarbeitern die Wahl zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, von zu Hause, vom Büro oder von unterwegs aus mitzuwirken, beizutragen und nahtlos zusammenzuarbeiten, ist ein wichtiges Element, damit Hybrid Work für alle funktioniert“, sagte Ralph Haupter, Präsident, Microsoft EMEA. „Unser jährlicher globaler Work Trend Index hat gezeigt, dass 73 Prozent der Befragten flexible Remote-Optionen beibehalten wollen, was ein effektives hybrides Modell zu einem entscheidenden Faktor für die Bindung und Gewinnung von Talenten für Unternehmen aller Größen und in allen Branchen macht.“

Ralph Haupter und Hagen Rickmann stellten diese Lösung auf der Bühne der Digital X vor. Das gesamte Programm der Digital X 2022 steht online zur Verfügung unter <https://www.digital-x.eu/de/>. Die Veranstaltung wurde auf der Digital X-Plattform live übertragen. Die Plattform ist jederzeit von überall abrufbar. Weitere Details zur Digitalisierungsinitiative finden Sie auch unter www.telekom.com/digitalx. **□**

BREKO-Marktanalyse:

Nachfrage nach Glasfaser und Verfügbarkeit steigen stark an

Der Glasfaserausbau in Deutschland nimmt immer mehr Tempo auf – und auch die Nachfrage steigt stark an. Das sind die Ergebnisse der jährlichen Marktanalyse des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO). Ende Juni gab es laut BREKO in Deutschland 12,7 Millionen verfügbare Glasfaseranschlüsse und damit 4,4 Millionen mehr als noch Ende 2020. Mehr als jeder vierte Haushalt in Deutschland verfügt damit mittlerweile über solch eine leistungsfähige Internetanbindung.

Die alternativen Netzbetreiber, darunter auch Deutsche Glasfaser, waren für den Löwenanteil – 71 Prozent – der ausgebauten Anschlüsse verantwortlich. Auch was die Investitionen angeht, trugen diese Anbieter mit 6,5 Milliarden Euro im vergangenen Jahr die Hauptlast.

Die BREKO-Marktanalyse zeigt zudem, dass die Nachfrage immer stärker wächst. Nahezu die Hälfte aller Haushalte, in denen Glasfaser verfügbar war, buchten im vergangenen Jahr einen entsprechenden Anschluss. Und 1,4 Millionen Kunden nutzten bereits einen Tarif mit einem Datendurchsatz von einem Gigabit pro Sekunde oder mehr.

„Der Nutzen von Glasfaser wird zunehmend erkannt und damit entwickelt sich diese Technologie immer mehr zum Standard“, sagte der Studienleiter Jens Böcker. „Diese Zahlen unterstreichen darüber hinaus, dass Deutschland im europäischen Vergleich Anschluss gefunden hat.“

Das Ziel der Bundesregierung, bis 2025 die Hälfte aller Haushalte in Deutschland ans Glasfasernetz anzuschließen, wird laut BREKO allerdings kein Selbstläufer. Die Prognose des Verbands für das Zieljahr reicht von 40

bis 53 Prozent der Haushalte. Ob diese Ambition erfüllt wird, hängt laut Analyse nicht nur davon ab, ob sich die weltweite Lage mit dem Krieg Russlands in der Ukraine ab, der zu Preissteigerungen, Lieferengpässen und dem Fachkräftemangel beiträgt.

Entscheidend seien vor allem die passenden Rahmenbedingungen in Deutschland, wie eine Priorisierung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus und eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.

Ausbau auf dem Land

Deutsche Glasfaser hat sich als führender Anbieter von FTTH-Glasfaseranschlüssen („Fiber To The Home“ - Glasfaser bis in die Wohnung) auf dem Land vorgenommen, den Ausbau in Deutschland weiter entscheidend voranzutreiben.

Allein bis 2025 will das Unternehmen insgesamt 4 Millionen Haushalte mit Glasfaser versorgen und sein Netz in der Folge auf 6 Millionen Anschlüsse ausbauen. Das entspricht etwa 15 Prozent aller Haushalte in Deutschland. Stand heute kommt das Unternehmen auf über 1,4 Millionen sog. Homes Passed. **□**

it-sa Expo&Congress in Nürnberg

Vom 25. bis 27. Oktober findet in Nürnberg die it-sa Expo&Congress, Europas führende Fachmesse für IT-Sicherheit und eine der bedeutendsten Plattformen für Lösungen rund um die Themen Cloud- und Mobile-Security, Daten- und Netzwerksicherheit oder die Absicherung Kritischer Infrastrukturen und der Industrie 4.0 weltweit, statt.

Trendbarometer

Sie bringt Experten vor Ort in Nürnberg zusammen und ist mit aktuellen Themen, fachspezifischen Forenbeiträgen und inspirierenden Vorträgen Trendbarometer für den gesamten IT-Sicherheitsmarkt. Das begleitende Kongressprogramm Congress@it-sa bietet Raum für den vertieften fachlichen Austausch zu konkreten Fragen und spezifischen Herausforderungen.

Im Rahmen der it-sa findet am 26. Oktober um 11 Uhr auf dem Gemeinschaftsstand von bayme vbm in Halle 7 Stand 412 (NürnbergMesse, Eingang NCC Ost, Messezentrum) ein Weißwurstfrühstück mit bayerischen Erfrischungsgetränken statt. Eine kostenfreie Anmeldung ist über den Link <https://t1p.de/ifi5n> möglich. **□**

Zukunftskongress Staat & Verwaltung 2022:

Kommunen im Spannungsfeld

Resilient, nutzerorientiert, effizient und international: Dies sind nur einige Attribute eines modernen, digitalen Staats von morgen, die auf dem 8. Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin diskutiert wurden. „10 Aufgaben für Deutschland und seine Verwaltungen bis 2025“ lautete das diesjährige Motto.

Die dreitägige Leitveranstaltung des öffentlichen Sektors für die digitale Transformation mit knapp 2.000 Teilnehmern identifizierte folgende zehn Handlungsfelder, die aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre bzw. Jahrzehnte einen wesentlichen Beitrag leisten sollen, damit Staat und Verwaltung schneller im digitalen Heute ankommen:

1. Staat & Verwaltung brauchen eine wirkliche innere Motivation und Bereitschaft für einen Kultur- und Mentalitätswandel hin zu einer Dienstleistungsorientierung und mehr Agilität.

2. Mit Veränderungen auch im Kleinen beginnen und nicht nur auf neue Vorgaben oder Strategien (von oben) warten.

3. Förderale und europäische Zusammenarbeit im Zeitalter der Digitalisierung beschleunigen und digital unterstützen.

4. Es bedarf harmonisierter IT-Strategien im föderalen System, die umgehend eine Verbindlichkeit im Hinblick auf Architektur, Standards und Schnittstellen schaffen.

5. Eigenleistungsfähigkeit, operative Fähigkeiten und digitale Kompetenzen der Verwaltung erhöhen.

6. An einer leistungsfähigen und konsolidierten IT-Infrastruktur arbeiten, die (möglichst) Ebenen übergreifend harmonisiert ist und sich schneller den Zukunftstechnologien wie Cloud oder KI öffnet.

7. Digitale Verwaltung und Umsetzung OZG: „Nicht verrennen und verzetteln“.

8. Datenschutz modernisieren: Datenschutz muss konstruktiver Partner der Veränderung und der digitalen Transformation werden.

9. Mehr Innovationen fördern sowie kürzere Innovationszyklen besser abbilden.

10. Nachhaltige Entwicklung einer Investitionsfähigkeit des Staates im Umfeld der Modernisierung auch in schwieriger werdenden Haushaltslagen.

Dr. Markus Richter, Bundes-CIO und Staatssekretär im BMI, lud zur gemeinsamen Ideensammlung und zum Netzwerken ein. Um einen resilienten, nutzerorientierten Staat zu bauen, sei es wichtig, dass alle Akteure zusammenarbeiten, Leistungen einheitlich angeboten werden und dafür eine gut funktionierende Infrastruktur geschaffen wird. Die aktuellen Herausfor-

derungen würden durch hervorragende Mitarbeiter in der Verwaltung gemeistert, dies habe sich insbesondere in Krisenzeiten von Corona und des Angriffskrieges auf die Ukraine gezeigt.

Nun komme es darauf an, bestehende Prozesse und Abläufe massiv zu ändern, denn auch die Welt verändere sich, so Richter. Die Zyklen aufkommender Krisen verkürzten sich, Ausnahmezustände würden dauerhafter und daher sei es wichtig, der Verwaltung effiziente Instrumente an die Hand zu geben, um einen resilienten Staat zu schaffen. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeige, dass es viel Rückenwind für die Verwaltungsdigitalisierung gebe, und mit diesem Rückenwind müsse man jetzt weiter tatkräftig zusammenarbeiten.

Zukunftsforum

Im Rahmen eines Zukunftsforsums erörterte Ernst Bürger (BMI) gemeinsam mit Vertretern aus Verwaltung und Wirtschaft, unter ihnen AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer, das Thema „Das OZG als Beginn eines langfristigen Transformationsprozesses“. Im Plenum wurde deutlich, dass die nächsten Schritte der OZG-Umsetzung nun das Ausrollen der Leistungen in die Fläche sowie die „Ende-zu-Ende-Digitalisierung“ sind. Dazu müssten unter anderem eine gemeinsame föderale IT-Architektur und ein gemeinsames Zielbild geschaffen sowie die Fachseite stärker eingebunden werden, so Bürger. Außerdem gehe es weiterhin darum, das „Mindset“ zu verändern und den Transformationsprozess im Ganzen zu betrachten, damit dieser gelinge.

Über die Registermodernisierung diskutierten Maximilian Schröter (BVA), Dr. Rudolf Hauber Leiter Geschäftsprozessmanagement Kreisverwaltungsreferat Stadt München und Tomma Brandis-Schwarz (init) gemeinsam mit dem Publikum. Zentrales Thema waren dabei die Anforderungen und Herausforderungen der registerführenden Behörden. Auch die Behördennummer 115 stand auf der Agenda. Als direkter Draht der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung sei die 115 ein wichtiges Element der Verwaltung, betonte BMI-Referentin Petra Streiber. Derzeit gehörten be-

reits der Bund, 14 Länder sowie zahlreiche Kommunen dem Verbund der 115 an. Mit einer Zielvorgabe von maximal 60 Sekunden Wartezeit werde auf Fragen jeglicher Art telefonisch Auskunft gegeben. Kernstück des Service sei eine gute Wissensdatenbank, die auf den Standards von FIM und dem Datenaustauschformat XZuFi 2.1.0 beruht. Künftig soll eine 24/7 Auskunft über einen Chatbot gewährleistet werden.

Mit zahlreichen Fragen des kommunalen Managements – nicht nur im Kontext der digitalen Transformation – befassten sich Experten im Rahmen des KGSt®-Kommunalforums, einer weiteren Veranstaltung innerhalb des Zukunftskongresses. Laut Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung soll die öffentliche Verwaltung ermöglichen und lernen. Sie soll das Leben der Bürgerinnen und Bürger einfacher machen. Leistungen sollen schneller, effektiver und wirtschaftlicher erbracht werden. Außerdem sollen Innovationsprozesse befördert, eine Kultur der Zusammenarbeit etabliert und die Kraft der Zivilgesellschaft genutzt werden. Dafür braucht es nach Auffassung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement einen Perspektivwechsel – „insbesondere, wenn wir uns vor Augen führen, dass sich viele Kommunen in einem Spannungsfeld befinden: zwischen rasant zunehmender Digitalisierung auf der einen Seite und der Schwierigkeit, die notwendigen personellen, technischen oder finanziellen Ressourcen bereitzustellen zu können, auf der anderen Seite“.

Freiräume schaffen

Zahlreiche Kommunen wünschten sich eine grundsätzliche „Verringerung“ der Komplexitäten und Rahmenbedingungen, um Verwaltungsleistungen höchst effizient anbieten zu können. Dies schaffe Freiräume für identitätsstiftende Aufgaben, insbesondere im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. In diesem Rahmen braucht es laut KGSt einen kritischen Blick auf die Bereitstellung der digitalen Services und mögliche Optimierungspotenziale durch innovative Formen der Bereitstellung im föderalen System. Aus IT-fachlicher Sicht gebe es viele Gestaltungspotenziale, die den Weg für weitere Ansätze einer Aufgabenverteilung im föderalen System bereiten können. Im Sinne des „Ermöglichens“ und „Lernens“

sei das kommunale Management gefragt, hier mitzugestalten und Erfahrungen in den weiteren Prozess einzubringen.

Im Ergebnis waren sich Anika Krellmann und Marc Groß (beide KGSt), Prof. Henning Lühr, Dr. Hanna Sommer (Deutscher Städtetag), Thomas Köster (Stadt Hamm) und Dr. Klaus Ebbing (KGSt) einig: Eine zentrale Bereitstellung von digitalen Services kann den Digitalisierungsprozess beschleunigen und ist – wenn Kommunen bei der Erstellung aktiv beteiligt werden – nicht weniger nutzerfreundlich.

„Kommunen können Projekte: Einfach. Machen.“ Darüber diskutierten Dr. Ulrich Keilmann (Hessischer Rechnungshof) und Hendrik Ewens (KGSt) in einer Partnerveranstaltung der Gesellschaft für Projektmanagement und der KGSt. Ihrer Meinung nach wird das Projektgeschäft in Kommunen zunehmen. Gründe dafür sind die wachsende Krisendichte und unterschiedliche Transformationsprozesse.

Professionalisierung

Wichtig sei, dass Kommunen Projekte aktiv angehen und durchführen. Dafür sollten sie zu Beginn möglichst einfach starten. Im Mittelpunkt stehe dabei der Aufbau von Projektmanagementkompetenzen. Dies könne auf der einen Seite durch Schulungen erfolgen. Praktische Erfahrungen in Projekten zu sammeln und dadurch kompetenzen beim „Tun“ aufzubauen, sei die andere Seite. Schritt für Schritt könne so das Projektmanagement weiter angepasst und professionalisiert werden. Eine solche Professionalisierung erfolge beispielsweise durch ein Projektmanagement-Office (PMO), das bereits in einigen Kommunen erfolgreich eingesetzt werde.

Stichwort Reorganisation und Veränderung: Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des Vorstands und Direktorin der AKDB, berichtete ihrerseits von der größten Neuorganisation, die die AKDB in ihrer 50-jährigen Geschichte umgesetzt hat. Sie hat sich in diesem Rahmen komplett entlang von Kundensegmenten (u. a. Verwaltung, Bürger) im Sinne von digitalen Ende-zu-Ende-Prozessen aufgestellt.

Fazit: Eine wirksame Digitalisierung muss mit und in den Kommunen gestaltet werden. Sie sind das Zünglein an der Waage, wenn es um Erfolg oder Misserfolg bei der Digitalisierung geht. Das hat nicht zuletzt die Umsetzung des OZG gezeigt. Die Relevanz der kommunalen Ebene muss sich jetzt in einer noch intensiveren Zusammenarbeit im föderalen System und wirksamen Instrumenten und Rahmenbedingungen äußern. **DK**



Staatsminister Füracker übergibt Förderbescheide.

Bild: stmfh

Füracker übergibt Gigabit-Förderbescheide

„Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für die Zukunftsfähigkeit einer Region. Leistungsfähige Netze sind das ‚Tor zur Welt‘ unseres gesamten digitalen Alltags. Der Freistaat Bayern engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv, um eine bestmögliche Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den ländlichen Regionen zu ermöglichen. Freistaat und Kommunen ziehen für dieses gemeinsame Ziel tatkräftig an einem Strang“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe von zahlreichen Gigabit-Förderbescheiden.

Zehn Kommunen, neun Schulen und ein Rathaus aus Oberbayern, Niederbayern und Schwaben erhielten insgesamt rund 11,5 Millionen Euro Förderung für ihre digitale Zukunft. Die zehn kommunalen Einrichtungen profitieren von einer Förderung in Höhe von 425.000 Euro nach der bayerischen Richtlinie zur Förderung von Glasfaseranschlüssen und WLAN-Infrastruktur für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser (GWLNR): „Die bayerischen Bildungseinrichtungen sind hochkompetente Wissensvermittler und die Nutzung digitaler Medien ist in allen Schulen inzwischen zum Alltag geworden. Die Gigabit-Verbindung von neun Schulen mit über 2.500 Schülerinnen und Schülern ermöglicht künftig ein noch moderneres Lernumfeld. Zudem wird künftig das Rathaus der Gemeinde Valley an leistungsfähige Glasfaser angeschlossen“, so Füracker.

26 Kommunen und vier Schulen aus der Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken wurden mit einer Förderung von insgesamt über 35,6 Millionen Euro für ihre digitale Zukunft bedacht. Vier kommunale Einrichtungen in Oberfranken und Mittelfranken profitieren von einer Förderung in Höhe von 154.298 Euro nach der bayerischen Richtlinie zur Förderung von Glasfaseranschlüssen und WLAN-Infrastruktur für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser (GWLNR). „Die Gigabit-Verbindung von vier Schulen mit über 900 Schülerinnen und Schülern ermöglicht künftig ein noch moderneres Lernumfeld“, erläuterte der Minister.

Bayernweit konnten seit 2018 bereits 3.702 Einrichtungen, davon 2.841 öffentliche Schulen, mit rund 104 Millionen Euro ge-

fördert werden. Mit dem bayerischen Förderprogramm „Glasfaser/WLAN-Richtlinie“ können alle öffentlichen Schulen im Freistaat direkt an leistungsstarke Glasfaser angebunden werden. 89 % der öffentlichen Schulen sind bereits gigabitfähig versorgt.

Gigabit bayernweit bis 2025

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat den Weg geebnet und kann als erste Region in der Europäischen Union den Glasfaserausbau auch dort fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. „graue Flecken“). Bislang sind schon über 1.178 Gemeinden in das Förderverfahren eingestiegen, 64 % aller bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025.

Bei der Breitbandversorgung liegt Bayern als größtes Bundesland in allen Bereichen über dem Bundesschnitt. Aktuell verfügen bayernweit bereits rund 98 % der Haushalte über schnelles Internet. Nach Abschluss aller laufenden Projekte werden über 99 % der Haushalte in Bayern mit schnellem Internet surfen können.

Bei der Versorgung mit 100 Mbit/s und 1 Gbit/s liegt Bayern auch deutlich über dem Bundesschnitt: 91 % aller bayerischen Haushalte verfügen über mindestens 100 Mbit/s. Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung hat der Freistaat seit 2014 rund 1,7 Milliarden Euro investiert. Damit werden mehr als 66.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt. Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und über den Umfang der Fördergebiete. **DK**

Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur mit offenem Zugang ist für Kommunen in ländlich geprägten Regionen **die Lösung**, um zukunftsfest gegenüber den Ballungsräumen attraktiv zu bleiben.

Aus der Region. Für die Region. Als Unternehmen mit Hauptsitz in Niederbayern und Zweigniederlassung in Oberbayern bietet **LEONET** das gesamte Programm an: Von der Finanzierung über die Bauplanung und Umsetzung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

GIGABITFÄHIGES INTERNET FÜR IHRE VERWALTUNG. FÜR IHRE BÜRGER*INNEN. FÜR IHRE UNTERNEHMEN.

Das Team der **LEONET** Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.



GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN



Sie finden uns auf dem BreitbandForum in Amberg

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Die Finanzierung einer Smarten Region

Die atene KOM informiert über Fördermöglichkeiten zur Digitalisierung

Die Digitale Transformation ist ein nicht mehr wegzudenkender Trend in Stadt und Land. Laut der Kommunalstudie der Initiative Stadt.Land.Digital (2022), befassen sich bereits über 75 Prozent der Gemeinden mit der Ausarbeitung eines strategischen Ansatzes des digitalen Wandels. So individuell die Herangehensweise an die Digitalisierung einerseits sein mag, so ähnlich sind sich die Herausforderungen, welchen sich Kommunen dabei stellen müssen. Neben den personellen sind besonders auch die finanziellen Ressourcen ein Hindernis bei der Initiierung digitaler Projekte und Prozesse. Häufig sind Investitionen in den Digitalen Wandel hoch, ohne sofort sichtbare, monetäre Beträge zu erwirtschaften.

Förderlandschaft und Finanzierungsmöglichkeiten

Wie kann es Kommunen dennoch gelingen, sich trotz strapaziertem Haushalt und Personalstand wettbewerbsfähig für die digitale Zukunft aufzustellen? Der folgende Artikel gibt einen Einblick in die Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten digitaler Projekte.

In vielen Bereichen der Regionalentwicklung ist es üblich, dass die öffentliche Hand auf EU-, Bund- und Länderebene Zuschüsse für die Gegenfinanzierung politischer und wirtschaftlicher Projekte zur Verfügung stellt, die Kommunen aus ihrem Eigenkapital kaum tragen könnten. Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern, hat sich eine vielfältige Förderlandschaft etabliert, die als Zinszuschüsse zu Darlehen oder als nicht rückzahlbare Zuschüsse an Antragsteller ausgegeben werden. Die Programme unterscheiden sich u.a. in Fördersumme, Förderzeitraum und förderfähigen Ausgaben. Auch externe Beratungsleistungen zur Fördermittelabwicklung sind häufig förderfähig und müssen zumeist öffentlich ausgeschrieben werden.

Beispiele für aktuelle Förderprogramme und Initiativen zur Digitalisierung sind auf Europa-Ebene das Programm DIGITAL (Digital Europe), das u.a. die Ausweitung von Supercomputern und fortschrittlicher Technologien für KMU stärkt. Auf nationaler Ebene wird die Anwendung und Erprobung digitaler Lösungen bspw. durch das Förderprogramm *Modellprojekte Smart Cities* des BMWSB, das Modellvorhaben *Smarte.Land.Regionen* des BMEL oder die Innovationsinitiative *mFUND* des BMDVs unterstützt. Und auch die Länderebene unterstützt: Bspw. fördert

die zukunftssichere Transformation smarter Regionen erfordert einen integrierten Ansatz für nachhaltiges Finanzierungs- und Ressourcenmanagement. Wenn auch Ihre Kommune Bedarf an einer Beratung zur Projektfinanzierung und Fördermittellandschaft hat, sprechen Sie gerne unsere Fördermittelberater*innen am Regionalstandort Bayern an: Daniel Artmann, d.artmann@atenekom.eu, +49 89 4132488 – 10.

der Bayerische Staat über das Sonderprogramm *Landwirtschaft Digital* des StMELF oder den *Digitalbonus Bayern* des StMWi Investitionen im digitalen Bereich, um die Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung der Arbeitsprozesse der Antragstellenden zu erhöhen.

Die Fördermittellandschaft obliegt jedoch einem stetigen Wandel. Förderprogramme sind zeitlich begrenzt, teilweise komplex und kleinteilig; eine Verknüpfung von thematischen und praktischen Themen sowie eine Ministerien-übergreifende Zusammenarbeit finden bislang kaum statt. Hier den Überblick zu behalten, scheint für Kommunen nicht immer möglich zu sein. Auch die Beantragung geeigneter Förderungen ist bei der Vielzahl an Programmen zeitintensiv und anspruchsvoll. Aus diesem Grund lohnen sich Gespräche mit Fördermittelberater*innen, die den Markt kennen, konkrete, zielgerichtete Programme empfehlen und Tipps bei der Beantragung geben können. Darüber hinaus bieten sich auch Fördermittel-Recherche-Tools, wie z.B. die App *atene KOM Funds* an, welche aktuelle Förderaufrufe, relevante Events und News aus der Welt der Fördermittel aktualisiert und leicht verständlich einsehbar machen. Förderaufrufe können so individuell gefiltert und die Suche auf die Bedarfe der Kommune abgestimmt werden.

Förderprogramme liefern jedoch teilweise nur eingeschränkte Möglichkeit zur langfristigen Projektfinanzierung. Hierbei spielt unter anderem die Höhe des zu bezahlenden Eigenanteils oder der begrenzte Förderzeitraum eine Rolle. Es lohnt deshalb immer auch weitere Finanzierungsmöglichkeiten sowie kostensenkende Maßnahmen zu überdenken. So ist bspw. eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll, um die Projektvolumina und Fördersummen zu vergrößern und im Umkehrschluss die Summe des Eigenanteils zu verringern.

Darüber hinaus sind derzeit auch Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP), sog. Public-Private Partnerships (PPP), gängig, bei denen staatliche Einrichtungen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zusammenarbeiten, um vor Ort gemeinwohlorientierte Lösungen etablieren zu können, die sich auch langfristig mit Hilfe der Privatwirtschaft finanzieren lassen. Gängig sind PPPs unter anderem im Bereich der Verwaltungsmodernisierung, wie z.B. E-Government Projekten oder der Entwicklung kommunaler Datenplattformen. □

Hinweisgeberrichtlinie in der Praxis

Ein Gastbeitrag von Pascal Jaensch, blu Systems GmbH

Seit Oktober des letzten Jahres ist nicht nur der private Sektor von der Hinweisgeberrichtlinie (EU) 2019/1937 betroffen – nein, auch der öffentliche Sektor muss dieser ab 50 Angestellten bzw. 10.000 Einwohnern nachkommen. Diese Richtlinie soll Hinweisgeber vor Repressalien schützen. Die Umsetzung gemäß den Forderungen ist jedoch nicht immer leicht, denn es muss die Anonymität der Meldenden sichergestellt werden. Dieses gilt für die internen sowie für die externen Meldewege. Nur welche Optionen sind vorhanden und möglich?

Nehmen wir das Beispiel eines öffentlich zugänglichen Briefkastens. Hier können Meldende ihren Hinweis einwerfen, damit dieser im Nachgang bearbeitet werden kann. Eine anonyme Bearbeitung ist hier möglich. Nur wie erhalten die Meldenden jetzt die notwendigen Informationen über die Bearbeitung und den Abschluss des Hinweises? Und was wäre, wenn sich in der Bearbeitung des Vorganges Fra-

gen ergeben und es werden weitere Informationen vom Meldenden benötigt, der sein Anliegen ohne Kontaktdaten eingeworfen hat? Man merkt schon beim ersten Beispiel, dass man direkt auf einige Hindernisse trifft. Nehmen wir die Möglichkeit eines zentralen E-Mail-Postfachs in Betracht. Hier kann direkt mit dem Meldenden in Kontakt getreten und notwendige offenen Fragen geklärt werden.

Der Meldende kann so über die Bearbeitung des Hinweises sowie über den Abschluss des Vorgangs informiert werden. Nur bleibt der Meldende jetzt noch anonym? Die gleiche Problematik tritt auch bei einer zentralen Rufnummer auf. Um das Anliegen zu bearbeiten, benötigen Sie eine Rufnummer, um offene Fragen zu klären. Unterdrückt der Meldende seine Rufnummer, wäre dieser zwar wieder anonym, Sie sind allerdings wieder nicht in der Lage bei eventuellen Rückfragen einen Kontakt aufzubauen.

Sicherstellung der Anonymität

Zusammenfassend lässt sich also das Hauptproblem in der Sicherstellung der Anonymität der Meldenden – auch bei Rückfragen zu dem abgegebenen Hinweis sehen. Auch ist schon bei der Auswahl des Meldeweges darauf zu achten, dass sich hier auf eine ganzheitliche Lösung

Mehr als reine Information

VG Laaber hat eine eigene Kommunikationsapp

Welcher Anbieter wird dieses Mal beim wöchentlichen Markt vor Ort sein? Die Abholung der örtlichen Post ist jetzt eine halbe Stunde eher? Den Baum voller Kirschen und keinen Abnehmer? Bei spontanen, kurzfristigen und privaten Anliegen kommt man mit Tageszeitung und Mitteilungsblatt nicht immer weiter. Übers *world wide web* erreicht man oft nicht Menschen vor Ort. Doch mit einer eigenen kommunikativen App für den Ort und die Bewohner ist es möglich.

Im westlichen Landkreis Regensburg liegt die Marktgemeinde Laaber mit rund 5.300 Einwohnern. Bei einem Runden Tisch der Jugendarbeit 2019 entstand erstmalig die Idee zu einer eigenen App im Ort. Alle Bestrebungen seitens der Gemeinde blieben aber erfolglos. Eine eigene App programmieren zu lassen, ist für kleine und mittlere Kommunen finanziell kaum erschwinglich. 2021 kam dann Marktrat Bernhard Gabler vom Markt Painten auf Bürgermeister Hans Schmid zu und stellte ihm die Boin.APP aus Painten vor. Diese baut auf das System von Village App auf.

Eine Plattform auf der die Kom-

mune in Echtzeit informieren kann und Bürger und Bürgerinnen interagieren können, in Laaber war man gleich begeistert. Die Vereine hatten den Wunsch nach einem geschützten Austausch, der nun über geschlossene Gruppen erfolgen kann.

Testphase erfolgreich

Nach einer Vorstellung im Marktgemeinderat entschied man sich schnell und spontan die kostenlose dreimonatige Testphase zu starten: Die Laaber.APP war geboren. Die Bürgerschaft wurde mit einem Flyer im Mitteilungsblatt informiert. Die örtlichen Vereine wurden in

einer Infoveranstaltung, die bedingt durch die Corona-Pandemie online durchgeführt werden musste, mit an Bord geholt. Mit einem Grußwort, Beiträgen zur Nutzung der App und Angeboten im Marktplatz ging es los.

In der App findet man nun Neuigkeiten rund um den Ort, und am virtuellen Markt wird verkauft, getauscht und gesucht – alles vor der Haustür! Das ist nicht nur nachhaltig, sondern der Unterschied der kommunikativen App zu einer reinen Informations-App. Im Veranstaltungskalender findet man alles – von der Sitzung des Bauausschusses bis hin zum Vereinsfest oder der spontanen Radtour. Bei den Gruppen stellen sich nicht nur Vereine vor, sondern es finden sich auch Gleichgesinnte: Egal ob zum Austausch von Rezepten, zu gemeinsamen Motorradtouren oder als Fan eines Fußballclubs.

Mittlerweile gibt es eine fünfte Kategorie: „Leben in Laaber“. Wichtige Öffnungszeiten von Vereinen, der Abfallkalender und ein nutzerfreundlicher Scha-

Kleinste Kommune Bayerns wird „Digitales Amt“

Die kleinste bayerische Kommune, die Gemeinde Chiemsee, geht bei der Digitalisierung voran. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach zeichnete die Verwaltungsgemeinschaft Breitbrunn, zu der die Gemeinde mit ihren rund 200 Einwohnern gehört, mit dem Prädikat „Digitales Amt“ aus. Mit der Auszeichnung ehrt das Digitalministerium Gemeinden, Städte und Landkreise, die ihren Bürgerinnen und Bürgern mindestens 50 Verwaltungsleistungen digital anbieten. Die Gemeinde Chiemsee und ihre Nachbargemeinden Gstadt und Breitbrunn gehören damit zu den rund 100 bayerischen Kommunen, die bei der Digitalisierung ihrer Verwaltung bereits besonders weit sind.



Staatsministerin Judith Gerlach, Armin Krämmer, Bürgermeister Gemeinde Chiemsee. Bild: Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Gerlach: „Nicht die Größe einer Kommune ist bei der Digitalisierung entscheidend, sondern



Pascal Jaensch. Bild: Jaensch

ihre Engagement. Die kleine Gemeinde Chiemsee ist damit ein großes Vorbild für vielen andere Kommunen in Bayern.“

Die Auszeichnung „Digitales Amt“ war auf Initiative des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales im Juni 2021 gestartet. Um das Prädikat zu erhalten, müssen interessierte Kommunen mindestens 50 rein kommunale oder zentrale Online-Verfahren im BayernPortal verlinkt haben. Nach einer Prüfung durch das Bayerische Staatsministerium für Digitales erhalten die Kommunen ein Schild mit der Aufschrift „Digitales Amt“, ein Online-Signet für Ihre Website und sie werden auf der Website des Ministeriums veröffentlicht. Das Bayerische Staatsministerium für Digitales unterstützt die Kommunen mit einer Vielzahl von Maßnahmen bei der Verwaltungsdigitalisierung. Mit dem Förderprogramm „Digitales Rathaus“ stehen insgesamt rund 42 Millionen Euro bereit. Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden sowie Gemeindeverbände im Freistaat Bayern können diese Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten erhalten. Mit dem „Grundkurs Digitalotse“ vermittelt das Digitalministerium rechtliche und organisatorische Grundlagen zur kommunalen Digitalisierung. Weitere Informationen des Ministeriums zum Prädikat „Digitales Amt“ sind online abrufbar unter: <https://www.stmd.bayern.de/themen/digitale-verwaltung/digitales-amt> □



Stefanie Goß. Bild: Stefanie Goß

denmelder sind dort zu finden. Überhaupt ist die App barrierefrei, d.h. sie kann auf Smartphone, Tablet aber auch Laptop oder PC genutzt werden. Das kommt vor allem der älteren Generation entgegen, freut man sich in Laaber. Werbung des lokalen Gewerbes sei ausdrücklich gewünscht, erklärt Stefanie Goß aus dem Rathaus Laaber. Sie betreut dort im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Gemeinde-App. Der Aufwand für die Verwaltung hält sich durch die vielen Akteure auf der App aber im überschaubaren Bereich, räumt sie ein.

Moderne, zeitgemäße Bürgerkommunikation

Stellenangebote und -gesuche findet man auch auf der Laaber App. Mittlerweile haben auch die beiden anderen Mitgliedsgemeinden der VG – Brunn und Deuring – eine eigene App. Und alle drei sind inzwischen in bestimmten Bereichen auf VG-Ebene verknüpft. „Durch den ständigen Austausch mit dem Team der Village.APP entwickelt sich die App immer weiter“, berichtet Goß. Und das vor allem für ein relativ überschaubares Entgelt. Für Verbände gibt es Sonderkonditionen.

Viele Verantwortliche in den Rathäusern sehen die Kommunikation skeptisch, bevorzugen reine Informationsapps. „Wir haben uns bewußt für diese Lösung entschieden und bereuen es nicht, denn es ist für uns moderne und zeitgemäße Bürgerkommunikation“, erklärt Goß. Angst vor verbalen Ausschreitungen hat man in Laaber nicht, man kann Kritik sogar eher begeben und Gerüchte frühzeitig ausräumen. Klarnamen sorgen für einen großen Sicherheits. Austausch und Mehrwert für alle Akteure im Gemeindeleben stehen klar im Vordergrund. „Man lernt Menschen aus seiner Gemeinde kennen, die man so vielleicht nicht unbedingt getroffen hätte“, so die Expertin. □

ALLES WAS SIE ÜBER DAS BAYERISCHE DIGITALGESETZ WISSEN MÜSSEN!

DIGITALE INFOTAGUNG

27.10.2022 oder 02.02.2023

jeweils von

9:30 Uhr bis ca. 15:30 Uhr

REFERENTEN

Dr. Wolfgang Denkhäus & Klaus Geiger



Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management

Direkt zur Anmeldung:



Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management GmbH
Tel. 089-21 26 74 79 20
digital@verwaltungs-management.de

Deutsches Institut für Urbanistik:

Wanderungstrends in Städten und Regionen frühzeitig erkennen

Kommunen benötigen belastbare Daten – beispielsweise für die Planung von Schul- und Kindergartenplätzen. Die neue Anwendung „hin&weg“ von IFL und Difu ermöglicht erstmals, innerstädtische Umzüge, Stadt-Umland-Wanderungen oder Pendlerbewegungen anschaulich darzustellen.

Die Software wurde im Austausch zwischen Wissenschaft und Kommunalpraxis am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) entwickelt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat dabei den Transferprozess in die Kommunen unterstützt und begleitet. Das neue Analyse- und Visualisierungstool steht ab sofort der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung.

„Die Anwendung soll Politik

und Verwaltung dabei unterstützen, zeitnah und vorausschauend auf neue Entwicklungen des innerstädtischen und regionalen Wanderungsgeschehens zu reagieren und Standortentscheidungen beispielsweise für Kitas, Schulen oder die Verkehrsinfrastruktur zielgenauer zu treffen“, erklärt Professor Francis Harvey, der das Projekt am IfL geleitet hat.

Die hin&weg-Anwendung ist ohne große Vorkenntnisse in-

tuitiv nutzbar und benötigt keine Anbindung an das Internet. So lassen sich sehr einfach aktuelle Erkenntnisse über räumliche Entwicklungsprozesse und Stadt-Umlandverflechtungen in Städten und Gemeinden, aber auch in Landkreisen, herausarbeiten. Die Ergebnisse können in Form von Karten, Tabellen oder Diagrammen visualisiert und für die politische Kommunikation oder den Austausch mit Bürgern genutzt werden.

Das Tool wurde im Rahmen eines von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten Projekts am IfL in Leipzig entwickelt. „Das Besondere an dem Vorhaben war

dabei, dass der gesamte Entwicklungsprozess partizipativ angelegt war und in enger Kooperation mit 18 Kommunen erfolgte“, so Dr. Henrik Scheller, Projektleiter am Difu. Mit dabei waren Darmstadt, Essen, Esslingen am Neckar, Halle (Saale), Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Koblenz, Leipzig, Ludwigshafen, Magdeburg, Münster, Offenbach am Main, Potsdam, Rostock, Stuttgart, Trier und der Landkreis Gifhorn.

Zum Beteiligungsprozess des Projekts gehörten Workshops, Erprobungsphasen und Rückkopplungsschleifen mit den Beschäftigten der jeweiligen Statistik- und Stadtplanungsdezernate. Sie haben die diversen Visualisierungstypen und Analysefunktionen der einzelnen Software-Versionen mit Daten verschiedener räumlicher Ebenen vom statistischen Bezirk bis zu den Bundesländern getestet. Durch ihre Hinweise konnte die Software an die konkreten Anforderungen der Kommunen angepasst werden.

hin&weg steht ab sofort als Open-Source-Software dauerhaft und kostenfrei zum Download zur Verfügung. „Wir wünschen uns, dass mit der jetzt beginnenden Verbreitung des Tools Fachleute aus der Stadt- und Regionalplanung, aber auch engagierte Bürger den Quellcode unserer Software für Weiterentwicklungen und Optimierungen nutzen“, sagt IfL-Direktor Professor Sebastian Lentz. „Dazu wollen wir einen Verbund mit den Nutzenden aufbauen.“

Das IfL wird die Weiterentwicklungsarbeiten an der Software begleiten und den freien Zugang zu der Anwendung gewährleisten. Um sich mit der wachsenden hin&weg-Community auszutauschen, ist zudem eine Konferenz im kommenden Jahr geplant.

AKDB realisiert Anbindung an FITConnect-Plattform

Die AKDB-Datentransportlösung OK.KOMM unterstützt künftig zusätzlich zu XTA/OSCI den Empfang von Online-Antragsdaten der Bürgerinnen und Bürger über die FIT-Connect-Plattform. Letztere wurde im Auftrag des IT-Planungsrats von der FITKO (Föderale IT-Kooperation) federführend entwickelt. Somit ist eine Verbindung zwischen Online-Diensten einerseits und Fachverfahren andererseits gewährleistet. Dadurch rüstet die AKDB Kommunen für die Nachnutzung von Einer-für-Alle-Online-Diensten.

Die AKDB wird ihre Datentransportlösung OK.KOMM mit der föderalen Antragsdatenübermittlungsinfrastruktur FIT-Connect verbinden. So ist künftig die Übernahme von Antragsdaten aus (Efa-)Online-Diensten in die Fachverfahren, die OK.KOMM einsetzen, medienbruchfrei möglich. Dadurch wird die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes beschleunigt. Länder und Kommunen werden voraussichtlich Ende 2022 von der Anbindung zwischen OK.KOMM und FIT-Connect profitieren.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Datentransportmöglichkeiten über XTA und OSCI macht es die vom IT-Planungsrat und der FITKO ins Leben gerufene Plattform FIT-Connect Entwicklern und Anbietern von OZG- und Einer-für-Alle-Diensten leicht, Daten aus Online-Anträgen an die zuständige Behörde und deren Fachverfahren sicher weiterzuleiten. Der Grund: Unterschiedliche IT-Systeme können so miteinander vernetzt und das Einer-für-Alle-Prinzip (Efa) schnellstmöglich bundesweit umgesetzt werden. Die Übertragung erfolgt dabei Ende-zu-Ende verschlüsselt, so dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen einen sicheren Zugang zu Verwaltungsleistungen direkt vom heimischen Endgerät (Laptop, Tablet, Smartphone) erhalten.

Manfred Neidel von der Stabsstelle Digitale Verwaltung bei der AKDB: „Das Onlinezugangsgesetz hat nur dann Erfolg, wenn alle IT-Systeme und Leistungen nahtlos ineinandergreifen. Online-Anträge müssen direkt in die Fachverfahren der jeweiligen Verwaltung übernommen und medienbruchfrei weiterbearbeitet werden. Mit der Anbindung unserer Datentransportlösung OK.KOMM an die Plattform FIT-Connect können künftig Kommunen Antragsdaten aus allen Efa-Leistungen mit FIT-Connect-Unterstützung in die AKDB-Fachverfahren integrieren. Ein großer Vorteil für Kommunalverwaltungen sowie für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.“

Dr. Hauke Traulsen, Produktmanager FIT-Connect bei der FITKO: „FIT-Connect schafft eine einheitliche Schnittstelle zur Anbindung von Online-Antragsdiensten an die zuständigen Fachverfahren zur Antragsbearbeitung auf allen föderalen Ebenen. Wir freuen uns, dass die AKDB als einer der größten Fachverhaltensanbieter in Deutschland ihre Systeme an unsere Plattform anbindet.“

OK.KOMM ist die zentrale Datendrehscheibe der AKDB. Sie verbindet alle AKDB-Verfahren sowohl behördenintern untereinander als auch behördenübergreifend.

Stadt Zirndorf:

Behörden-Kommunikation leicht gemacht

DSGVO-konformer Behörden-Messenger für interne Kommunikation

Der Einsatz von Laptops und Smartphones bei Behörden steigt stetig – ebenso wie die Nutzung von mobilen Kommunikationslösungen. Oft greifen sie dabei auf private Messaging Apps zurück. Das Problem: Private Messaging ist aufgrund erheblicher Schwächen sehr anfällig für Cyberangriffe. Für die IT-Abteilung der Stadt Zirndorf stand daher fest, auf eine DSGVO-konforme Kommunikationslösung zu setzen. Heute profitieren alle Angestellten der Stadt Zirndorf von einer einfachen und sicheren Kommunikation: mit dem Teamwire Messenger.

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat 2018 allen Behörden einen fundamentalen Sicherheitsstandard auferlegt. Vor allem im kommunikativen Austausch muss der Datenschutz gewährleistet sein. Für den IT-Verantwortlichen der Stadt Zirndorf,

eine einfache Interaktion über alle Ämter hinweg. „Uns war wichtig, dass alle Nutzerinnen und Nutzer den Messenger intuitiv anwenden können“, erklärt der IT-Leiter. „Aus Sicht der EDV-Abteilung hatte die zentrale Administration der Messenger-Nutzung höchste Priorität.“ Eine weitere Anforderung war, das Hosting der Messenger App auf eine hochsichere deutsche Cloud auszulagern, um auch in Krisen- und Notfallsituationen Mitarbeiter erreichen zu können.

Reibungslose Einführung in nur zwei Monaten

Die Implementierungsphase verlief schnell und reibungslos. „Nach einem kurzen Onboarding-Prozess ließ sich Teamwire in den entsprechenden App Stores herunterladen und installieren“, schildert Lippmann. Da alle Voreinstellungen zuvor zentral vorgenommen wurden, war die Kommunikation in nur zwei Monaten komplett umgestellt. Schulungen waren nicht nötig. Der Umgang mit der App ist genauso simpel, wie es die Mitarbeitenden von WhatsApp gewohnt waren. „Wir hatten zu jeder Zeit einen persönlichen Ansprechpartner, der uns dabei half, unsere Kommunikation noch effizienter zu gestalten“, sagt Richard Lippmann.

Drittssystemanbindung über Chatbot

Mithilfe einer offenen API-Schnittstelle lässt sich ein zentrales Szenario der EDV-Abteilung abbilden: Für mehr als 1.000 Dienste im EDV-Bereich hat die Stadt Zirndorf das Monitoring-System PRTG im Einsatz. Über die API-Schnittstelle lassen sich das Monitoring-System und Teamwire verknüpfen. Dabei übermittelt ein Chatbot in Teamwire Störungen und Warnmeldungen über Ausfälle, sowie die erfolgreiche Störungsbehebung sofort per Textnachricht an die verantwortlichen Mitarbeitenden.

Fazit

Die Messenger App läuft sowohl auf dienstlichen Geräten als auch über verschlüsselte App-Container auf privaten

Smartphones. Die sichere Abtrennung der Behördenkommunikation vom privaten Messaging sorgt für eine optimale Einhaltung von Datenschutzvorgaben. Damit hat die Stadt ihr oberstes Ziel, alle Mitarbeitenden datenschutzkonform miteinander zu vernetzen, erreicht.

Autoreninfo: Jennifer Köhler ist freie Redakteurin aus Dresden für die Teamwire GmbH, die sich auf sicheres und souveränes Instant-Messaging für Unternehmen, Behörden und Blaublicht-Organisationen spezialisiert hat.



Richard Lippmann. Bild: Stadt Zirndorf

Richard Lippmann, musste die Frage beantwortet werden: Womit kommunizieren die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung? Die Antwort nach einer Umfrage: Mit dem privaten Messenger WhatsApp. „Die mobile Kommunikation via WhatsApp entsprach leider nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen“, erinnert sich Richard Lippmann. „Wir brauchten eine DSGVO-konforme, sichere und für die Nutzer attraktive Lösung.“

Auf dem Weg zur passenden Kommunikationslösung

Nach ersten erfolglosen Versuchen eine passende digitale Kommunikationslösung zu finden, entschied sich die IT-Administration für das Testen des Behörden-Messengers Teamwire. Dieser konnte mit einer zentralen Administration und Nutzerverwaltung punkten, die auch eine geräteübergreifende Identifikation von Benutzern gestattet. „Da sich bei den Preisen für Standardprodukte am Business-Messaging-Markt kaum Unterschiede ausmachen ließen, waren es die vielen nützlichen Funktionalitäten, die DSGVO-Konformität und die einfache Bedienbarkeit, die uns überzeugten“, begründet Lippmann seine Wahl.

Komfortable Nutzerverwaltung

Die Ziele waren ein reibungsloser Informationsaustausch und



Meine Finanzen behalte ich im Blick, ohne zu rechnen.

Eine moderne Finanzsoftware für Ihre Verwaltung sollte für jeden intuitiv zu bedienen sein. So wie der OK.FINN Bewirtschaftungsarbeitsplatz: webbasiert, mit übersichtlichem Dashboard und gleichermaßen perfekt für Doppik und Kameralistik.

Eines der vielen Topthemen auf dem 5. AKDB Kommunalforum.

www.akdb.de/kommunalforum

AKDB

M-net schließt Jubiläumsjahr 2021 mit Wachstum ab

Fortsetzung des Glasfaserausbau-Aktivitäten insbesondere in München, Augsburg und Bayerisch-Schwaben sowie in ländlichen Bereichen

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net blickt auf ein erfolgreiches Jubiläumsjahr zurück. Im Geschäftsjahr seines 25-jährigen Bestehens konnte M-net den Umsatz um ein Prozent auf mehr als 274 Millionen Euro steigern. Ein vergleichbares Wachstum verzeichnete M-net auch bei den aktiven Kundenanschlüssen, die ebenfalls um 1 Prozent auf 507.000 zulegten. Grundlage dafür ist der konsequente Glasfaserausbau in den Regionen München, Augsburg und Bayerisch-Schwaben sowie im ländlichen Raum.

Auf Basis der nachhaltigen Glasfasertechnologie konnte M-net auch einen weiteren Meilenstein der Unternehmensgeschichte erreichen: Das Unternehmen ist seit dem Geschäftsjahr 2021 der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland. Im Rahmen eines gemeinsamen Pilotprojekts mit O2/Telefónica arbeitet M-net zudem an zukunfts-fähigen Entwicklungen bei der Anbindung von Mobilfunk-Mikrozellen in Ballungsräumen.

Fortsetzung des erfolgreichen Kurses

Auch im Geschäftsjahr 2021 setzte M-net den erfolgreichen Wachstumskurs der vergangenen Jahre fort. Grundlage dafür ist der Glasfaserausbau, der weiter konsequent in den Kernregionen des Unternehmens vorangetrieben wurde: Die Zahl der Haushalte, die per Glasfaser bis zum Kabelverzweiger (FTTC), bis ins Gebäude (FTTB) oder sogar bis in die einzelne Wohnung (FTTH) an das leistungsstarke Netz von M-net angebunden sind, stieg um fünf Prozent auf 832.000. Im Infrastruktursegment FTTB/H (Glasfaser bis ins Haus beziehungsweise in die Wohnung) betrug das Wachstum sogar mehr als sieben Prozent.

So gab der Glasfaserpionier 2021 in München den Ausbau zusätzlicher Stadtgebiete gemeinsam mit den Stadtwerken München in der Balanstraße, Laim-Mitte, Bogenhausen-Ost sowie Lerchenau-West bekannt. Insgesamt erhalten hier 20.000 weitere Wohn- und Gewerbeeinheiten einen zukunfts-sicheren und nachhaltigen FT-TB/H-Anschluss. Zum Jahresende 2021 waren somit in der Landeshauptstadt mehr als 630.000 Haushalte an das leistungsstarke Glasfasernetz von M-net angebunden. Im Jahr 2023 werden es rund 650.000 Haushalte sein.

In der Stadt Augsburg schloss Bayerns führender Glasfaseranbieter gemeinsam mit den Stadtwerken Augsburg zudem weitere 4.000 Haushalte in 600 Gebäuden an sein hochmodernes Quanten-Netz an. Bis 2027 werden hier in rund 37.000 privaten Haushalten und Gewerbeobjekten schnelle, stabile und nachhaltige Glasfaseranschlüsse mit bis zu 1 Gigabit pro Sekunde verfügbar sein.

Für den Glasfaserausbau in der Region Bayerisch-Schwaben und im westlichen Umland von München nahm M-net 2021 eine neue Kooperation mit dem Unternehmen Deutsche Glasfaser auf. Auch hier steht die Erschließung von privaten Haushalten und Gewerbeeinheiten mit einem Glasfaseranschluss bis in die Wohnung oder ins Büro (Fiber-to-the-Home/FTTH) im Fokus. Während Deutsche Glasfaser den Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur realisiert, installiert M-net in den Betriebsräumen vor Ort eigene aktive Glasfasertechnik, um die eigenen Kunden mit M-net Produkten und Internetverbindungen bis zu einem Gigabit pro Sekunde zu versorgen. Im ersten Schritt profitieren insgesamt rund 22.000 Haushalte in sieben Gemeinden von der

Kooperation. Darüber hinaus steht das Netz über Open Access auch für weitere Anbieter zur Verfügung.

„Mit dem weiteren Ausbau von FTTH-Anschlüssen haben wir unsere Strategie konsequent weiterverfolgt und können nun noch mehr Kundinnen und Kunden über die zukunfts-fähigste Anschluss-technologie versorgen“, so Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net. „Damit ist es uns im vergangenen Geschäftsjahr einmal mehr gelungen, den geplanten Rückgang des historisch gewachsenen Geschäfts bei Alt-Technologien wie der ISDN-Telefonie oder der Anbindung von Haushalten über fremde Kupfer-Vorleistungsprodukte durch ein Wachstum im zukunfts-sicheren Glasfasersegment zu überkompensieren. Dieser Herausforderung, die uns auch im Geschäftsjahr 2022 in noch stärkerem Maße erwartet, werden wir uns weiterhin mit voller Kraft stellen.“

Die Zahl der Haushalte, die von M-net zu Beginn des Geschäftsjahres 2021 noch über einen kupferbasierten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung (TAL) am örtlichen Hauptverteiler (HVT) mit Geschwindigkeit bis zu maximal 18 Megabit pro Sekunde versorgt wurden, konnte im vergangenen Jahr um rund ein Viertel reduziert werden. Ein großer Teil davon wurde im Versorgungsgebiet von M-net auf eine verfügbare, leistungsstarke Glasfaseranbindung migriert, die weiteren Haushalte wurden nach Kündigung deaktiviert. Die Zahl der Glasfaserkunden hingegen konnte im Geschäftsjahr 2021 netto um insgesamt mehr als 20.000 aktive Anschlüsse gesteigert werden.

Open-Access-Strategie

Eine starke Entwicklung verbuchte 2021 auch der Geschäftsbereich Wohnungswirtschaft sowie der Bereich Wholesale – also die Open-Access-Vermarktung der M-net Glasfaserinfrastruktur an andere Anbieter. Hier konnte M-net eine neue, wegweisende Kooperation vereinbaren: Das leistungsstarke Glasfasernetz von M-net wird künftig auch der Deutschen Telekom zur Versorgung ihrer Kunden offenstehen – zunächst im ländlichen Raum in Bayern und im hessischen Main-Kinzig-Kreis. Auf Basis einer Bitstream-Vorleistung ermöglicht M-net es dem Mitbewerber hier, eigene Produkte über das Glasfasernetz von M-net anzubieten. Solche Open Access Kooperationen sind sowohl für die beteiligten Unternehmen wie auch volkswirtschaftlich von Vorteil: Der aufwändige und unnötige Aufbau paralleler Infrastrukturen zu bereits bestehenden Glasfasernetzen wird vermieden und die Ausschöpfung der immensen Kapazitäten der Glasfasertechnologie wird bei einer Nutzung durch mehrere Anbieter optimiert. So kann sich der kostenintensive weitere Glasfaserausbau im Markt auf noch nicht erschlossene Gebiete fokussieren.

Getrieben wird die Nachfrage nach Glasfaseranschlüssen durch den weiter stark steigen-

den Bedarf an schnellen Bandbreiten. Das zeigt das Buchungsverhalten der Kundinnen und Kunden in den Glasfasernetzen von M-net: Dort, wo hohe Bandbreiten verfügbar sind, ist ein Anschluss mit 300 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) zum neuen Standard geworden: Die Quote der Nutzerinnen und Kunden, die einen solchen oder sogar noch schnelleren Anschluss wählten, stieg über das gesamte Geschäftsjahr 2021 betrachtet im Vergleich zum Vorjahr von gut 40 Prozent auf knapp 70 Prozent. Knapp 20 Prozent aller Neukunden im Verfügbarkeitsgebiet buchten im vergangenen Geschäftsjahr sogar bereits einen Highspeed-Anschluss mit mindestens 600 Mbit/s, während dieser Anteil im Jahr 2020 gerade einmal bei drei Prozent lag.

Auch die Bestandskunden entscheiden sich verstärkt für hohe Bandbreiten: Die Zahl der bestehenden Kundinnen und Kunden, die sich aus einem laufenden Vertrag heraus für einen Wechsel auf eine Geschwindigkeit mit mindestens 300 Mbit/s entschieden, stieg 2021 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 70 Prozent. Und die Zahl der Kundinnen und Kunden, die ihren bestehenden Anschluss auf mindestens 600 Mbit/s beschleunigte, wurde im Geschäftsjahr 2021 sogar mehr als verdoppelt.

„Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das den weiterhin stark steigenden Bandbreitenbedarf von Privatpersonen, Gewerbe und Industrie zukunfts-sicher abdeckt“, so Dr. Hermann Rodler, technischer Geschäftsführer von M-net. „Gleichzeitig tragen echte Glasfasernetze wie das M-net Quanten-Netz nachhaltig dazu bei, Energie zu sparen und das Klima zu schützen, denn die Lichtwellentechnologie ist nicht nur schnell, sicher und zuverlässig, sondern auch besonders energieeffizient.“ Da in einem reinem Glasfasernetz wie dem Bayern-Ring von M-net Daten ausschließlich durch Lichtimpulse übertragen werden, verbraucht es bis zu fünfzehnfach weniger Energie als Kupfernetze. Stromintensive Komponenten wie Verstärker und Umwandler sind nicht mehr notwendig.

Deutschlands erster klimaneutraler Telekommunikationsanbieter

Auf Basis der leistungsstarken Glasfasertechnologie konnte M-net im Geschäftsjahr 2021 punktlich zum 25-jährigen Jubiläum einen weiteren Meilenstein der Unternehmensgeschichte feiern: Der TÜV Rheinland bescheinigte M-net die Klimaneutralität nach den Scopes 1 und 2 des Greenhouse Gas Protocol. 2021 emittierte M-net nur noch knapp 800 Tonnen CO₂ – eine Reduktion um 90 Prozent verglichen mit 2019. Die Menge an aktuell noch unvermeidbaren CO₂-Emissionen gleicht M-net über ein internationales Klimaschutzprojekt aus, das nach dem „Gold-Standard“ anerkannt ist. Das Unternehmen ist somit seit 2021 der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland.

Für die Zukunft sind bereits weitere Verbesserungen der eigenen Klimabilanz in Planung: So werden ab 2022 auch Scope-3-Emissionen, die in der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette entstehen, analysiert und zukünftig in die Betrachtung

einbezogen. Bis spätestens 2025 will M-net in den Scopes 1 und 2 zudem möglichst ganz ohne CO₂-Emissionen auskommen.

Auch auf anderen Gebieten leistet M-net durch Kooperationen wichtige Pionierarbeit. Gemeinsam mit O2/Telefónica realisierte das Unternehmen in München ein erstes Pilotprojekt mit modernen Mikro-Funkzellen (Small Cells). Sie basieren auf der innovativen Open RAN-Technologie. An hochfrequentierten öffentlichen Plätzen ermöglichen sie Passanten eine Verbindung mit 4G- und perspektivisch auch 5G-Netzen. Die Mini-Funkzellen können ergänzend zu herkömmlichen Mobilfunk-Dachantennen eingesetzt und problemlos ins Stadtbild integriert werden. Dabei benötigen sie – neben einer Stromversorgung – eine Anbindung per Glasfaser, die M-net zur Verfügung stellt.

Durch seine dicht und hochperformante Glasfaserinfrastruktur bietet M-net gerade im Innenstadtbereich beliebige Einstiegsmöglichkeiten und maximale Flexibilität für diese Netzplanung. „Spezifisch für die Mikrozellen-Anforderungen haben wir bei M-net die Architektur eines Glasfaser-Meeress entwickelt – das Sea of Fiber“, so Dr. Hermann Rodler. Im Verbund mit den Stadtwerken München kann M-net so ein Rundum-Paket für die Strom- und Datenanbindung bereitstellen, das die besonderen topologischen und wirtschaftlichen Anforderungen für eine Mikrozellen-Infrastruktur erfüllt und neue Ausbaumöglichkeiten eröffnet.

Fernsehen der nächsten Generation

Mit dem Start des neuen IPTV-Angebots TVplus hat M-net im vergangenen Geschäftsjahr darüber hinaus sein Produktportfolio erweitert und das Fernseherlebnis für seine Kundinnen und Kunden auf ein neues Level gehoben. Die smarte TV-Lösung TVplus ermöglicht Fernsehgenuss ganz nach individuellen Bedürfnissen und völlig unabhängig vom Fernsehgerät oder dem Zeitpunkt der Ausstrahlung. Im Basispaket von M-net TVplus sind bereits mehr als 110 Programme in HD enthalten, darunter auch die hochauflösenden Programme der großen privaten Sendergruppen wie RTL, Seven.One Entertainment Group und Warner Bros. Discovery Deutschland. Zudem können Kundinnen und Kunden auf Wunsch zusätzliche Pakete buchen. So gibt es beispielsweise vier attraktive Genrepakete in den Sparten Film+Serie, Sport, Kinder und Doku. Verschiedene Sprachpakete stellen zudem das Angebot zahlreicher internationaler HD-Sender zur Verfügung.

Bester MINT-Arbeitgeber mit Top Service und dem besten Netz Bayerns

Im renommierten Festnetztest der Fachzeitschrift connect erhielt M-net 2021 bereits zum sechsten Mal in Folge die Auszeichnung als regionaler Anbieter mit dem besten Netz Bayerns sowie die Auszeichnung „sehr gut“. Der aufwändige Test gilt als aussagekräftiger Qualitäts-Check für die Internet-, Telefon- und TV-Dienste der deutschen Netzbetreiber und dient vielen Kunden als unabhängiger Ratgeber bei der Wahl ihres Anbieters. Darüber hinaus konnte sich M-net im Jubiläumsjahr noch über eine Reihe weiterer Auszeichnungen freuen: So wurde M-net von FOCUS Money zum besten TK-Ausbildungsbetrieb in Deutschland gekürt – und damit bei vier Teilnahmen bereits zum dritten Mal. Von heise online und Technology Review wurde M-net zudem als bester MINT-Arbeitgeber 2021

– also in den Disziplinen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – ausgezeichnet. Darüber hinaus zählt M-net laut Capital und Statista zu Münchens attraktivsten Arbeitgebern 2021. Und auch im Kundenservice punktet M-net und wurde beim Wettbewerb „TOP SERVICE Deutschland 2021“ als kundenfreundlicher Telekommunikationsanbieter ausgezeichnet.

Weichen stellen für eine erfolgreiche Zukunft

„Auf dieser ausgezeichneten operativen und wirtschaftlichen Grundlage sind wir gestärkt ins Geschäftsjahr 2022 gestartet, das allerdings besondere Herausforderungen für uns und vor allem für unsere Geschäftskun-

den bereithält“, fasst Nelson Killius die aktuellen Entwicklungen zusammen. „Gerade im Rahmen eines schwierigen und von vielen Unsicherheiten geprägten Marktfeldes ist es wichtig, Investitionsentscheidungen in die digitale Infrastruktur nicht aufzuschieben, sondern jetzt die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen. Eine gemeinsame Herausforderung ist dabei die Migration von alten Übertragungs-Technologien wie ISDN auf neue, zeitgemäße Kommunikationsformen, die die veränderte Lebens- und Arbeitswelt spiegeln. Bei diesem technologischen Wandel unterstützen wir unsere Partner gerne – mit Beratung auf Augenhöhe und einem innovativen Produktangebot auf Basis der leistungsstarken Glasfaser.“

Gut vernetzt

Wie Kommunen in Bayern den Mobilfunkausbau unterstützen können

Eine hervorragende Mobilfunkversorgung zu gewährleisten und die erforderliche Infrastruktur zu bauen, ist oftmals ein Balanceakt. Es gilt die Anforderungen diverser Akteure zu berücksichtigen und zusammenzuführen: Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Mobilfunkunternehmen und Funkmastbetreiber. „Nur wenn alle an einem Strang ziehen, kann eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähiger Konnektivität gelingen“, sagt Christian Sommer, Vorstand bei Vantage Towers, einem der führenden Funkmastbetreiber in Europa. Neben den Funkmastbetreibern können vor allem die Kommunen den Ausbau unterstützen.

Infrastruktur verbessert Teilhabe

Bayern hinkt beim Mobilfunkausbau hinterher. Der Anteil an Funklöchern, weißen und grauen Flecken, also Bereichen ohne bis schwache Verbindung, liegt in Bayern über dem Bundeschnitt. Eine leistungsstarke und flächendeckende digitale Infrastruktur ist aber die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Digitalisierung relevanter Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Sie ermöglicht eine verbesserte digitale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und neue Geschäftsmodelle, die entscheidend sind für das Gelingen der Klima- und Verkehrswende, wie bspw. Smart Farming oder intelligente Energienetze. Und die COVID-19-Pandemie hat mit Homeoffice, Homeschooling, Online-Shopping, digitaler medizinischer Versorgung, Entertainment oder dem einfachen „in-Verbindung bleiben“ mit Familie und Freunden einmal mehr gezeigt, wie wichtig stabile und gut ausgebauten Telekommunikationsnetze sind.

Die gute Nachricht: Der Mobilfunkausbau schreitet immer schneller voran. Für den 5G-Ausbau sowie die Schließung von weißen Flecken wird derzeit eine bedeutende Zahl an neuen Mobilfunkmasten errichtet. Vantage Towers, einer der größten Funkmastbetreiber in Europa, plant für die nächsten Jahre den Bau von rund 5500 neuen Standorten allein in Deutschland. In Bayern befinden sich für dieses Ziel knapp 300 Standorte in Genehmigungsverfahren. Zusätzlich werden aktuell 169 Flächen, Grundstücke sowie Dachstandorte, für dringend benötigte Masten gesucht, um die Mobilfunkinfrastruktur weiter zu stärken. Im Fokus steht dabei vor allem der ländliche Raum, Funklöcher und schwach versorgte Regionen sollen ans schnelle Netz.

Langwierige Genehmigungsverfahren

Die Errichtung von Mobilfunkmasten bringt dabei einige Herausforderungen mit sich: Laut Schätzungen von Vantage Towers, die ihren Sitz in Düsseldorf haben und in Deutschland rund 19.400 Funkmasten betreiben, vergehen von den ersten Planungen bis zur Inbetriebnahme, durch den Mobilfunknetzbetreiber in Deutschland bis zu zwei

Jahre. In Bayern dauert allein der Genehmigungsprozess bereits im Schnitt mehr als 300 Tage, womit das Bundesland im deutschen Vergleich ziemlich weit hinten liegt. Außerdem hat Bayern die zweithöchste Anzahl abgelehnter Genehmigungsanträge in Deutschland. Besonders interessant ist der europäische Vergleich der Genehmigungsprozesse. In Portugal etwa gilt die Baugenehmigung für einen Funkmast nach 30 Tagen als erteilt, wenn sich die zuständige Behörde bis dahin nicht dazu geäußert hat.

Neben den langwierigen Genehmigungsverfahren beschreibt Christian Sommer, Vorstand von Vantage Towers, auch die Suche nach geeigneten Flächen für neue Sendestationen als einen zentralen Faktor für die Geschwindigkeit des Ausbaus: „Um unserem Versorgungsauftrag nachzukommen, sind wir immer auf der Suche nach freiliegenden Grundstücken oder Dachflächen für unsere Infrastruktur. Dabei sind wir maßgeblich auf die Zusammenarbeit mit Kommunen und Eigentümern angewiesen.“

Vermittler zwischen den Interessen

Öffentliche wie auch private Vermieter profitieren von der Zusammenarbeit mit den Funkmastbetreibern in der Regel doppelt: Zum einen tragen sie zu einer verbesserten regionalen Mobilfunkversorgung bei. Zum anderen gehen sie eine langfristige Partnerschaft mit attraktiven Mieteneinnahmen ein oder können einen guten Kaufpreis für ihre bisher ungenutzten Flächen erzielen.

Sommer äußert gleichzeitig Verständnis für die Situation der kommunalen Verwaltungen. Diese sehen sich beim Bau von Mobilfunkmasten meist mit vielen komplexen Fragen, Wünschen und Vorbehalten aus der Bevölkerung konfrontiert. Sommer ergänzt: „Wir sehen uns als Vermittler zwischen den Interessen der Bevölkerung, Kommunen und Mobilfunknetzbetreiber auf dem gemeinsamen Weg zu einer flächendeckenden Digitalisierung. Gleichzeitig freuen wir uns über jede aktive Unterstützung bei der Beschleunigung des Ausbaus, sei es bei der Zurverfügungstellung geeigneter Grundstücke für Masten oder die prioritäre Behandlung von Genehmigungsverfahren.“

Ohne Bürger wird es schwer

GVB-Interview mit Michael Vogel, Jurenergie e.G.

Die Energiewende braucht die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Michael Vogel von der Jurenergie e.G. plädiert deshalb für einen Schulterschluss zwischen Energiegenossenschaften und Kommunen. Die Gründe dafür erläutert er im Gespräch mit Florian Christner, Genossenschaftsverband Bayern.

Christner: Herr Vogel, die neue Bundesregierung will die Bürger-Energie und den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien stärken. Sie sind Vorstand der Jurenergie e.G. aus Neumarkt in der Oberpfalz, die mit Bürgerbeteiligung mehrere Photovoltaik- und Windkraft-Projekte realisiert hat. Warum ist Bürgerbeteiligung wichtig für das Gelingen der Energiewende?

Vogel: Ganz einfach, weil es ohne die Bürgerinnen und Bürger nicht geht. Sie sind direkt betroffen, wenn sprichwörtlich vor ihrer Haustüre neue Photovoltaik- oder Windkraft-Anlagen entstehen. Diese Anlagen brauchen wir, um den enormen Bedarf an erneuerbaren Energien zu decken, der in Zukunft weiter steigen wird. Wenn die Bürger bei solchen Projekten nur die Nachteile sehen, weil sie nicht unmittelbar teilhaben, dann lassen sich solche Anlagen wenn überhaupt nur mit erheblichem Widerstand realisieren. Deshalb ist es so wichtig, durch die unmittelbare Beteiligung der Bürger Akzeptanz zu schaffen – in erster Linie für die Projekte vor Ort, aber auch für die Energiewende allgemein.

Wie können die Bürger am besten an Energiewende-Projekten beteiligt werden?

Vogel: Über den Geldbeutel, indem sie auch finanziell von solchen Projekten profitieren und ein Mitbestimmungsrecht haben. Dazu müssen die Bürger die Möglichkeit haben, Eigentum an örtlichen Energiewende-Projekten wie einer Photovoltaik-Anlage, einem Windpark oder einem Nahwärmenetz zu erwerben, entweder direkt oder indem sie Mitglied einer Energiegenossenschaft werden, die diese Anlagen betreibt. Als Teilhaber einer Genossenschaft werden die Bürgerinnen und Bürger Miteigentümer eines Unternehmens, das ihnen echte Mitbestimmungsrechte garantiert und dem die Anlagen dauerhaft gehören. Das erhöht die Akzeptanz enorm. Wenn die Bürger nur als Darlehensgeber oder als virtuelle Miteigentümer auftreten, bleiben ihnen diese Mitbestimmungsrechte verwehrt. Ich finde es wichtig, darüber ein gemeinsames Verständnis in Politik und Gesellschaft zu erzielen, was Bürgerbeteiligung wirklich heißt und wie sie konkret auszugestaltet ist. Meiner Wahrnehmung nach fehlt dieser Konsens an vielen Stellen.

Wie lässt sich die finanzielle Beteiligung der Bürger an Energiewende-Projekten konkret gestalten?

Vogel: Wichtig ist dabei, dass die Bürgerbeteiligung sowohl finanziell als auch formell niederschwellig bleibt. Die Anteile müssen zum einen für jedermann erschwinglich sein. Zum anderen sollten auch formell die Hürden niedrig gehalten werden. Der Mitgliedsantrag einer Genossenschaft oder die Beteiligung an einem Energiewende-Projekt sollten mit möglichst wenig Bürokratie auskommen.

Warum halten Sie Genossenschaften besonders gut dafür geeignet, um die Menschen an Energiewende-Projekten zu beteiligen?

Vogel: Ich will gar nicht sagen, dass echte Bürgerbeteiligung nur mit einer Genossenschaft möglich ist, aber sie funktioniert auf diese Weise am besten. Neben den garantierten Mitbestimmungsrechten in der General- oder Vertreterversammlung er-

möglichen die allermeisten bayerischen Energiegenossenschaften eine Mitgliedschaft niederschwellig schon mit einem relativ geringen Betrag. Bei der Jurenergie e.G. ist das zum Beispiel schon ab 500 Euro möglich. Die Bürger können ganz einfach schriftlich beitreten. Dafür ist kein Notar nötig.

Warum betonen Sie das Thema Bürgerbeteiligung gerade jetzt so stark?

Vogel: Weil ich mir von der neuen Bundesregierung erwar- te, dass sie ihren Ankündigungen zur Energiewende bald Taten folgen lässt. Daraus werden sich hoffentlich viele Chancen für neue Erneuerbare-Energie-Projekte ergeben – wenn wie gesagt



Michael Vogel. Bild: Jurenergie e.G.

die Bürger beziehungsweise echte Bürgerenergiegesellschaften frühzeitig mit eingebunden werden. Gott sei Dank haben viele Politiker, aber auch viele Projektanten und Planer erkannt, dass die Energiewende ohne Mitbestimmungsrecht und finanzielle Beteiligung der Bürger auf Widerstände stößt. Dennoch habe ich das Gefühl, dass diese Erkenntnis noch nicht überall den Stellenwert genießt, den sie haben sollte. Mein Anliegen ist es, dafür ein Bewusstsein zu schaffen. Insbesondere die Kommunen haben durch ihre Planungshoheit die Möglichkeit, Projektanten von Energiewende-Projekten konkret vorzugeben, die Bürger vor Ort finanziell zu beteiligen. Diese Chance sollten sie nutzen und sich nicht mit vermeintlicher Bürgernähe abspeisen lassen, die letztlich aber nur auf dem Etikett steht.

Wie kann den Kommunen eine bessere Vorstellung davon vermittelt werden, was genossenschaftliche Bürgerenergie wirklich bedeutet?

Vogel: Hier stehen wir in der Tat vor einer großen Herausforderung. Zuvorderst hat natürlich jede Genossenschaft selbst die Verantwortung, sich ins Gespräch zu bringen und aktiv den Kontakt mit kommunalen Mandatsträgern zu suchen. Es liegt an den Vorständen, die Bürgermeister und Gemeinderäte von den Vorteilen ihrer Genossenschaft zu überzeugen. Mein Gefühl sagt mir, dass die Energiegenossenschaften in manchen Gemeinden etwas in Vergessenheit geraten sind. Das mag daran liegen, dass die dezentrale Energiewende in den vergangenen Jahren politisch ins Hintertreffen geraten ist, aber auch an Personalwechseln in dem einen oder anderen Rathaus.

Auf der anderen Seite werden Bürgermeister, Gemeinderäte und Rathausmitarbeiter mit einer Fülle von Sachverhalten konfrontiert, sodass ihnen oft gar nicht die Zeit bleibt, sich mit einem Thema wirklich intensiv zu beschäftigen. Hier wären konkre-

te Hilfestellungen und Leitfäden wünschenswert, die eine echte Bürgerbeteiligung bei Energiewende-Projekten und ihre Umsetzung detailliert beschreiben. Über entsprechende Unterstützung von Politik und Verbänden würden wir uns freuen. Der Bayerische Gemeindetag im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz zum Beispiel hat der Jurenergie e.G. die Möglichkeit eingeräumt, den Kommunen die Vorteile einer genossenschaftlichen Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Sitzung zu erläutern. Dafür sind wir dankbar.

Wie profitieren Bürger und Kommunen bei Energiewende-Projekten von genossenschaftlicher Bürgerbeteiligung?

Vogel: Vielfältig. Da sind zum einen die Gewerbesteuern des Anlagenbetreibers, die den Kommunen unmittelbar zufließen. Bei Unternehmen, die in mehreren Gemeinden Photovoltaik- oder Windkraftanlagen betreiben, soll die Gewerbesteuer in Zukunft nach installierter Leistung aufgeteilt werden. 90 Prozent erhält die Kommune, auf deren Gebiet die Anlage betrieben wird. Dazu kommt bei Solarparks die sogenannte kommunale Wertabgabe von 0,2 Cent pro eingespeicherter Kilowattstunde. Bei einer Photovoltaik-Anlage mit zehn Megawatt Spitzenleistung kommen auf diese Weise bis zu 25.000 Euro pro Jahr für die Standortkommune zusammen. An die Verpächter der Flächen fließen Pachteinnahmen, an die Bürger Dividende.

Wie können Kommunen und Genossenschaften die Energiewende gemeinsam vorantreiben?

Vogel: Auf lange Sicht erscheint es mir für die Kommunen am besten zu sein, wenn sie in alle Richtungen frühzeitig kommunizieren, dass die Anlagen nur bei echter Bürgerbeteiligung und Sicherung der Gewerbesteuer realisiert werden. Um die Wertelieferung in der Kommune möglichst hochzuhalten, sollten Kommunen und Genossenschaften sich frühzeitig über geeignete Flächen für neue Anlagen verständigen. Denn die Flächen sind der entscheidende Hebel, um neue Energiewende-Projekte zu realisieren. Sind diese Grundstücke erst einmal in der Hand von Projektanten, fließt ein Großteil der Wertschöpfung ab und eine Beteiligung oder Kauf wird für die Genossenschaft unattraktiv. Um geeignete Flächen zu sichern, braucht es einen langen Atem sowie sehr viel Hartnäckigkeit und Engagement der handelnden Personen.

Außerdem muss eine Photovoltaik- oder Windkraftanlage unter wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen an das öffentliche Stromnetz angeschlossen werden können. Das ist neben der Flächensicherung der zweite Erfolgsfaktor, aber derzeit auch der größte Engpass bei der Realisierung neuer Anlagen. Der Rest ist reines Projekt- und Investitionsgeschäft, das jede Genossenschaft beherrschen sollte. Sobald ein Projekt konkret wird, ist es im nächsten Schritt ganz wichtig, die Bürger frühzeitig ins Boot zu holen und über das Vorhaben und die Beteiligungsmöglichkeiten transparent zu informieren.

Welche Projekte hat die Jurenergie e.G. bereits zusammen mit Bürgern und Kommunen umgesetzt?

Vogel: Wir haben – neben einigen Photovoltaik-Anlagen auf Dächern von kommunalen Gebäuden – in enger Abstimmung mit dem damaligen Projektanten und den Kommunen Birgland, Hohenfels und Beratzhausen in den Landkreisen Amberg-Weilburg, Neumarkt in der Oberpfalz und Regensburg insgesamt fünf Windkraftanlagen errichtet – mit

Beteiligung insbesondere jener Bürgerinnen und Bürger, in deren Blickfeld die Anlagen liegen. Mit zwei Kommunen haben wir uns eng abgestimmt. Dort werden Photovoltaik-Anlagen nur genehmigt, wenn der Projektant die Bürger beteiligt und das auch nachweist. Das kommt uns als Bürgerenergiegenossenschaft und lokales Unternehmen natürlich sehr entgegen.

Welche Erfahrungen haben Sie sonst noch gemacht, wenn Sie auf Kommunen zugegangen sind?

Vogel: Mit anderen Kommunen haben wir ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Gemeinde Zöschingen:

Großes Interesse an neuem Nahwärmenetz

Der Andrang war enorm: 180 Bürgerinnen und Bürger waren in die Gemeindehalle Zöschingen gekommen, um sich über das geplante Nahwärmenetz im Ort und die Anschlussmöglichkeiten zu informieren. GP JOULE entwickelt in der Gemeinde im Regierungsbezirk Schwaben ein Nahwärmenetz, über das zukünftig alle Haushalte der 740-Einwohner-Gemeinde mit Wärme aus regenerativer Energie versorgt werden können.

Nachdem sich Anfang April der Gemeinderat von Zöschingen einstimmig für ein Nahwärmenetz entschieden hatte, stellten sich Ende Juli die Regerie- werke Zöschingen den Bürgerinnen und Bürgern vor: In der Gemeindehalle informierten die Gesellschafter um den Ersten Bürgermeister Tobias Steinwinter sowie Robert Cavric, Lena-Marie Brenner und Thomas Schombacher von GP JOULE über das Heizen mit regionalen, regenerativen Energien und die Anschlussmöglichkeiten.

Nachdem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von GP JOULE das Projekt in Zöschingen vorgestellt hatten, herrschte ein reger Austausch zwischen den ExpertInnen und den Interessenten. Fragen zur Wärmeübergabestation, zum Rohr- und Tiefbau und zur Erzeugung der Wärme wurden beantwortet. „Wir freuen uns über das rege Interesse an unserem Nahwärmenetz“, sagt Felix Schwahn, Leiter der Wärme bei GP JOULE: „Die Gemeinde Zöschingen wie auch die vielen Bürgerinnen und Bürger, die durch die Beantragung eines Anschlusses zeigen, dass sie die regenerative Wärme in ihrem Ort wollen, nehmen beim Klimaschutz wieder einmal eine Vorreiterrolle ein.“

Schlüssiges Konzept

„Wir gehen voran und sorgen mit einem schlüssigen Konzept für eine lokale, nachhaltige, preis- stabile und von fossilen Energieträgern unabhängige Wärmeversorgung“, sagt der Erste Bürgermeister Tobias Steinwinter: „Mit der Sanierung der Ortsdurchfahrt haben wir die einmalige Chance, die nötigen Wärmeleitungen gleich mitzulegen. Wenn die Kreisstraße neu saniert ist, kann diese nämlich ein Jahrzehnt lang nicht wieder aufgerissen werden.“

Geplante Photovoltaikanlage stellt Wärme bereit

In Zöschingen wird die Wärme fast vollständig von einer im Süden der Gemeinde geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage bereitgestellt, die rund 2.700 MWh Strom pro Jahr erzeugt. Eine große Wärmepumpe wandelt diesen Strom in Wärme um. Damit können 97 Prozent der benötigten Energie gewonnen werden. Nur Spitzenlasten müssen noch mit einer Gastherme ausgeglichen werden, die mit regenerativ erzeugtem Gas betrieben werden soll.

Auch die Nachfrage nach kurzfristigen Beratungsterminen war

Manche sind ganz offen und setzen bewusst auf Bürgerenergie, andere verfahren nach dem Gießkannenprinzip und lassen jedem Projektanten etwas zukommen. Echte Bürgerbeteiligung als hartes Kriterium kommt leider noch zu selten in der Praxis vor. Dabei sehen wir von der Jurenergie e.G. bei unseren Projekten nur Zustimmung seitens der Bürger. Erstens wegen der finanziellen Beteiligung, zweitens wegen der gut vorbereiteten Informationsveranstaltungen. Das ist auch für die Kommunen von Interesse. Wir haben aber auch gelernt, dass wir nur Erfolg haben, wenn wir aktiv auf die Kommu-

nen zugehen. Uns ist zudem klar geworden, dass die Akquise und Realisierung von mehreren großen Photovoltaik-Freiflächenanlagen nicht in rein ehrenamtlichen Strukturen und ohne Kooperationen möglich ist. Wir reden hier über zusammen rund 80 Megawatt Leistung.

Insofern möchte ich dieses Interview als Plädoyer für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerenergiegenossenschaften und Kommunen verstanden wissen. Wenn beide an einem Strang ziehen, entsteht daraus eine fruchtbare Symbiose zum Wohle der Bürger und der Energiewende. □

Bau des Wärmenetzes für Frühjahr 2023 geplant

Bis 12. Oktober können Interessierte einen Anschluss beantragen. Im Frühjahr 2023 soll dann im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt der Bau des Wärmenetzes beginnen. Im Laufe des Jahres 2024 könnte dann die Wärme geliefert werden.

Über GP JOULE

2009 mit der Überzeugung gegründet, dass 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung machbar ist, ist GP JOULE heute ein System-Anbieter für integrierte Energielösungen aus Sonne, Wind und Biomasse sowie ein Partner auf Versorgungsebene für Strom, Wärme, Wasserstoff sowie Elektromobilität. GP JOULE ist damit ein Pionierunternehmen der Sektorenkopplung. Für die mittelständische Unternehmensgruppe arbeiten rund 500 Menschen in Deutschland, Europa und Nordamerika. GP JOULE ist Träger des Umweltpreises der Wirtschaft Schleswig-Holstein 2019 und des German Renewables Award 2020. □

hoch. Viele wollten sich noch den aktuellen Zuschuss von bis zu 50 Prozent sichern, mit denen der Bund den Vollanschluss an ein Wärmenetz fördert. Dieser galt allerdings nur bis 14. August. Danach sank die Förderung.

Die Vorteile – neben der Förderung – des Umstiegs auf regenerative Nahwärmeversorgung liegen auf der Hand: Man schützt das Klima, nutzt vor Ort produzierte Energie und macht sich unabhängig von den zuletzt stark gestiegenen Kosten von Öl und Erdgas.

Wer sich noch über das Wärmenetz und die BEG-Förderung informieren oder bereits einen Anschluss beantragen möchte, findet alle Informationen auf www.zoeschingen-fernwaerme.de. Dort können auch individuelle Beratungstermine gebucht werden, in denen auf die individuelle Situation vor Ort und den persönlichen Wärmeverbrauch eingegangen wird. Ein Teil-, Netz- oder Vollanschluss an das Netz sind möglich. Ein Teilanschluss, der einen späte-

Neue Kampagne für Klimaschutz und Energiesparen

Mit einer neuen Informations- und Mitmachkampagne will der Freistaat für mehr Klimaschutz und weniger Energieverbrauch im Alltag werben. Die Kampagne läuft unter dem Titel „Klimawandel meistern – Wir treffen uns bei Null“ und setzt vor allem auf Internet- und Social Media-Angebote.

Bayerns Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Die gemeinsame Null ist unser großes Ziel. Bayern soll bis 2040 klimaneutral werden. Jeder Beitrag zählt. Mit der neuen Kampagne wollen wir bunt und greifbar bei Jung und Alt für das Klima werben. Viele Informationen und Angebote zeigen Möglichkeiten, Klimaschutz Stück für Stück in den eigenen Alltag zu integrieren. Die Kampagne begleitet das neue bayerische Klimaschutzgesetz sowie das dazu vorgelegte Maßnahmenpaket, für dessen Umsetzung eine jährliche Klimamilliarde vorgesehen ist. Klimaschutz und Energiesparen sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Jede eingesparte Energie schützt gleichzeitig das Klima.“

Begleitet wird die Kampagne von einer Klima-Roadshow mit vielen Informations- und Mitmachangeboten. Unter anderem gibt es einen Fahrräder-Check, Kurse zum klimafreundlichen Kochen mit einem Showkoch, ein Repair Café sowie Angebote zur Energieberatung für Mieter und Hausei-

gentümer. Die Partner der Bayerischen Klima-Allianz ergänzen das Programm mit eigenen Angeboten. Die Klimatour war am 10. und 11. September Bestandteil des ZAMANAND-Festivals in München und war am 15./16. September in Augsburg und wird am 23./24. September in Würzburg gastieren. Sie ist damit Bestandteil der Bayerischen Klimawochen, die am 9. September starteten.

CO2-Klimareporter

Im Rahmen der Kampagne gibt es über die Online-Kanäle beständig neue Infos, Tipps, Mitmachaktionen und spannende Formate rund um die Themen Klimaschutz und Energiesparen. Beim Format „Die CO2-Klimareporter“, reist ein Reporterduo durch Bayern, trifft Menschen und widmet sich auf humorvolle Weise verschiedensten Klimaschutzthemen. In 2023 wird die Kampagne wieder mit der Klimatour unterwegs sein. Daneben sind verschiedenste Aktionen mit Partnern der Bayerischen Klima-Allianz geplant. □

Starkes Plädoyer pro Wasserkraft in Bayern

Über 120 Teilnehmende, darunter zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Verbänden und Wirtschaft, konnte Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB), zur diesjährigen sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung begrüßen. Entsprechend hochkarätig war das Podium besetzt, darunter auch Florian Streibl, Mitglied des Bayerischen Landtags und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler.

Drei starke Kernbotschaften pro Bayerischer Wasserkraft sandte der VWB aus dem Augustiner Schützengarten der Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft München von 1406 in den Freistaat:

- Die Wasserkraftnutzung auch der sogenannten „Kleinen Wasserkraft“ ist in Bayern systemrelevant und wegen ihrer Bedeutung als grundlastfähige Energie für die Versorgungssicherheit unverzichtbar.

- Trotz der Aufwertung der Wasserkraftnutzung im novellierten Erneuerbaren Energiegesetz 2023 als Energieerzeugungsform von überragendem öffentlichen Interesse geht der „Kampf“ um die weitere Nutzung und den Ausbau der Wasserkraft in Bayern weiter. Die (kleine) Wasserkraft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.
- Bayerns größte Industrie- und Handelskammer (für München und Oberbayern) über-

nimmt als neu installierter Träger öffentlicher Belange in Bayern eine neutrale Bewertungsposition im Rahmen der weiteren Wasserkraftnutzung in Bayern. Die IHK wird künftig eine wichtige, unabhängige Rolle in Genehmigungsverfahren für Neuanlagen und Wiederbewilligungsverfahren für Bestandsanlagen in der Wasserkraft spielen. Als Träger öffentlicher Belange soll sie helfen, die bisweilen verhärteten Positionen bei Erneuerung und Ausbau der Wasserkraft zwischen Umwelt-/ Naturschutzverbänden, Genehmigungsbehörden und Wasserkraftbetreibern/ -investoren zum Konsens zu bringen.

Wasserkraft bleibt gleichberechtigt

VWB-Vorsitzender Fritz Schweiger ließ in seinem Bericht über das ereignisreiche Geschäftsjahr der VWB gerade auch die jüngsten, existenzbedrohenden Einflussnahmen der Naturschutz- und Umweltverbände gegen die Wasserkraftnutzung Revue passieren. Deren massive Einflussnahme in Berlin auf das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) drohte vor allem für Bayern so wichtigen Wasserkraft buchstäblich das Wasser abzudrehen. Dank des unermüdlichen Engagements von Bayerischer Politik und Wirtschaftsverbänden sowie insbesondere der VWB konnte quasi in letzter Sekunde das Unheil erfolgreich abgewehrt werden. Wasserkraft bleibt im EEG 2023 gleichberechtigt mit den anderen erneuerbaren Energien von überragendem öffentlichen Interesse. Dieser gesetzlich festgeschriebene Status bedeutet für die Wasserkraftbetreiber künftig eine entsprechende Verantwortung im Sinne einer Nach- bzw. Neujustierung ausgewogener ökologischer, ökonomischer und sozialer Projektlösungen. Insbesondere auch die zuständigen Behörden müssen sich entsprechend dem neuen EEG 2023 in ihren Genehmigungsverfahren für die Wasserkraftnutzung bewegen und anpassen, „so schwer es auch einzelnen Behördenvertretern fallen mag“, kommentierte Fritz Schweiger.



Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, und Fritz Schweiger (h.l.), Vorsitzender der VWB, auf der Jahreshauptversammlung 2022. Bild: VWB

Energieversorgung Donautal

Neugründung des Gemeinschaftsunternehmens von EnBW ODR AG und erdgas schwaben gmbh

Mit Sitz in Gundelfingen an der Donau wurde im Sommer 2022 die Energieversorgung Donautal GmbH gegründet. Die Geschäftsführer der Gesellschaft sind Sebastian Maier, 55 Jahre, Vorstand der EnBW ODR AG, und Uwe Sommer, 58 Jahre, Prokurist in der erdgas schwaben Gruppe.

Sie führen ein gemeinsames Unternehmen über die Landesgrenzen von Baden-Württemberg und Bayern hinweg. Mit der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Region Nord-schwaben bündeln beide Unternehmen ihre vorhandenen Kompetenzen für die zuverlässige Energieversorgung in der Region. Die Energieversorgung Donautal steht wie alle regionalen Energieversorger vor der Herausforderung der Energiewende auf dem Land. Sebastian Maier betont in diesem Zusammenhang „die vertrauensvolle Partnerschaft. Die neu gegründete Gesellschaft stärkt zum einen die Versorgungssicherheit in der Region und befähigt uns zum anderen, die Energiezukunft mit dem gemeinsamen Knowhow zu gestalten“.

tungsnetz, das jetzt schon überwiegend H2-ready ist. Diese besondere Partnerschaft investiert noch einmal in die Zukunftsfähigkeit der Region rund um Gundelfingen“, so Uwe Sommer.

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an über 6.500 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Gas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – vor allem Klimaschutz des Biogas und Wasserstoff. erdgas schwaben bietet neben der Versorgung mit Gas und Strom Dienstleistungen rund ums Thema Energie für Kommunen, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Privathaushalte.

2017 erwarb erdgas schwaben vier Wasserkraftwerke an Lech und Wertach. Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist „Fahren mit Strom“ für Kommunen und Gewerbe.

Aus „erdgas“ wird „energie“

erdgas schwaben wird energie schwaben: Nach einer Übergangsphase wird das Unternehmen ab Mitte September 2022 nur noch mit der neuen Marke energie schwaben auftreten. Mehr Informationen unter www.erdgas-schwaben.de



Die beiden Geschäftsführer v.l. Uwe Sommer, erdgas schwaben Gruppe, und Sebastian Maier, EnBW ODR AG. Bild: erdgas schwaben

Weniger Verbrauch durch neue Heizung

Aktueller Ratgeber gibt wertvolle Infos und Tipps

Eine neue und effiziente Heizung kann den Energieverbrauch senken. In Zeiten von steigenden Gas- und Stromkosten wird das Thema aktueller und wichtiger denn je. Doch Vorsicht: Ein Heizungsaustausch sollte geplant werden – meist geht es dabei um eine Entscheidung für die kommenden 20 Jahre. Wer jetzt zukunftsorientiert handeln will, sollte unbedingt gesetzliche Vorgaben, Sanierungsvorhaben und Förderprogramme miteinbeziehen. Schließlich werden bei der Wahl des Energieträgers auch Nachhaltigkeit und Klimaschutz immer wichtiger. Der „Ratgeber Heizung“ der Verbraucherzentrale hilft dabei, den Überblick zu behalten, Sparpotenziale zu erkennen und die individuell passende technische Lösung zu finden.

Von Brennkessel und Holzheizungen über Photovoltaikanlagen und Elektroheizungen bis hin zu thermischen Solaranlagen und Hybrid-Wärmepumpen – die neue und aktualisierte Auflage erläutert ausführlich die Vor- und Nachteile der vielen unterschiedlichen Haustechniken, stellt dar, wie sie eingesetzt werden können und rechnet sie beispielhaft durch. Anhand von Checklisten kann geprüft werden, welche Variante in Frage kommt und Schritt für Schritt die Umsetzung geplant werden. Mit einem interaktiven Online-Tool lässt sich schließlich die Wirtschaftlichkeit der Investition für das eigene Gebäude ganz individuell berechnen. www.ratgeber-verbraucherzentrale.de

Im anzunehmenden Fall einer „Dunkelflaute“, d. h., wenn weder die Sonne scheint noch der Wind weht, fallen von den erneuerbaren Energieträgern die Photovoltaik-Leistung und Windkraft-Leistung fast komplett aus. Selbst die wetterunabhängigen Laufwasserkraftwerke haben ihre maximale Erzeugungslleistung in der Regel im Frühjahr, im Winter ist wasserdargebotsbedingt ein Rückgang auf etwa 1 GW zu erwarten. Pumpspeicherkraftwerke können ihre Leistung nur so lange liefern, bis die Speicher leer sind, „wir reden da von einem Zeitraum von ein paar Stunden“, konkretisiert Fischer. So bleiben von den Erneuerbaren nur noch weitere 2 GW aus Biomasse, und Geothermie, die als gesichert gelten können.

„Sollten die russischen Gaslieferungen zum Erliegen kommen, wird es im kommenden Winter auch sehr eng für die Stromversorgung in Bayern“, fasst Fischer zusammen. Etwa 4,6 GW an konventioneller Erzeugungslleistung hängen am Erdgas und können nur zu einem kleinen Teil durch Mineralöl substituiert werden.

Es bleiben von den Konventionellen dann nur noch 0,9 GW aus Steinkohle, 0,2 GW aus Sonstigen wie z. B. Müllverbrennung und 1,4 GW aus Ölkraftwerken, unter der Voraussetzung, dass die Lieferketten von Öl und Steinkohle intakt bleiben.

Ausgehend von einer Jahreshöchstlast von 12,7 GW für Bay-

ern ergibt sich summa summarum ein Versorgungsdefizit von bis zu 7,1 GW, welches nur noch durch Stromimporte ausgeglichen werden könnte. Eine Landtagsanfrage von Ende Juni 2022 wird vom Bayerischen Wirtschaftsministerium mit einem vergleichbaren Ergebnis beantwortet.

„In die Rechnung ist noch gar nicht einbezogen, was passiert, wenn auch noch ein Teil der 6,5 Mio. bayerischen Haushalte (davon etwa 40 Prozent mit Erdgas beheizt), deren Wohnungen aufgrund nicht hinreichend funktionierender Gas- und Fernwärmehetzungen zu kalt bleiben, vermehrt mit elektrisch betriebenen Heizlüftern oder Radiatoren nachheizen wollen. Bei einer kalten Dunkelflaute mit wenig Erdgas und ohne Kernkraft wird es in jedem Fall sehr kritisch. Die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und zur weiteren Befüllung der Gasspeicher unterstützen wir daher vollumfänglich. Wir brauchen jetzt schnelle Lösungen für den Fall einer möglichen Gasmangel-lage und keine parteipolitischen Denkerbote. Dafür ist die Lage viel zu ernst. Lässt sich KKI 2 mit angenommener reduzierter Leistung von 1.000 MW elektrischer Leistung noch über den Winter weiter, könnten allein dadurch 500.000 Wohnungen mit einem handelsüblichen Heizlüfter (2.000 W) eine Basiserwärmung rund um die Uhr erhalten“, resümiert Fischer.

Unverzichtbare Energiequelle in Bayern

Dass die Wasserkraft eine unverzichtbare weil zuverlässige Energiequelle in Bayern ist, daran ließ Streibl in seinem Referat genauso wenig Zweifel wie an der Betonung der Bedeutung für die regionale Wertschöpfung. Denn gerade auch die kleineren Wasserkraftanlagen vor Ort in der Region versorgen die Menschen über Stadt- und Gemeindegrenzen hinaus Energieerzeuger, wie auch Mühlen, Sägewerke und Handwerksbetriebe zuverlässig mit Strom. Streibl betonte, dass die Freien Wähler fest an der Seite der heimischen Wasserkraft stehen, denn sie ist nicht nur ein Garant für Klimaschutz und regionale Versorgungssicherheit, sondern auch für eine klimagerechte, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen.

Heimatenergie ist Freiheitsenergie

Die Energie vor Ort zu erzeugen und zu nutzen ist die entscheidende Antwort auf energiepolitische Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sind damit nicht nur Heimatenergien, sie sind auch Freiheitsenergien. Die aktuelle geopolitische Situation erzwingt die anstehende Neustrukturierung der bayerischen Energiepolitik. Die Antwort auf Abhängigkeiten kann laut Streibl nur sein, die Energie vor Ort zu erzeugen und zu nutzen. Dabei kommt der Wasserkraft und insbesondere auch der kleinen Wasserkraft eine Schlüsselrolle zu.

Walter Nussel, CSU, Mitglied des Bayerischen Landtags und Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung, appellierte, den Kampf um die Nutzung der bestehenden Energieerzeugungsformen wie der Wasserkraft, die in Bayern verfügbar sind, konsequent fortzusetzen.

Überragendes öffentliches Interesse

Dr. Norbert Ammann, Referatsleiter für Umwelt, Energie und Klima der Industrie- und Handelskammer (IHK) für Mün-

chen und Oberbayern, erklärte die neue Rolle der IHK als Trägerin öffentlicher Belange bei künftigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren. In Krisenzeiten zeigt sich unter anderem auch der große Stellenwert der kleinen und großen Wasserkraft für eine sichere, regionale und klimaverträgliche Energieversorgung besonders deutlich.

Als Trägerin öffentlicher Belange setzt sich die IHK für München und Oberbayern als unabhängige und neutrale Sachverständige bei wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren in ganz Bayern ein. Damit sollen bis dato übliche Genehmigungsverzögerungen für zukunftsweisende Wasserkraftprojekte durch ausufernde Bürokratie und Umweltklagen, die unnötig lange bei den Gerichten festhängen, künftig vermieden werden.

Planbar und zuverlässig

Hermann Steinmaßl, ehemaliges Mitglied des Landtags, Altlandrat von Traunstein, Vorstandsmitglied im VWB und stv. Sprecher der Landesvertretung Bayern des Bundesverbands Erneuerbare Energien (LEE Bayern), untermauerte die Unverzichtbarkeit der Wasserkraftnutzung insbesondere in Bayern. Wasserkraftwerke liefern selbst in Zeiten mit wenig Wasser, rund um die Uhr planbar und zuverlässig Energie. Wasserkraftwerke können unabhängig von Witterungseinflüssen den Grundbedarf der Menschen an Strom decken (Grundlastfähigkeit). Die langjährige durchschnittliche Jahreserzeugung der Wasserkraftwerke in Bayern liegt bei rund 12 Milliarden Kilowattstunden; das entspricht in etwa 1.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr und Einwohner in Bayern.

Des Weiteren können die rotierenden Massen der Wasserkraftgeneratoren die Stabilität der Stromnetze unterstützen, zur Notstromversorgung beitragen und nach einem Netzausfall helfen, die Stromversorgung wieder aufzubauen. Steinmaßl's Fazit: Jedes Wasserkraftwerk trägt zur Versorgungssicherheit und Netzstabilität bei und steht im überragenden öffentlichen Interesse. Deshalb ist es notwendig, sich dahingehend ehrlich zu machen, dass für eine klimagerechte Energieversorgung die Nutzung aller erneuerbaren Energien einschließlich der Wasserkraft unverzichtbar ist.

Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass dazu Eingriffe in Landschaft und Natur zwangsläufig erfolgen werden. Diese Eingriffe so gering wie möglich zu halten, gehört zu den großen Herausforderungen der angestrebten Energiewende. Die Fehler der Vergangenheit in Form einseitiger Abhängigkeiten sollten sich, wenn möglich nicht wiederholen. (JK)

Regenerativer Wasserstoff

Insbesondere die Entwicklungen im Bereich der Gasversorgung stehen hier, wie überall in Deutschland, im Fokus. Der starke Partner aus dem Bereich Gasversorgung, erdgas schwaben gmbh, kann hier auf jahrzehntelanges, fundiertes Fachwissen zurückgreifen und ist ein Vorreiter im Ausbau von wasserstofffähigen Netzen. „Wir setzen den Fokus auf die Energiewende und die Bereitstellung von regenerativem Wasserstoff über unser Lei-

Beim Strom wird es knapp!

Ohne Erdgas und Kernkraft muss Bayern im nächsten Winter viel Strom importieren.

Die Folgen eines möglichen russischen Gaslieferstopps auf die bayerische Industrie und die bayerischen Haushalte werden derzeit im Hinblick auf den bevorstehenden Winter vermehrt diskutiert. „Doch nicht nur für die Industrieproduktion und das Beheizen der Wohnungen hat eine Gasmangel-lage dramatische Folgen, auch beim Strom wird es im nächsten Winter knapp werden“, warnt Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Die Politik muss auch im Sinne ihrer Wähler parteipolitische Überlegungen hintenanstellen und jetzt handeln, um die drohende Versorgungsnotlage abzuwenden. „Wer die Bayern nicht frieren lassen will, muss natürlich auch das Kernkraftwerk Isar 2 (KKI 2) weiterlaufen lassen“, bringt es Fischer auf den Punkt.

Keinesfalls gesichert verfügbar

Nur auf den ersten Blick sehen die Zahlen zur bayerischen Stromversorgung im Monitoringbericht 2021 der Bundesnetzagentur (BNetzA) gar nicht so

schlecht aus. Im Jahr 2021 waren in Bayern 10,4 GW an Stromerzeugungslleistung aus konventionellen Energieträgern (inkl. Kraftwerke in Reserve) und weiteren 22,2 GW aus erneuerbaren Energieträgern installiert. „Im kommenden Winter könnte es trotzdem sehr eng werden für die Stromversorgungslleistung in Bayern“, warnt Detlef Fischer, „denn der Großteil der dann noch vorhandenen installierten Leistung kann keineswegs als gesichert verfügbar angesehen werden.“

Im Januar 2023 sind gegenüber dem Berichtsjahr 2021 aller Voraussicht nach 2,7 GW an Kern-

Bayerischer Ministerrat zur Sicherung der Energieversorgung:

Zentrale Stellschrauben

Für die Bayerische Staatsregierung steht die Sicherung der Energieversorgung an erster Stelle. „Die durch den Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelösten Umwälzungen auf den gesamten Energiemärkten treten dabei immer deutlicher zu Tage und bedürfen eines entschlossenen Handelns der Politik“, machte der Ministerrat in München deutlich.

Zentrale Stellschrauben, um die Energieversorgung Bayerns auch mittel- bis langfristig zu sichern, sind laut Staatsregierung der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien, die zügige Genehmigung und Fertigstellung der Stromleitungen, der Aufbau von zusätzlicher gesicherter Leistung sowie der Aus- bzw. Aufbau des deutschen und europäischen Gas- und Wasserstoffnetzes. In diesen Bereichen habe der Freistaat bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet und konkrete Ziele für das Jahr 2030 (Bayerischer Energieplan 2030) formuliert.

So soll die Stromerzeugung mit regenerativen Energien bis 2030 von 39,6 TWh (Stand 2020) auf rund 78 TWh verdoppelt werden. Im Bereich der Photovoltaik ist vorgesehen, die Stromerzeugung bis 2030 von heute 13 TWh auf 40 TWh zu verdreifachen. Bei der Wasserkraft soll an den vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ermittelten Standorten ein zusätzliches Potenzial von 18 MW Leistung erschlossen werden.

Potenziale erschließen

Bei der Bioenergie wird ein Steigerungspotenzial von rund 15 Prozent gesehen. Bei der Windkraft strebt die Staatsregierung – auch durch die Reform der 10 H-Regelung – einen Zuwachs von mindestens 800 bis zu 1.000 Windenergieanlagen in den nächsten Jahren an. Das Potenzial der Geothermie soll weiter gehoben werden, um bis 2050 rund 25 Prozent des bayerischen Wärmebedarfs im Gebäudesektor aus dieser Form der Erneuerbaren Energien zu decken.

Die Staatsregierung bekräftigt diese Ziele und beauftragt Wirtschafts-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Bauministerium, dem Ministerrat Detailkonzepte zur Umsetzung zeitnah vorzulegen. Ergänzend wird das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebeten, einen Plan vorzulegen, um mindestens 100 Windenergieanlagen im Bayerischen Staatswald zu initiieren.

Da die maßgeblichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien vom Bund gesetzt werden, wird das Wirtschaftsministerium beauftragt, das Erreichen der bayerischen Ziele eng zu monitoren und gegenüber dem Bund nötige Anpassungen des gesetzlichen Rahmens – insbesondere im EEG 2023 – einzufordern. Insbesondere soll eine Bundesratsinitiative geprüft werden, wie die Netzbetreiber dazu verpflichtet werden können, die Einspeisevoraussetzungen für Anlagenbetreiber zeitnah zu gewährleisten. Zudem wird das Wirtschaftsministerium damit betraut zu prüfen, ob und auf welche Weise auch die bestehenden Einrichtungen in Bayern (z.B. Landesagentur für Energie und Klimaschutz) verstärkt zum Monitoring der Ziele eingesetzt werden können.

Stromleitungsbau

Um den Ausbau der Stromleitungen zu beschleunigen, hat die Staatsregierung bereits ein Konzept zur vorübergehenden Verstärkung der Genehmigungsbehörden beschlossen. Ergänzend wird das Wirtschaftsministerium gebeten, auch den Stromleitungsausbau eng zu monitoren,

bestehende Probleme im Sinne der Beschleunigung des Leitungsbau in Bayern eng zu begleiten (Hotspot-Management) und laufend auch notwendige und sinnvolle Anpassungen des bundesgesetzlichen Rahmens gegenüber dem Bund einzufordern, um insbesondere die Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen.

Strommarktdesign anpassen

Vor dem Hintergrund, dass es zur Absicherung der Erneuerbaren Energien zusätzlicher gesicherter Leistung bedarf, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, wird das Wirtschaftsministerium auch gebeten, sich hier intensiv in den bundespolitischen Prozess zur nötigen Anpassung des Strommarktdesigns einzubringen. Es müsse sichergestellt werden, dass diese Kraftwerke zeitnah insbesondere an bayerischen Standorten realisiert werden.

„Es ist das Ziel Europas, Deutschlands und Bayerns, zeitnah unabhängig von den russischen Gaslieferungen zu werden. Dadurch verändern sich auch die Gasflüsse in ganz Europa mit der Folge einer zwingend erforderlichen Anpassung des deutschen und europäischen Gasnetzes“, so die Staatsregierung. Entsprechende Weichenstellungen erfolgten in Deutschland im aktuellen Prozess zur Entwicklung des „Netzentwicklungsplans Gas 2022“ unter Federführung der Ferngasnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur.

Am 1. September 2022 haben die Ferngasnetzbetreiber zudem den im Energiewirtschaftsgesetz vorgesehenen Bericht zur erstmaligen Erstellung eines Netzentwicklungsplans Wasserstoff vorgelegt. Darin enthalten sind konkrete Vorschläge zur rechtlichen Implementierung eines verbindlichen Konzepts.

Gas- und Wasserstoff-Infrastruktur ausbauen

Weil der bedarfsgerechte Aus- bzw. Aufbau der Gas- und Wasserstoffinfrastruktur in Deutschland und Europa für die Staatsregierung höchste Priorität habe und es sichergestellt werden müsse, dass Bayern sowohl bei Gas als auch Wasserstoff einen angemessenen Zugang sowohl zu den LNG-Terminals im Norden Deutschlands wie auch im Süden Europas (z.B. Italien, Kroatien) hat, wird das Wirtschaftsministerium beauftragt, dem Ministerrat zeitnah zum Netzentwicklungsplan Gas 2022 und zum vorgelegten Wasserstoffbericht zu berichten und notwendige Forderungen Bayerns an den Bund und die EU vorzulegen. In dem Bericht sollen zudem die industriepolitischen Implikationen der aktuellen strukturellen Umbrüche der Energiemärkte analysiert und Vorschläge zur strategischen Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen im Freistaat – zum Beispiel mit Blick auf die Ansiedlung zukunftsfähiger Industrien – entwickelt werden.

Die Staatsregierung hat überdies eine Bundesratsinitiative beschlossen, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, die Gaspreisanpassungs-Verordnung auf Grundlage von § 26 EnSiG (Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung) mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Die da-

mit verbundene Erhebung der Gasbeschaffungsumlage zum 1. Oktober 2022 soll nicht erfolgen, da sie eine weitere Kostensteigerung der privaten und gewerblichen Verbraucher bewirke, die sich durch die in den vergangenen Monaten bereits stark gestiegenen Energiekosten ohnehin einer massiven Zusatzbelastung gegenübersehen, argumentiert der Ministerrat.

Durch die Gasbeschaffungsumlage in ihrer jetzigen Form kämen auch Unternehmen in den Genuss der Umlage, die das Geld tatsächlich nicht benötigen, da sie nicht insolvenzgefährdet sind. Dies stehe im Widerspruch zur Verordnungsbegründung, die den Zweck der Gasbeschaffungsumlage in der Verhinderung insolvenzbedingter Ausfälle von für den Markt wichtigen Gasimporteuren sieht. Der Bundesrat halte es daher für erforderlich, dass zunächst Stabilisierungsmaßnahmen nach § 29 EnSiG vorrangig geprüft werden und zur Anwendung kommen, um tatsächlich nur solche Unternehmen zu unterstützen, die aufgrund der Verwerfung auf dem Gasmarkt insolvenzgefährdet sind.

Finanzierung energetischer Investitionen bei Baudenkmalern

Ein weiterer Beschluss des Ministerrats hat die steuerliche Unterstützung der Energiewende zum Ziel. Mit folgenden Maßnahmen soll die Finanzierung energetischer Investitionen bei Baudenkmalern erleichtert werden:

- Baumaßnahmen zum Erhalt eines Baudenkmalers sollen bereits innerhalb von acht anstatt bisher zwölf Jahren abgeschrieben werden können. Die Abschreibungen hierfür sollen für die ersten vier Jahre jeweils bis zu 15 Prozent und für die folgenden vier Jahre bis zu zehn Prozent der Herstellungskosten betragen können.

- Gerade auch Aufwendungen für ein Baudenkmal, das als Eigenheim genutzt wird, sollen steuerlich schneller berücksichtigt werden können: In den ersten vier Jahren sollen künftig jeweils bis zu 15 Prozent und für die folgenden vier Jahre bis zu zehn Prozent der Herstellungskosten als Sonderausgaben abzugsfähig sein.
- Wer aus dem Betrieb von Photovoltaikanlagen auf Baudenkmalern Einkünfte erzielt, soll künftig die Anlage wie nachträgliche Gebäude-Herstellungskosten abschreiben können. Erfolgt keine Einspeisung ins Stromnetz, soll es die Steuerbegünstigung geben, wie sie für nachträgliche Gebäudeherstellungskosten von zu eigenen Wohnzwecken genutzten Baudenkmalen gilt.

Bessere Abschreibungsbedingungen

- Die verbesserten Abschreibungsbedingungen bzw. Steuerbegünstigungen bei Baudenkmalen sollen auch für Gebäude in Sanierungsgebieten bzw. städtebaulichen Entwicklungsbereichen gelten.
- Aufwendungen für die energetische Modernisierung eines vermieteten Wohngebäudes sollen künftig stets als sofort abzugsfähige Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben behandelt werden können.

„Für die Sicherstellung einer zukunftsfähigen Energieversorgung müssen alle Bereiche mit einbezogen werden. Auch eine nachhaltige Energieversorgung von Baudenkmalern kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten“, heißt es in der Verlautbarung des Ministerrats. **DK**

Energiesparen:

Best Practice in bayerischen Städten

Ein breites Bündnis aus Bundeswirtschaftsministerium, Sozialpartner, Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände sowie kommunale Spitzenverbände hat in einer Erklärung zum Energiesparen aufgerufen. Die Beteiligten wollen dieses gesamtgesellschaftliche Projekt in ihrem Wirkungsbereich mit eigenen Initiativen unterstützen, ob über den Einsatz von Energie-Scouts in Unternehmen, Energieeffizienzmaßnahmen in den Betrieben bei Beleuchtung und Wärmerückgewinnung, oder Wärmeschutzverglasung großer Schaufenster. Wie Städte konkret Energie sparen, darüber informiert der Deutsche Städtetag anhand von (bayerischen) Best Practices auf seiner Homepage.

So werden Bürger in der Metropolregion Nürnberg etwa mit spielerischen Challenges animiert, ihren CO₂-Fußabdruck zu reduzieren und Energie einzusparen. Klimaschutzmanager boten auf www.co2challenge.net und über social media-Kanäle täglich einen Tipp zum Mitmachen und CO₂-Sparen an – sei es im Kleiderschrank, am Sofa oder in der Küche. Als zusätzlichen Anreiz werden Überraschungspakete unter allen Teilnehmenden verlost.

Die Stadtwerke München wiederum rufen im Herbst den Energiesparwettbewerb „Jede kWh zählt!“ aus. Je mehr Gas oder Strom eingespart wird, umso größer die Prämie, die den Verbrauchern gutgeschrieben wird. Start des Wettbewerbs ist am 1. Oktober 2022, die Teilnahme erfolgt über ein Online-Portal. Die nächste Jahresrechnung – Strom oder Gas – wird mit der zurückliegenden verglichen. Liegt die Einsparung bei mehr als 10 Prozent, winkt eine Prämie. Liegt sie bei mindestens 20 Prozent, gibt es eine größere Gutschrift.

Ebenfalls in der Landeshauptstadt sensibilisiert und motiviert das Ressourcensparprogramm „Fifty-Fifty-Aktiv“ die Kita- und Schulgemeinschaft, durch ein bewusstes, umweltfreundliches Verhalten möglichst viel Strom, Heizenergie, Wasser und Müll einzusparen, verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen und so zum Klimaschutz beizutragen. Jeder, egal ob Kita-Kinder, Schüler, Lehrkräfte, Erzieher oder die technische

Hausverwaltung, kann hierbei einen Beitrag leisten: im eigenen Gebäude rechtzeitig das Licht ausschalten, wenn es nicht gebraucht wird; die Raumtemperaturen anpassen; den Wasserhahn zudrehen; die Dauerlüftung mit gekippten Fenstern beenden oder in der Schulverpflegung auf Einwegartikel verzichten.

Seit 2013 ist der Klimaladen Ansbach e. V. Anlaufstelle für Bürger rund um Fragen zum Thema Energie. Das Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz der Stadt Ansbach sowie die Stadtwerke Ansbach GmbH beraten dort zu den Themen Energieeinsparung, Energieeffizienz, Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit sowie Erneuerbare Energien. Zur Überprüfung von Energieeinsparpotenzialen bietet der Klimaladen die kostenlose Ausleihe von Strom-, Feuchte-, Taupunkt- sowie Holzfeuchtemessgeräten an.

Projektgruppen erarbeiten Konzepte

Zahlreiche Stadtverwaltungen ergreifen Maßnahmen, um den Energieverbrauch in städtischen Gebäuden zu drosseln: Zum Beispiel wird die maximale Raumtemperatur abgesenkt, die Beleuchtung auf LED umgerüstet, Dauerbeleuchtung durch Bewegungsmelder ersetzt. Gleichzeitig werden die Mitarbeiter für Energiesparmaßnahmen sensibilisiert, wie etwa keine Geräte im Stand-by-Modus zu belassen oder die Zahl der Kühlschränke zu verringern. Die Stadt Würzburg erwägt darüber hinaus eine Zusammenlegung von Dienststellen. Viele Städte haben eine Projektgruppe eingesetzt, um Energiespar-Potenziale zu identifizieren.

Zudem haben sich zahlreiche Städte entschieden, die Anstrahlung von Sehenswürdigkeiten zu reduzieren. In München soll die nächtliche Beleuchtung historischer Gebäude sogar ganz entfallen, auch die Beleuchtung auf den Straßen wird reduziert. Schon seit längerem werden in der Stadt außerdem fast 50 Prozent der Ampeln zu verkehrsschwachen Zeiten abgeschaltet. Auf der Agenda steht auch das Absenken der Luft- und Wassertemperaturen in den Schwimmbädern. **DK**

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben

medien

Heimische Energiequellen konsequent nutzen

Die aktuellen Entwicklungen auf dem Energiesektor haben gravierende Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort und auf die regionalen Unternehmen. Das Wirtschaftsforum Oberland, die Industriegemeinschaft Geretsried und die Unternehmervereinigung Wirtschaftsraum Wolfratshausen luden im Krämmel-Forum in Wolfratshausen zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Energieversorgung in der Region Oberland“. Absicht solcher Gesprächsrunden sei es, so Reinhold Krämmel, Hausherr und Aufsichtsratsvorsitzender des Wirtschaftsforums, in der Bevölkerung Verständnis für die Tatsache zu wecken, dass Marktwirtschaft und Energieversorgung in enger Beziehung zueinander stehen.

Wie existenzbedrohend die derzeitige Situation für Unternehmer vor Ort ist, erläutert eindringlich Ludwig Schmid von der Bäckerei Schmid aus Geretsried. Seiner Aussage nach gibt es ca. 10.000 Bäckerbetriebe in Deutschland. Mit den derzeitigen hohen Energiekosten würden davon lediglich ein Drittel übrigbleiben. Für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen bedeute dies, dass von zwölf Betrieben acht schließen werden. „Und diese Betriebe“, so der Bäckermeister, „haben sowieso Nachwuchsprobleme. Die werden nicht wieder aufmachen. Dann haben wir ein Problem in der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sowie

eine Konzentration von einigen wenigen großen Produzenten, die überleben werden.“ Für ihn käme erschwerend hinzu, dass das Thema Energiesparen nicht möglich sei: „Ich kann nicht kälter backen und ich kann nicht wärmer kühlen“. Natürlich habe er frühzeitig vorgesorgt und einen Elektroofen angeschafft, der sei aber bei den derzeitigen Strompreisen keine Alternative.

Für die chemische Industrie berichtet Dr. Max Suter, Standortleiter von Pulcra Chemicals GmbH in Geretsried, dass der Gaspreis von bisher 75 Euro/MWh auf 200 Euro/MWh gestiegen sei. Für Pulcra bedeute dies Mehrkosten von bis zu 2,3 Mio. Euro, die „uns kein

Kunde bezahlt“. Er stelle sich die Frage, wie das Unternehmen so weiterhin wettbewerbsfähig bleiben und investieren kann.

Netzverschmutzer

Constantin Popp, Technischer Projektleiter Erneuerbare Energien bei der ecobility GmbH, einer Tochter der Krämmel Unternehmensgruppe, kümmert sich um Energieeinsparungen in der Industrie. Derzeit bekäme er viele Anfragen. Dabei sei es aber schwierig Ware zu bekommen und es gäbe Engpässe bei den Kapazitäten in der Montage. Außerdem, klagt er, bräuchten Zertifikate extrem lange: „Es gibt in Deutschland über 1.000 PV-Anlagen, die auf ihre Genehmigung warten und nicht angeschlossen sind.“ Er wünsche sich hier mehr Pragmatismus.

Langsame Genehmigungsbehörden

Hier erwidert Walter Huber, Geschäftsführer der Stadtwerke Bad Tölz, dass es nun mal Regeln gäbe, die alle Einspeiser und



V.l.: Organisator und Moderator Andreas Roß, Wirtschaftsforum Oberland, Reinhold Krämmel, Krämmel Unternehmensgruppe, Stefan Drexelmeier, Vorstandsvorsitzender der Energieende Oberland, Walter Huber, Geschäftsführer der Stadtwerke Bad Tölz, Constantin Popp, Technischer Projektleiter Erneuerbare Energien bei der ecobility GmbH, Jan Dühring, Vorstand der Stadtwerke Geretsried und Dr. Max Suter, Standortleiter von Pulcra Chemicals GmbH in Geretsried.

Bild: CH

Kraftwerksbetreiber einzuhalten haben. Diese lauten „50 Hz und 230 +/- 1,5 % Netzspannung“. Normen und Regeln müssen eingehalten werden, daher sei die sorgfältige Prüfungszeit der Netzbetreiber durchaus gerechtfertigt: „Wir haben bereits eine Netzverschmutzung. Dezentrale Anlagen verschärfen das Netzproblem. Das Netz fördert nicht die Autarkie, sondern es ermöglicht diese. Denn es bringt immer

und sicher den Rest der benötigten Energie.“ Daher fordert er einen massiven Netzausbau. Eindeutig zu lange dauere ihm aber die Bearbeitungszeit der Behörden bzgl. dem Bau eines Wasserkraftwerks an der Loisach. „Der Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen verliert jährlich 500.000 Euro, beim jetzigen Strompreis sogar 800.000 Euro, weil die Genehmigung nicht erteilt wird. Wir warten seit

ben Jahren.“ Dabei würde Wasserkraft grundlastfähigen Strom liefern. Die Stadtwerke Bad Tölz sind auch an vier Windrädern am Starnberger See beteiligt und wären auch beim Pumpspeicher Jochberg mit im Boot gewesen, der nicht gebaut wird.

Nicht in neue Abhängigkeiten stolpern

Den Blick auf das, was möglich wäre, liefert Stefan Drexelmeier, Vorstandsvorsitzender der Energieende Oberland: „Wir haben aus der Forschung die Bestätigung, dass wir uns eine Energieende leisten könnten. Wir hätten wirtschaftlich etwas davon und auch unserem Klima würde es guttun. Würden wir nur 1/12 der Möglichkeiten, die wir haben, umsetzen, könnten wir mit heimischer Energieerzeugung unseren Bedarf decken.“ Nun gelte es die Krise als Krise ernst zu nehmen und, auf der Suche nach günstigen Energielieferanten, nicht in neue Abhängigkeiten zu stolpern.

Jan Dühring, Vorstand der Stadtwerke Geretsried, spricht für ein relativ neues Unternehmen am Markt. Erst vor kurzem wurden Strom- und Gasnetze übernommen. Geretsried hat schon zweimal vergeblich Geothermiebohrungen vorgenommen. Aufgaben wolle man aber nicht, so der Stadtwerkechef, man arbeite an einem dritten Versuch. Er sieht die Krise als Chance einen großen Schritt in die Richtung zu machen, in die man sowieso wolle. Hinderlich seien aber die komplizierten Förderprogramme.

Für Reinhold Krämmel sind die nicht vorhandenen Speicher sowie die Absage an den Weiterbetrieb der AKWs das drängendste Problem: „Erneuerbare Energie ist nicht grundlastfähig und wir haben einen permanenten Strombedarf. Ohne Strom läuft im Winter keine Heizung.“ Die Ursache für das Dilemma, so der Firmenchef, sei die sukzessive Abwendung von der sozialen Marktwirtschaft: „Man muss die Technologie im Wettbewerb lassen! Dann kommen die Innovationen! Not macht erfinderisch.“ Es könne auch nicht sein, dass 20 Jahre die Elektromobilität gefördert würde, während die Wasserstofftechnologie vor sich hin darbe.

Mehr Pumpspeicher möglich

Drexelmeier entgegnet, dass für den grünen Wasserstoff aber wieder die Erneuerbaren vor Ort fehlen würden. Überhaupt müsse man sich zukünftig vor Ort versorgen, ob mit Nahrungsmitteln, Kleidung oder eben Energie. „Ja, die fehlenden Speicher sind ein Problem, aber der Speicherbedarf reduziert sich, wenn es einen Mix an Erneuerbaren Energien gibt.“ Laut ihm gäbe es im Oberland, neben dem Jochberg, noch drei weitere Standorte für Pumpspeicherwerke: „Wir müssen das, was wir vor Ort haben, konsequent nutzen.“ CH

Seltenes Wasserkraft-Ereignis

Klagenfrei und in Rekordzeit: Wasserkraftwerk an der Halbammer offiziell in Betrieb

Zahlreich waren sie gekommen: Landrat, aktive und ehemalige Bürgermeister, Firmenvertreter und vor allem rund 430 der aktuell über 4.000 Kunden der in Oberau angesiedelten Ammer-Loisach Energie (ALE) GmbH. Es galt das Topereignis in Sachen regionaler Energieende zu feiern: die offizielle Inbetriebnahme des Wasserkraftwerks an der Halbammer. Die in der Nähe des Wanderparkplatzes beim ehemaligen Forsthaus Unternogg, Gemeinde Saulgrub im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, gelegene Anlage ist das erste Wasserkraftwerk der ALE, eines Zusammenschlusses von 11 gleichberechtigten Partnern (die zehn Kommunen Bad Bayersoien, Bad Kohlgrub, Eschenlohe, Ettal, Grainau, Oberammergau, Oberau, Saulgrub, Schwaigen, Unterammergau und der regionale Energieversorger Energie Südbayern GmbH). Seit 9. Dezember 2021 produziert das Kraftwerk CO₂-freies Ökostrom aus der Wasserkraft der Halbammer – zunächst im Probetrieb und seit April 2022 auch im Dauerbetrieb.

Klagenfrei im Kosten- und Zeitrahmen

Bemerkenswert an der Verwirklichung des kommunalen Ökoraums mit reinen Baukosten von rund 1,5 Millionen Euro, ist vor allem, dass die Wasserkraftanlage tatsächlich ohne Klagen und Gerichtsverfahren, wie sie üblicherweise von Naturschutz- und/oder Umweltschutzverbänden/-initiativen angestrengt werden, gebaut wurde. Ob es daran lag, dass die Halbammer für den Hochwasserschutz im wasserrechtlichen Sinne bereits durch Querbauten und damit „Abstürzen“ flussaufwärts ohnehin nicht fischdurchgängig ist, kann nur vermutet werden. Jedenfalls hält sich der ökologische Eingriff durch den Kraftwerksneubau nachweislich in engen Grenzen. Sollte sich an der Durchgängigkeitssituation staatlicherseits irgendwann etwas ändern, müssten laut Genehmigungsbescheid auch im Kraftwerksbereich entsprechende Maßnahmen nachgerüstet werden.

Grüner Strom für die nächsten 50 bis 100 Jahre

Arno Nunn, ehemaliger Erster Bürgermeister von Oberammergau und einer der beiden Geschäftsführer bei der Ammer-Loisach Energie GmbH (der 2. Geschäftsführer ist Jürgen Hitz von der Energie Südbayern GmbH), sieht mit der Fertigstellung des Wasserkraftwerks an der Halbammer einen wichtigen Schritt in regionale und nachhaltige Energieerzeugung aus erneuerbarer Wasserkraft. Grünen Strom in einem eigenen Wasserkraftwerk vor Ort zu erzeugen, und das für die nächsten 50 bis 100 Jahre, ist für die ALE ein lo-

gischer Schritt, um die regionale ökologische Energieversorgung und aktiv den Klimaschutz voranzubringen. Deshalb sind alle auch ein wenig stolz, dass die Anlage planmäßig und im Kostenrahmen in Betrieb gegangen ist. Dafür ist die ALE allen Beteiligten, seien es private und staatliche Grundstückseigentümer, Planer, Projektleiter, ausführende regionale Baufirmen, vor allem aber auch den entscheidenden Genehmigungsbehörden und der Bürgerschaft in den Kommunen sehr dankbar. Machen ist viel krasser als nur wollen. Unter diesem Motto haben Gemeinderäte, Bürgermeister und vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam an der Verwirklichung gearbeitet und von Anfang an auf Ökostrom aus CO₂-freier Wasserkraft gesetzt. Mit der Anlage kann die ALE GmbH den Einkauf von Ökostrom für die privaten Haushalte und Geschäftskunden etwas verringern. Schließlich garantiert die ALE ihren Kunden die Versorgung mit 100 Prozent Öko-Strom aus Wasserkraft, der von anderen Kraftwerksbetreibern eingekauft werden muss.

Regionale Politik eindeutig pro Wasserkraft

Anton Speer, Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, betonte in seinem Grußwort, wie wichtig die Umsetzung dieses Vorzeigeprojekts für den Garmischer Landkreis ist, der ja bereits mit dem Schachtkraftwerk an der Loisach bei Großweil einen Prototyp innovativer ökologischer Wasserkraftnutzung beheimatet. Immerhin kommen etwa zehn Prozent des Stroms im Landkreis aus der Wasserkraft. Besonders dass alle Partner in der Ammer-Loisach Energie an

einem Strang gezogen haben, hat das Projekt an der Halbammer zum Erfolg geführt. Für den Landrat ist die Wasserkraft ein unverzichtbarer Baustein im erneuerbaren Energiemix. Deshalb hat er als Landrat per Brief auch offiziell interveniert gegen das Vorhaben des grünen Bundeswirtschaftsministers Habeck, die Wasserkraftwerke unter 500 Kilowatt Leistung nicht mehr zu fördern. Denn ohne Förderung der in Bayern so wichtigen regionalen Erzeugung aus Wasserkraft wäre auch das Wasserkraftwerk an der Halbammer nicht verwirklichtbar gewesen.

Regionale Wertschöpfung

Namensvetter Rupert Speer, Erster Bürgermeister der Standortgemeinde Saulgrub, fasste das Gelingen des bereits mit der Gründung der ALE 2013 angedachten Energieprojekts perfekt zusammen. Schließlich galt die Halbammer bei den Menschen in der Region und vor allem bei örtlichen „Investoren“ schon seit Jahrzehnten als favorisierter Standort für eine Wasserkraftnutzung nach dem Motto: Da geht was, und mit Gründung der ALE ging dann tatsächlich was. Sowohl deren Gründung wie auch der Bau ihrer ersten Wasserkraftanlage waren von dem Wunsch getrieben, eine regionale Stromvermarktung mit regionaler Wertschöpfung und starker Bürgernähe aufzubauen: Nachdem Ende 2019 der Genehmigungsbescheid erteilt wurde, erfolgte am 16. September 2020 der Spatenstich für das Wasserkraftwerk. Die Bauarbeiten wurden im Oktober des gleichen Jahres aufgenommen, so dass die wichtigsten ersten Betonarbeiten für das Einlaufbauwerk noch vor Einsetzen von Dauerfrost und Schnee im Dezember fertig gestellt werden konnten. Soweit irgend möglich wurden für die Arbeiten regionale Firmen beauftragt, um die Wertschöpfung in der Region zu halten. Mustergültige Planung, Zeit- und Kostendisziplin ermöglichten, dass das Kraftwerk bereits ab Dezember 2021 erstmals ökologischen Wasserkraftstrom in das Netz des örtlichen Netzbetreibers Bayernwerk einspeiste. Der anschließende Probetrieb konnte nach dem Abschluss verschiedener Restarbeiten und Funktionstests im Frühjahr 2022 erfolgreich



Gut gelauntes Festkomitee nach gelungener Projektvollendung (v.l.): Rupert Speer, Erster Bürgermeister der Standortgemeinde Saulgrub, Andreas Rödl, Erster Bürgermeister von Oberammergau und Aufsichtsratsvorsitzender der Ammer-Loisach Energie, Anton Speer, Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, Arno Nunn, ehemaliger Erster Bürgermeister von Oberammergau und einer der beiden Geschäftsführer bei der Ammer-Loisach Energie GmbH.

Bild: Jan Kiver, 2022

abgeschlossen werden. Seit April 2022 erzeugt die Kaplan turbine des Kraftwerks mit einem Wasser-Schluckvermögen von maximal 2.000 Liter pro Sekunde (= 20 Badewannen pro Sekunde) und einer maximalen Leistung von bis zu 135 Kilowatt (je nach Wasserführung) regulär ökonomisch sinnvoll Öko-Strom.

Andreas Rödl, Erster Bürgermeister von Oberammergau und Aufsichtsratsvorsitzender der Ammer-Loisach Energie, beglückwünschte die anwesenden Bürgerinnen und Bürger stellvertretend für alle beteiligten Gemeinden sowie die Vertreter der Ammer-Loisach Energie zu dem Ökoprosjekt Halbammer. Ihr Mut, die Energiezukunft selbst in die Hand zu nehmen und Verantwortung zu übernehmen, habe die Verwirklichung ermöglicht. Besonderer Dank gebührt auch der Genehmigungsbehörde. Im Vergleich zu sonst üblichen Verfahrensdauern beim Genehmi-

gungsprozess war dieses Wasserkraftprojekt in nur sieben Jahren quasi mit Lichtgeschwindigkeit genehmigt worden. Gerade auch angesichts des Kriegs in der Ukraine ist der Wink mit dem Zaunpfahl unübersehbar, dass in Sachen Energieende jetzt nicht länger gewartet sondern gehandelt werden muss. Insbesondere die Wasserkraft kann vor Ort zur Deckung der Grundlast beitragen, um einen Blackout zu vermeiden. Hervorzuheben ist, dass das Halbammer-Kraftwerk so in die Landschaft eingebaut ist, dass es kaum auffällt, die Natur nicht stört, für den Tourismus nicht schädlich ist und die Landwirtschaft nicht beeinträchtigt wird. Rödl plädierte dafür, dass Projekte wie an der Halbammer, neben dem Ausbau unter anderem der Solarenergieerzeugung (die Region ist Windausschlussgebiet) und des E-Car-sharings, im Landkreis viel stärker vorangetrieben werden sollten. (JK)

Zahlen – Daten

Wasserkraftwerk an der Halbammer

- Typ: Ausleitungs-Kleinwasserkraftwerk
- Leistung: bis zu 135 Kilowatt bei einem maximalen Durchfluss von 2.000 Liter pro Sekunde
- Konstante Mindest-Restwasserausleitung in die Halbammer: 350 Liter pro Sekunde
- Erzeugung: bis zu 500.000 Kilowattstunden pro Jahr bei rund 3.700 Vollaststunden pro Jahr
- Versorgung: rechnerisch bis zu rund 240 Zwei-Personen-Durchschnittshaushalte (bei 2.100 Kilowattstunden Jahresverbrauch ohne Warmwasserbereitung)
- Nutzbare Fallhöhe: bis zu zehn Meter
- Druckleitung: 150 Meter
- Ausbau-Fallhöhe: rund 10 Meter
- Rechenanlage: fischfreundlicher Streichrechen mit 10 Millimeter Stababstand
- Reine Baukosten: 1,5 Millionen Euro

(JK)

Energieministertreffen in Hannover:

Aiwanger präsentiert Zehn-Punkte-Plan

Ganz im Zeichen der Energiepreiskrise stand das jüngste Treffen der Länderenergieminister in Hannover. Sie forderten die Bundesregierung einstimmig auf, zeitnah ein Modell zur Begrenzung von Energiepreiserhöhungen für Gas, Strom und Wärme auf Grundlage europäischer Vereinbarungen zu entwickeln, beispielsweise eine Energiepreiskapazität. Zudem soll es Hilfen für Stadtwerke geben.

Um den Ausbau Erneuerbarer Energien weiter zu beschleunigen und insbesondere die Akzeptanz für den Ausbau zu erhöhen, verständigten sich die Energieminister darauf, dass der Bund die finanzielle Beteiligung der Kommunen nach Möglichkeit verbindlicher gestalten soll. Demnach soll die Bundesregierung prüfen, ob die kommunale Beteiligung am Ausbau von Windenergie- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz bundesweit verpflichtend gestaltet werden könnte.

Existenzkrise

Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger warnte, die aktuelle Energiekrise sei für viele Unternehmen längst eine Existenzkrise und das wirtschaftliche Überleben eine Frage von wenigen Wochen. Schon jetzt hätten Betriebe ihre Produktion um bis 15 bis 20 Prozent gedrosselt. Noch vor Weihnachten müssten entweder die Strom- und Gaspreise spürbar gesenkt werden oder der Staat übernehme einen Teil der Kosten. Ansonsten werden diese Unternehmen dichtmachen. „Deshalb muss jetzt vom Bund schnellstmöglich ein durchdachtes Hilfsprogramm auf den Weg gebracht werden mit dem Ziel, dass Energie wieder bezahlbar und Schäden für die Wirtschaft minimiert werden. Gas einsparen, indem ganze Branchen ihre Produktion herunterfahren ist keine seriöse Energiepolitik.“

Bayerischer Gemeindetag:

Versorgungssicherheit gewährleisten

Die Sorge um die Versorgungssicherheit beim Strom nimmt zu. Droht ein Blackout? Was geschieht, wenn der kommende Winter lang und kalt wird und deswegen zigtausende Stromradiatoren zusätzlich in deutschen Haushalten angeworfen werden? Für Bayerns Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl ist klar: „Die drei am Netz verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland - Emsland in Niedersachsen, Isar 2 in Bayern und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg - müssen vorläufig am Netz bleiben.“

Sie alle seien grundlastfähig, sicher und könnten auftretende Stromspitzen ausgleichen sowie die Versorgungssicherheit gewährleisten. Aus Brandls Sicht wäre es „völlig unverständlich, wenn Deutschland angesichts Klimakrise, Ukraine-Krieg, galoppierender Inflation und schwankendem Strombedarf aus rein ideologischen Gründen jetzt die Kernkraftwerke abschalten würde“.

Brandl fordert vorläufige KKW-Laufzeitverlängerung

Vor diesem Hintergrund fordert er Bundesregierung und Deutschen Bundestag auf, „sofort eine Änderung des Atomgesetzes auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel einer vorläufigen Laufzeitverlängerung“. Bis Ende September müsse eine verbindliche Entscheidung fallen.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Brandl zufolge prüfen Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte seit langem, welches Einsparpotenzial bei Strom, Gas und anderen Energieträgern möglich ist. Als eine wirkungsvolle Maßnahme zum Stromsparen habe sich dabei das Abschalten der Straßenbeleuchtung erwiesen. Schon seit langem sei dies nachts in Wohngebieten möglich. Die Mitglieder des Landesauschusses empfehlen, dass die Gemeinden und Städte nach eigenem Ermessen prüfen sollen, ob sie bis auf weiteres auf die Straßenbeleuchtung verzichten.

Grundsätzlich, so der Verbandspräsident, solle nicht an der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gespart werden. Allerdings wollen in Zeiten extrem hoher Strompreise Bayerns Gemeinden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, Energie einzusparen. Brandl: „Die Straßenbeleuchtung verbraucht viel Strom. Wenn uns die Bayerische Staatsregierung dabei unterstützt, eine Reduzierung bei der Straßenbeleuchtung zu ermöglichen, wäre auch für die Preisentwicklung und die volkswirtschaftliche Verfügbarkeit von Strom viel gewonnen.“ **DK**

Stresstest-Ergebnisse

Gesprächsthema waren auch die Ergebnisse des so genannten Stresstests. Aiwanger zufolge „müssen wir auch bei der Kernenergie alle Register ziehen und eine zeitliche begrenzte Laufzeitverlängerung ermöglichen. Die drei verbliebenen Kernkraftwerke können entscheidend sein, um die prognostizierten Versorgungslücken in Höhe von 91 Stunden zu überbrücken. Ich bin überzeugt: Wärme Isar 2 ein Kohlekraftwerk mit derselben Leistung, würde es weiter am Netz bleiben.“

Maßnahmenpaket

Konkret fordert Bayerns Energieminister von Bund und Europäischer Union folgendes Maßnahmenpaket:

1. Biogas-Potenzial ausschöpfen: Die geplanten Erleichterungen bei der Höchstbemessungsleistung für Biogasanlagen und bei den Vorgaben zum Gülleanteil gehen nicht weit genug. Die Änderungen zur Höchstbemessungsleistung müssen für die gesamte Biomasse und auch für Biomethan gelten. Sie erzeugen Strom, Wärme und Gas, die wir im kommenden Winter dringend benötigen. Zudem müssen die starren Vorgaben zur Vergärungsdauer mit 150 Tagen im gasdichten System aufgehoben werden, unabhängig von Einsatzstoff oder Einsatzstoffgemisch. Für eine erhöhte Strom- und Wärmeerzeugung müssen zudem die Genehmigungsregeln im Bundesimmissionsschutzrecht angegangen werden.

Die notwendigen Anpassungen im Immissionsschutzrecht will der Bund nun endlich angehen. Die Formulierungshilfe für einen entsprechenden Gesetzentwurf greift viele Themen aus der bayerischen Bundesratsinitiative auf. Wichtig ist jetzt, dass das Gesetz möglichst schnell verabschiedet wird. Entscheidend und sicherheitsrelevant für die Genehmigung von LPG-Flüssiggastanks oder auch Heizöltanks ist die fachtechnische Prüfung. Was beim Aufbau der LNG-Terminals möglich war, muss der Bund auch auf andere Verfahren übertragen.

2. Mehr Photovoltaik-Stromerzeugung und Wertschöpfung vor Ort ermöglichen: Bei Agri-PV wird eine Länderöffnungsklausel für eine bauplanungsrechtliche Privilegierung nach § 35 Absatz 1 BauGB sowie ein separates Ausschreibungssegment in den EEG-Ausschreibungen benötigt. Auch müssen die zu niedrigen Fördersätze und zu strengen Fördervorgaben bei Parkplatz-PV und Floating-PV ein Ende haben, um den Markthochlauf anzuschieben. Um



Hubert Aiwanger. Bild: StMWI

die Akzeptanz vor Ort zu stärken, sind eine Verdoppelung der Kommunalbeteiligung von 0,2 auf 0,4 ct/kWh und die Einführung bundeseinheitlicher Regelungen zur direkten Bürgerbeteiligung ratsam. Mit Blick auf PV-Dachanlagen sind die zeitnahe Umsetzung der vom Bundesfinanzministerium angekündigten steuerrechtlichen Vereinfachungen sowie die Prüfung weitergehender Anpassungen etwa für gewerbliche Anlagen erforderlich. Zudem soll der Bund dringend das in Bayern bestens bewährte PV-Speicherprogramm auf nationaler Ebene auflegen, mit dem in Bayern 100.000 Speicher und Dachanlagen angeschoben wurden.

3. Versorgungssicherheit durch Atomkraft verbessern, Planungssicherheit für die Laufzeitverlängerung schaffen: Die „Einsatzreserve“ ist keine Lösung und verunsichert Bürger und Unternehmen. In der aktuellen Lage ist eine sofortige Änderung des Atomgesetzes für die Laufzeitverlängerung die einzig sinnvolle Lösung. Die Bestellung neuer Brennstäbe ist wegen einer Lieferzeit von ca. zwölf Monaten schnell geboten, um auch die Stromversorgung im Winter 2023/24 abzusichern.

4. Investitionen in gesicherte Leistungskapazitäten und Speicher ermöglichen: Der Verzicht auf die Brückentechnologie Erdgas erfordert den Aufbau diversifizierter und flexibler Kraftwerksleistungen, die zu jeder Stunde des Jahres einsatzbereit ist. Bestehende Kraftwerke müssen beispielsweise für den künftigen Einsatz von Wasserstoff bereitgemacht werden. Beim Ausbau der Speicherkapazitäten können Pumpspeicherwerke die Hauptrolle spielen. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit diese in die Rentabilität und damit Umsetzung kommen.

5. Fuel-Switch von Unternehmen ermöglichen und finanziell fördern: Unternehmen müssen in der Lage sein, möglichst schnell, rechtssicher und rentabel von Gas auf andere Energieträger umzustellen, falls dies technisch möglich ist. Eventuelle Kostenmehrunge

nen müssen vom Bund gefördert werden.

Wasserstofftankstellen ausbauen

6. Ausbau der Wasserstofftankstellen intensivieren: Der Bund muss den Wasserstofftankstellenausbau für Pkw und Nutzfahrzeuge sowie für Elektrolyseure flächendeckend durch kontinuierliche Förderungen unterstützen und bestehende Mittel dafür aufstocken. Deutschland ist von einer flächendeckend verfügbaren Infrastruktur noch meilenweit entfernt. Mit seinem Förderprogramm für Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge hat Bayern dieses Problem bereits in Angriff genommen.

7. Bundesweite Wasserstoff-Infrastruktur ausbauen: Die Planungen für den Aufbau eines Wasserstoffleitungsnetzes im Rahmen der Bundesförderung werden sich nur auf den Norden und Westen Deutschlands konzentrieren. Das zeigt der aktuelle Wasserstoffbericht

der deutschen Fernleitungsnetzbetreiber. Bayern und der ganze süddeutsche Raum dürfen nicht abgehängt werden. EU und Bund müssen jetzt endlich dafür sorgen, dass der Aufbau eines europäischen Netzes flächendeckend und zügig beginnen kann. Solange die Netzbetreiber keine Investitionssicherheit haben, werden auch keine Pipelines gebaut oder umgerüstet. Es ist weltfremd und kontraproduktiv, wenn die jetzigen Betreiber der Erdgasnetze nicht auch die künftigen Wasserstoffnetze betreiben dürfen, wie es die EU derzeit vorsieht.

Geothermie fördern

8. Geothermie fördern und Wärmenetzförderung deutlich aufstocken: Die neue Bundesförderung für effiziente Wärmenetze ist ein wichtiger Schritt für deren Dekarbonisierung.

Jetzt muss das Programm mit deutlich mehr Mitteln als bisher ausgestattet werden, um Wärmenetze und Wärmeverbundleitungen flächendeckend in Deutschland auszubauen. Da der Umbau mehrere Jahrzehnte erfordert, ist die Programmlaufzeit der Förderprogramme deutlich zu verlängern. Allein in Bayern könnten 25 Prozent des Wärmebedarfs durch Geothermie bereitgestellt werden. Die Regierung ist aufgefordert, die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen und zu prüfen, ob und wie eine sog. Fündigkeitsversicherung eingeführt werden kann. Eine solche bundesweite und staatliche Versicherung gegen Erschließungsrisiken kann der Geothermie zum Durchbruch verhelfen.

9. Investitionsbedingungen für Pumpspeicher verbessern:

Pumpspeicher sind heute die einzige nennenswerte und bewährte Großspeichertechnologie für elektrische Energie und liefern einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Unter den aktuellen Marktbedingungen sind sie aber praktisch nicht wirtschaftlich zu betreiben, weshalb der Bund die Bedingungen für Investitionen in Pumpspeicherkraftwerke deutlich verbessern muss. Vor allem ist das Vergütungssystem des Strommarktes so zu reformieren, dass sich die Leistungen von Pumpspeicherkraftwerken wie Bereithaltung, Netzdienstlichkeit und Kaltstartfähigkeit bei Stromausfällen am Markt endlich rentieren. Bayern hätte knapp 20 gute Standorte für Pumpspeicher.

Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß senken

10. Strompreise schnell und unbürokratisch senken: Stromsteuer und die Energiesteuern auf Heizöl und Erdgas müssen noch in diesem Jahr auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden. Dasselbe gilt für die Mehrwertsteuersätze auf Sprit, Erdgas, Strom und Fernwärme. Steigende Übertragungsentgelte müssen durch Bundeszuschüsse reduziert werden. Darüber hinaus muss endlich ein Industriestrompreis eingeführt und ein umfangreicher, unbürokratischer Carbon-Leakage-Schutz sichergestellt werden. Es gilt, einen grundsätzlichen Kurswechsel einzuleiten, weg von politisch gewollten, aber ruinösen hohen Energiepreisen hin zu bezahlbaren Energiepreisen. Sonst fährt die Bundesregierung die Wirtschaft und Gesellschaft an die Wand. **DK**

Für den Bürgerenergiepreis 2022 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk



Elektrischer Strom für das Wasserstoffzentrum

Bayernwerk Netz baut bis Oktober Kabelverbindung zum geplanten Wasserstoffzentrum in Pfeffenhausen

Regensburg/Pfeffenhausen. Die Bayernwerk Netz (Bayernwerk) hat beim Umspannwerk in Pfeffenhausen (Landkreis Landshut) mit dem Bau einer neuen Stromkabelleitung zur Versorgung des künftigen Wasserstoffzentrums begonnen. Der Energienetzbetreiber baut in den nächsten Monaten eine Mittelspannungsleitung vom Umspannwerk bis zum Areal des Wasserstoffzentrums. Zusammen mit Bayernwerk-Vertretern waren beim offiziellen Baustart Pfeffenhausens Bürgermeister Florian Hölzl sowie Dr. Tobias Brunner, Geschäftsführer der Hy2B Wasserstoff GmbH. In die etwa vier Kilometer lange Leitung investiert das Bayernwerk rund 1,4 Millionen Euro. Die Arbeiten sollen Ende Oktober abgeschlossen sein.

„Wir freuen uns, einen Beitrag dazu zu leisten, dass in der Region Landshut die Energiezukunft mit der Kompetenz aller Partner gestaltet werden kann“, sagte Dr. André Zorger, Leiter Kommunalmanagement Ostbayern bei der Bayernwerk Netz. In dem bei Pfeffenhausen geplanten Wasserstoff-Technologie- und Anwenderzentrum (WTAZ) soll die Transformation hin zu emissionsfreien Antriebstechnologien in Deutschland vorangebracht werden. Dort soll grüner Sprit auf Wasserstoffbasis erzeugt werden. Hierauf aufbauend ist geplant, im Technologiecampus Komponenten wie Brennstoffzellen sowie Tank- und Betankungssysteme in speziellen Laboren zu entwickeln, zu testen und zu standardisieren. Neben der Anbindung an die im Umfeld geplanten Sonnen- und Windener-

gieanlagen ist vorgesehen, das Wasserstoffquartier auch an das Mittelspannungsnetz des Bayernwerks anzudocken.



Bürgermeister Florian Hölzl (2.v.r.) und Hy2B-Geschäftsführer Tobias Brunner (l.) freuen sich mit Tobias Brockel, Dr. André Zorger, Michael Kollmeder und Christoph Wagenosner (alle Bayernwerk, v.l.) über den Baustart der Kabelverbindung für das geplante Wasserstoffzentrum in Pfeffenhausen. Bild: Bayernwerk/Christian Martens

Impuls für Mobilität der Zukunft

Bürgermeister Florian Hölzl betonte die Bedeutung des Wasserstoffzentrums und der Anbindung an das regionale Verteilnetz für Pfeffenhausen und die gesamte Region: „Gemeinsam ziehen wir an einem Strang, damit aus unserer Heimat ein Impuls für die Mobilität der Zukunft ausgeht. Der Angriffskrieg Russlands und die Klimakrise unterstreichen die Notwendigkeit, in der Energie- und Mobilitätswirtschaft neue

Wege zu gehen. Mein Dank gilt heute vor allem dem Bayernwerk Netz als leistungsstarkem Partner des Pfeffenhausener Wasserstoffzentrums.“

Hy2B-Geschäftsführer Dr. Tobias Brunner sagte zum Start des Stromleitungsbaus: „Das Zusammenspiel von regionaler erneuerbarer Stromerzeugung, Elektrolyseuren und dem Stromnetz ist für den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung und für die Erzeugung grünen Wasserstoffs gleichermaßen wichtig. Mit der Anbindung des Elektrolyseurs und des benachbarten Wasserstoffzentrums an das Stromnetz wird eine wichtige Grundlage für den Wasserstoffstandort in Pfeffenhausen geschaffen.“ Der Elektrolyseur startet 2023 zunächst in einer Version mit fünf Megawatt (MW); gegen Ende des Jahres 2024 oder Anfang des Jahres 2025 soll er auf zehn MW erweitert werden. Langfristig soll die Energie für das Wasserstoffzentrum direkt vor Ort entstehen: Geplant sind ein Freiflächen-Photovoltaik-Park sowie Windräder.

Grüne Energien auf dem Vormarsch

„Für das künftige Wasserstoffzentrum ist eine elektrische Leistung von rund 18,4 Megawatt erforderlich. Daher haben wir eine leistungsstarke 20-kV-Verbindung geplant“, erläuterte Michael Kollmeder, Leiter des Bayernwerk-Kundencenters Altdorf. Ungefähr ein Drittel der elektrischen Leistung wird für die Versorgung der Bürogebäude, Werkstätten und Prüfstände gebraucht. Zwei Drittel sind für den Betrieb des Elektrolyseurs vorgesehen. „Die sichere Versorgung muss auch gewährleistet sein, wenn keine Sonne scheint oder kein Wind weht. Deshalb brauchen wir eine starke Verbindung mit dem Verteilnetz des Bayernwerks“, sagte Michael Kollmeder.

Maßnahmenbündelung

Mit dem Neubau zum Anschluss des Wasserstoffzentrums verstärkt das Bayernwerk auch eine bereits bestehende Mittelspannungsverbindung. „Hier wäre in nächster Zeit ohnehin eine Erneuerung erforderlich geworden, daher bündeln wir die Maßnahmen“, erläuterte Kollmeder. Wie der PV-Boom in Bayern zeigt, erleben Erneuerbare Energien aus dezentralen Quellen ein enormes Wachstum. Zur Integration ins Netz und zur sicheren Verteilung ist ein starkes, intelligentes Netz Voraussetzung. Die erneuerte Leitung ist rund zwei Kilometer lang und liegt auf einem Abschnitt zwischen dem Umspannwerk und dem künftigen Wasserstoffzentrum. Für die Modernisierung wendet das Bayernwerk zusätzlich rund 500.000 Euro auf.

Einer von vier Standorten in Deutschland

Pfeffenhausen war im Vorjahr von der Bundesregierung als einer von vier Standorten für das Nationale Innovations- und Technologiezentrum Wasserstoff ausgewählt worden. Weitere Standorte sind Chemnitz (Sachsen), Duisburg (Nordrhein-Westfalen) und ein Städteverbund aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven und Stade.

Partner für Betrieb

Für den Betrieb in Pfeffenhausen gibt es ein Konsortium aus den Unternehmen Hynergy GmbH, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik, MR PLAN, TesTneT, TÜV SÜD, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, der Technischen Universität München und dem Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg für Erneuerbare Energien. □

Smarte Sensoren für kluge Köpfe

Gauting. Regelmäßiges Lüften ist im Klassenraum wichtiger denn je. Zum einen steigert es nachweislich die Lernleistung der Schülerinnen und Schüler, zum anderen senkt es gerade in Pandemiezeiten das Infektionsrisiko. In einem Klassenzimmer an der Paul-Hey-Schule in Gauting (Landkreis Starnberg) zeigt nun ein digitaler Sensor der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) die Luftqualität an und macht vor Ort auf eine notwendige Durchlüftung aufmerksam. Zusätzlich hat das Bayernwerk eine digitale Lösung für Laptop oder PC entwickelt. Hier können die gemessenen Werte im EnergiePortal des Bayernwerks (energieportal.bayernwerk.de) einfach und bequem durch die Kommunalverwaltung digital eingesehen werden. Mitte Juli wurden die Sensoren von Schulleitung und Schülern sowie Vertretern des Bayernwerk präsentiert.

Wann das Fenster geöffnet werden muss, dieser Frage hat sich das Energieunternehmen Bayernwerk gewidmet und gemeinsam mit der Paul-Hey-Schule einen Test mit Luftqualitätssensoren gestartet. In 15 Klassenräumen wurden hierzu die digitalen Messgeräte installiert, die in einem Ampelsystem den CO2-Gehalt der Luft darstellen.

Testphase für saubere Luft bis 2023

„Wir wollen digitale Lösungen für die Erfordernisse der Zeit anbieten“, sagt Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal vom Bayernwerk. „Das regelmäßige Lüften können wir nun datenbasiert steuern. Gerade in der kommenden Heizperiode können die Luftsensoren eine wichtige Informationsquelle bei der Abwägung zwischen Energieeinsparung und Ansteckungsminimierung sein“, so der Vorstandsvorsitzende.

„Den Gesundheitsschutz von Schülern und Lehrkräften sicherzustellen ist uns nach wie vor äußerst wichtig. Ich freue mich deshalb, dass wir das Pilotprojekt an der Paul-Hey-Mittelschule gemeinsam mit dem Bayernwerk realisieren konnten und durch smarte CO2-Sensoren dazu beitragen, die Luftqualität in den Klassenzimmern zu verbessern“, sagt Gautings Erste Bürgermeisterin Dr. Brigitte Kössinger. Während in Bayern nur vereinzelt Schulen mit Luftsensoren ausgestattet sind, hat sich die Landesregierung in Sachsen bereits auf den verpflichtenden Einsatz der so genannten „CO2-Ampeln“ verständigt.

Bis zum April 2023 werden die Sensoren mit der kleinen Ampelanlage an der Fensterseite der Klasse im Einsatz sein. Danach wollen die Schule und das Bayernwerk die gemeinsamen Ergebnisse zusammenfassen und mit Lehrkräften und Schülern die Erfahrungen spiegeln. □

Gemeinde Bellenberg:

Energieversorgung mit Blick auf nachhaltige Zukunft

Gasnetze transportieren Biomethan und grünen Wasserstoff

Zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung für Bellenberg im Landkreis Neu-Ulm: In Zukunft ist Erdgas Schwaben mit der 100-prozentigen Tochter Schwaben Netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde verantwortlich. Im Juli unterzeichneten Oliver Schönfeld, erster Bürgermeister in Bellenberg, und Gabriele Krybus, Konzeptionsmanagement Schwaben Netz, den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus.

„Dass wir uns weiterhin für die Versorgung über ein Rohrleitungsnetz entschieden haben, eröffnet uns viele Möglichkeiten für die Zukunft“, sagte Bürgermeister Schönfeld bei der Vertragsunterzeichnung. „Wir setzen darauf, dass in Zukunft klimaneutrale Gase wie Biogas und Wasserstoff durch das vorhandene Netz fließen. Dafür haben wir in Schwaben Netz einen zuverlässigen Partner gefunden.“

Der Vertrag läuft bis 2043.

Gabriele Krybus, Konzeptionsmanagement Schwaben Netz, betonte: „Wir arbeiten eng mit unseren Kommunen zusammen und haben die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Blick. Mit unseren Gasnetzen schaf-

fen wir gemeinsam Strukturen für die Energiezukunft.“ In diesen Gasnetzen werden zunehmend grüne Gase transportiert. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden.

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten

Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in kommunalen Einrichtungen und Privathaushalten zu erzeugen. □



Zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung für Bellenberg: In Zukunft ist Erdgas Schwaben mit der 100prozentigen Tochter Schwaben Netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde verantwortlich. Oliver Schönfeld (2.v.l.), erster Bürgermeister in Bellenberg, und Gabriele Krybus, Konzeptionsmanagement Schwaben Netz unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus. Links: Christian Braun, Energieberater Schwaben Netz, rechts: Rainer Herzog, Bauamtsleiter Bellenberg. Bild: Christina Bleier/erdgas Schwaben

Energieverbände fordern Geothermie-Erschließungsgesetz

Deutschland muss bei der Wärmewende noch entschiedener vorgehen. Die Tiefe Geothermie hat als grundlastfähige und klimaneutrale Technologie das Potenzial, einen großen Teil des hiesigen Wärmebedarfs zu decken. Deshalb fordert ein Bündnis aus Energieverbänden die Politik dazu auf, ein Geothermie-Erschließungsgesetz zu erlassen, um den schnellen und verstärkten Ausbau der Tiefen Geothermie zu ermöglichen.

Die aktuelle Energiekrise macht den Handlungsdruck vor allem im Wärmesektor deutlich. Deshalb appellieren der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V. (AGFW), der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE), der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), der Bundesverband Geothermie e.V. (BVG) und der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) in einem gemeinsamen Positionspapier an die Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die großen Potenziale der Tiefen Geothermie in größerem Umfang nutzen zu können. Das gemeinsame Papier wurde anlässlich der Veranstaltung „Wärmewende im urbanen Raum mit Geothermie“ veröffentlicht. Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Branche und Bundestagsabgeordnete über die Potenziale der Geothermie. Hierfür legen die Verbände konkrete Handlungsempfehlungen vor, deren Umsetzung für einen schnellen und umfassenden Ausbau der Tiefen Geothermie notwendig ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zudem geeignet, die Dekarbonisierung der Fernwärme sowie den Ausbau der Wärmenetze zu beschleunigen.

Deutlich mehr Tempo

„Grüne Fernwärme ist der Katalysator für das Erreichen der Klimaziele in den Städten“, erklärt John Miller, stellvertretender Geschäftsführer des AGFW. „Geothermie spielt dabei eine zentrale Rolle, bleibt allerdings bisher oft in Planung und Bürokratie stecken. Das ist ein Luxus, den wir uns nicht länger erlauben können. Wir brauchen deutlich mehr Tempo in den Verwaltungs-

und Genehmigungsverfahren sowie neue, umsetzungsorientierte Instrumente für einen deutschlandweiten Ausbau von Geothermie.“

Schutz des Grundwassers

„Die Geothermie muss als wichtige Säule der urbanen Wärmewende über Wärmenetze viel schneller und umfassender erschlossen werden als dies bisher der Fall war. Wir brauchen alle Optionen, um die Dekarbonisierung des Wärmesektors bis zum Jahr 2045 realisieren zu können. Klar ist auch, dass bei den Geothermieprojekten der Schutz des Grundwassers immer gewährleistet sein muss“, macht die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae deutlich.

„Um eine sichere und preisstabile Energieversorgung für uns und nachfolgende Generationen zu gewährleisten und um unsere Klimaziele zu erfüllen, brauchen wir die Geothermie. Mit ihrer Hilfe können wir große Teile unseres Nutzwärmebedarfs an Raumwärme und Warmwasser nachhaltig decken. Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit, das riesige, unerschlossene Potenzial der Geothermie zu nutzen“, so BVG-Präsident und Technischer Geschäftsführer der Stadtwerke München, Helge-Uve Braun.

„Die Bundesregierung hat die Wärmewende und damit die großen Potenziale der Geothermie bislang nicht ausreichend adressiert. Dabei wird sie für unsere Energieeffizienz im Konzern der Erneuerbaren Energien ebenso benötigt wie für das Erreichen der Klimaziele. Gerade für Nah- und Fernwärmenetze bietet die Erdwärmenutzung viele Möglichkeiten. Deshalb ist jetzt unter anderem die Beschleunigung der

Genehmigungsverfahren und die Förderung geologischer Landesmaßnahmen voranzutreiben und die erneuerbare Wärmeenergie in allen Gesetzen klar zu priorisieren“, kommentiert BEE-Präsidentin Dr. Simone Peter.

„Der Wärmesektor birgt enorme Chancen, wenn es darum geht, CO2 einzusparen und Energieouveränität zu gewährleisten. Damit wir lokale Potenziale, beispielsweise die Geothermie noch besser heben können, brauchen wir die kommunale Wärmeplanung“, so Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen.

Politische Rückendeckung erhielten die Verbände von den Bundestagsabgeordneten Bernhard Herrmann, MdB, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Daniel Föst, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP- Bundestagsfraktion, Andreas Mehlretter, SPD-Parlamentarier und Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie und Mark Helfrich, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem Podium der Veranstaltung „Wärmewende im urbanen Raum mit Geothermie“.

Zentrale Elemente

Zentrale Elemente des geforderten Geothermie-Erschließungsgesetzes sind:

- Maßnahmen zur Beschleunigung von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren für tiefegeothermische Projekte
- die Erhebung geologischer Daten sowie
- die Einführung eines staatlichen Risikoabsicherungsmechanismus.

42 Tiefe Geothermieanlagen in Deutschland zeigen: Ist eine Erdwärmequelle erst einmal erschlossen, stellt sie preisstabil und nachhaltig Energie zuverlässig über Jahrzehnte zur Verfügung. Die Technologie ist skalierbar. Die Branche steht bereit. Der Schatz, der unter unseren Füßen liegt, muss nur gehoben werden. □

Ernährungshandwerke in existenzbedrohender Lage:

„Wir können nicht einfach den Stecker ziehen“

Flächendeckende Betriebsschließungen aufgrund nicht mehr zahlbarer Energiepreise befürchtet

Die Landesverbände der bayerischen Fleischer, Bäcker, Müller, Konditoren und Brauer appellieren an die Bundesregierung, schnellstmöglich Maßnahmen zu entwickeln, um den weiteren Anstieg der Energiekosten zu stoppen und auf ein bezahlbares Niveau zu bringen. „Die Entwicklungen an den Energiemärkten in den vergangenen Wochen haben ein existenzbedrohendes Ausmaß erreicht. Wenn sich allein die Kosten für Strom vervielfachen, dann stemmen die Betriebe das schlicht und ergreifend nicht“, sagt Lars Bubnick, Geschäftsführer des Landesinventionsverbandes für das bayerische Fleischerhandwerk, stellvertretend für die fünf Verbände. „Ergreift die Politik hier nicht schnellstmöglich Gegenmaßnahmen, werden Betriebsschließungen die unweigerliche Folge sein.“

Die Ernährungshandwerke erheben folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- Die Regierung soll die Ursachen für die Energiepreissteigerung bekämpfen, indem sie den Gaspreis von den übrigen Energieerzeugungsformen abkoppelt und ein Strommarktpreisdesign schafft, in dem die günstigen Gestehungskosten der erneuerbaren Energien kostenreduzierend wirken können.
- Weiterhin sind die in Bereit-



Sie vertreten die fünf Landesverbände, die sich zu den Bayerischen Ernährungshandwerken zusammengeschlossen haben (v.l.): Dr. Josef Rampl, Geschäftsführer Bayerischer Müllerbund, Daniela Sauer, Geschäftsführerin Konditoren-Innung Bayern, Lars Bubnick, Geschäftsführer Landesinventionsverband für das bayerische Fleischerhandwerk, Stefan Stang, Hauptgeschäftsführer Private Brauereien Bayern, Stephan Kopp, Geschäftsführer Landesinventionsverband für das bayerische Bäckerhandwerk.

Bild: Bayerische Ernährungshandwerke

schaft stehenden bzw. die vor der Abschaltung stehenden Kraftwerke zu nutzen, um das Angebot zu erhöhen und damit den Strompreis deutlich zu senken.

- Bei der Bekämpfung der Symptome der explodierenden Energiepreise in Form von Aus-

gleichsmaßnahmen sollen Programme entwickelt werden, die von kleinen und mittelständischen Betrieben auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können.

- Jetzt gilt es nicht nur Energie einzusparen, sondern auch jede Kilowattstunde des heimischen Potenzials zu heben, um die teure Verstromung von importierten fossilen Energien, wie zum Beispiel Gas, soweit wie möglich zu reduzieren.

Maßgeblicher Faktor für die Versorgungssicherheit

„Viele Betriebe haben große Existenzangst“, weiß Dr. Josef Rampl, Geschäftsführer des Bayerischen Müllerbundes. Die bayerischen Mühlen verarbeiten jedes Jahr rund 1,3 Millionen Tonnen heimisches Getreide zu Lebensmitteln und sind ein maßgeblicher Faktor für die Versorgungssicherheit von Grundnahrungsmitteln in Bayern. „Wir können deshalb nur eindringlich an die Bundesregierung appellieren, Lösungen zu finden, um die Existenz dieser mittelständischen Betriebe zu sichern. Während die Regierung mit Hilfsprogrammen die Symptome bekämpft, sollte sie auch dringend an die Ursachen rangehen und Gas aus der Bereisung von Strom abkoppeln, Stichwort Merit Order-Effekt“, bekräftigt Rampl.

Auch die Bäcker mit ihren energieintensiven Betrieben sind von den Energiepreissteigerungen betroffen. Stephan Kopp, Geschäftsführer des Landesinventionsverbandes für das Bayerische Bäckerhandwerk, fordert: „Die Bundesregierung muss dringend regulierend auf die Energiepreise wirken. Die aktuelle Situation an den Strommärkten ist existenzgefährdend und sie bedroht den sozialen Frieden.“

Dem kann sich die Geschäftsführerin der Konditoren-Innung Bayern, Daniela Sauer, nur anschließen. Viele Konditoreien stehen ebenfalls vor großen Herausforderungen und sehen ihre Existenz bedroht. „Förderprogramme mit Ausgleichsmaßnahmen müssen so gestaltet sein, dass Handwerksbetriebe sich auch tatsächlich dafür qualifizieren können. Die Antragsstellung muss einfach und zeitsparend sein, damit sie von den kleinen Betrieben zu bewältigen ist.“

Teufelskreis

Stefan Stang, Geschäftsführer des Verbandes Private Brauereien Bayern e.V., weist darauf hin, dass seine Branche immer noch mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen habe, in der Lockdowns zu hohen Umsatzeinbußen führten. „Neben den hohen Energiekosten hat die mittelständische Brauwirtschaft das dringliche Problem, dass nahezu keine Kohlensäure für das Abfüllen von Bier und anderen Getränken zur Verfügung steht.“

Es gibt bereits mehrere Betriebe, die aufgrund dieser Tatsache nicht mehr produzieren können“, berichtet er. „In der aktuellen Diskussion sprechen wir lediglich über eine einzige Kostenposition, die Energiekosten, neben der auch viele andere Kosten explosionsartig steigen. Das ist ein Teufelskreislauf, denn diese massiven Kostensteigerungen lassen sich nicht auf die Verkaufspreise umlegen.“

„Man weiß nicht, wie man es stemmen soll“

Zwei Beispiele zeigen, vor welchen Herausforderungen die Betriebe stehen. Markus Schuster, Inhaber alteingesessenen Familienbetriebs Schuster Mühle in Großaitingen im Landkreis Augsburg, fragt sich derzeit, wann er den Stromliefervertrag für das kommende Jahr abschließen soll. Eigentlich wäre jetzt die Zeit, aber Schuster zögert, einen Vertrag abzuschließen, bei dem er fast das Dreieinhalbfache der Stromkosten zahlen müsste. In konkreten Zahlen: In diesem Jahr zahlt er 140.000 Euro für Strom inklusive Nebenkosten und zuzüglich Mehrwertsteuer. Für das kommende Jahr lautet das Angebot seines Energieversorgers 450.000 Euro. „Man weiß nicht, wie man es stemmen soll“, sagt der Müllermeister.

Neben den explodierenden Energiepreisen macht ihm auch der durch den Krieg in der Ukraine stark gestiegene Getreidepreis zu schaffen. Die Schuster Mühle hat einen durchschnittlichen Strombedarf von 670.000 Kilowattstunden im Jahr. 2016 hat Schuster eine neue Mühle angeschafft, die pro Tonne Mehl 20 bis 30 Prozent weniger Strom benötigt als die alte. Größere Einsparungen sind deshalb

kaum mehr möglich. Die größeren Mühlen sind also noch von deutlich höheren Energiekostensteigerungen betroffen.

Metzgerei Max: 233.000 Euro Mehrkosten für Strom im Jahr
Welche Auswirkungen die Energiepreisespllosion hat, zeigt auch das Beispiel der Metzgerei Max im oberfränkischen Hof. 2021 hat Thomas Köhn, Inhaber der Metzgerei Max in Hof, Stromkosten von 87.950 Euro.

Wenn er den Angebotspreis aus dieser Woche für 2023 ansetzt, wären es Stromkosten von 321.034 Euro, das heißt, Mehrkosten von rund 233.000 Euro im kommenden Jahr.

„Wir haben ja auch noch mit anderen Preissteigerungen, zum Beispiel bei Gläsern und Dosen, zu kämpfen und die Personalkosten steigen auch“, ergänzt der Firmenchef. Im August hat er noch die Löhne erhöht, da seine 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch unter der Inflation zu leiden haben. Viele Möglichkeiten, den Energiebedarf zu reduzieren, hat Köhn nicht. „Wir haben kühlpflichtige Produkte und können nicht einfach den Stecker für die Kühlhäuser ziehen.“

Über die Bayerischen Ernährungshandwerke

In den Bayerischen Ernährungshandwerken haben sich der Verband Private Brauereien Bayern, der Landesinventionsverband für das bayerische Bäckerhandwerk, der Fleischerverband Bayern, die Konditoreninnung Bayern sowie der Bayerische Müllerbund zusammengeschlossen. Gemeinsam stehen sie für rund 100.000 Mitarbeiter und 10.000 Auszubildende in mehr als 8.000 Lebensmittelbetrieben. Insgesamt setzen diese fünf Gewerke rund 8 Milliarden Euro pro Jahr um – nur in Bayern. □

Spatenstich für bayerische Wasserstoffherzeugung

In Pfaffenhausen beginnt der Bau eines 5-Megawatt-Elektrolyseurs

Auf dem Gelände des zukünftigen Wasserstoffzentrums in Pfaffenhausen fand im Beisein von Ministerpräsident Markus Söder, Staatsminister Hubert Aiwanger, Vertretern des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV), der Landräte Peter Dreier und Christoph Göbel sowie selbstverständlich des örtlichen Bürgermeisters Florian Hölzl der Spatenstich für den Bau des ersten Fünf-Megawatt-Elektrolyseurs in der Metropolregion München statt. Errichtet wird die Wasserstoffherzeugungsanlage von der Hy2B Wasserstoff GmbH.

Geplanter Produktionsstart in der „HyPerformer Modellregion HyBayern“ der Landkreise Landshut, Ebersberg und München ist für die zweite Jahreshälfte 2023. Nach dem Ausbau auf die Maximalkapazität sollen in Pfaffenhausen jährlich bis zu 1.000 Tonnen sauberer Wasserstoff für den Regionalbusverkehr des MVV, das benachbarte Wasserstoffzentrum, bestehende und neue Wasserstofftankstellen in der Metropolregion München sowie weitere Abnehmer in Bayern erzeugt werden.

Betrieben werden soll die Wasserstoff-Elektrolyseanlage bevorzugt mit erneuerbarem Strom aus einer Photovoltaik-Freiflächenanlage und später auch aus Windkraftanlagen in der Umgebung.

Ideale Ergänzung zum WTAZ

Für Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellt Wasserstoff eine „starke Säule der Ergänzung in der Energiewende“ dar. Allerdings kritisierte er die Förderpolitik des Bundes. Dass vom Bund zugesagte Mittel insbesondere im süddeutschen Raum gekürzt werden, hält er für nicht akzeptabel. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hält den Startschuss für den 5-Megawatt-Elektrolyseur für „eine Ansage an die aktuelle Energie- und Stromkrise. Die Zukunft gehört dem Energieträger Wasserstoff, auch für PKWs und LKWs.“ Diese Anlage sei die ideale Ergänzung zum geplanten Wasserstoff-Technologie- und Anwen- derzentrum (WTAZ). In Pfaffenhausen entsteht ein „bayerischer Wasserstoff-Hub“, dem der Minister „Bedeutung für den gesamten süddeutschen Raum von Bedeutung“ zuschreibt. „Die drei Landkreise Landshut, München und Ebersberg haben mit ihrer gemeinsamen Initiative HyBayern politische Weitsicht bewiesen und konsequent auf die Wasserstoff-Technologie gesetzt. Mit dem ersten Elektrolyseur der Region werden nun Fakten für die Produktion von grünem Wasserstoff geschaffen.“

Das ist der richtige Unternehmensgeist, um optimistisch in die Zukunft zu schauen“, so Aiwanger weiter.

Starkes Signal für zukunftsgerichtete Energieerzeugung

„Der Spatenstich ist ein wichtiges und starkes Signal für zukunftsgerichtete Energieerzeugung. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen energiepolitischen Lage ist es wichtiger denn je, dass wir neue Technologien wie die grüne Wasserstoffherzeugung nachhaltig vorantreiben und mit regionaler Produktion unsere Energieversorgung unabhängiger gestalten. Gleichzeitig gehen wir damit einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung für eine klimaschonende Umgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Warenlieferverkehrs. Im Thema Mobilität finden wir die größte Stellschraube, wenn wir langfristig unsere Emissionen senken und unseren Lebensraum auch für kommende Generationen so lebenswert erhalten wollen“, so Landrat Christoph Göbel.

Ab Betriebsstart soll die Elektrolyseanlage im Mittel 1.200 Kilogramm grünen Wasserstoff pro Tag erzeugen, auf bis zu 450 bar verdichten und in einer Abfüllstation in Druckgastrailer mit einer Kapazität von 1.250 kg abfüllen. Die Lastwagen werden den grünen Wasserstoff unter anderem an zwei Bus- und Lkw-Tankstellen in den Landkreisen München und Ebersberg ausliefern. Dort können dann ab 2023 die ersten zehn Wasserstoff-Brennstoffzellenbusse der HyPerformer-Region HyBayern tanken und ihren Betrieb im Regionalverkehr des Münchner Verkehrs- und Tarifverbands (MVV) aufnehmen. Zusätzliche Busse für weitere Buslinien sind bereits in Planung. Mit dem verbleibenden grünen Wasserstoff werden Kunden aus dem Mobilitäts- und Energiebereich versorgt. Ein Teil des grünen Wasserstoffs soll an die bestehen-

den und geplanten bayerischen Wasserstofftankstellen der H2 MOBILITY Deutschland ausgeliefert werden, um die Dekarbonisierung des Verkehrs in Bayern zu beschleunigen und den Tankstellen-Netzausbau zu unterstützen. Ab 2024/25 soll das in direkter Nachbarschaft des Hy2B-Elektrolyseurs geplante Wasserstoff-Technologie-Anwenderzentrum (WTAZ) mit grünem Wasserstoff beliefert werden.

Bundesweit vier Wasserstoffzentren

Das WTAZ in Pfaffenhausen, das vom Bund mit 72,5 Mio. Euro und vom Freistaat Bayern mit mindestens 30 Mio. Euro unterstützt wird, soll als eines von bundesweit vier Wasserstoffzentren das Nationale Innovations- und Technologiezentrum Wasserstoff (ITZ) mitbegründen. Der grüne Strom für die grüne Wasserstoffherzeugung soll vorwiegend in der Region um die Elektrolyseanlage erzeugt werden.

Den Start macht eine bis zu zwölf Megawatt starke Photovoltaik-Freiflächenanlage der BürgerEnergie Niederbayern eG, die an den Elektrolyseur angeschlossen wird. Dadurch wird ein netzdienlicher und wirtschaftlicher Betrieb des Elektrolyseurs ermöglicht und den regionalen Erzeugern eine kurzfristige Anschluss- und Abnahmemöglichkeit für ihren erneuerbaren Solar und Windstrom geboten. Somit verhilft der Elektrolyseur zusätzlichen erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen zu einer zeitnahen Inbetriebnahme und Grünstrom wird insbesondere dann, wenn das Netz ihn nicht aufnehmen kann, zu grünem Wasserstoff veredelt. Dieser grüne Wasserstoff wird dann in mobilen und stationären Anwendungen genutzt und führt so zu einer jährlichen Einsparung von mehr als 4.500 Tonnen CO₂ in der Modellregion HyBayern.

Die Entwicklung der Region HyBayern als Wasserstoffregion wird im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP2) mit bis zu 20 Mio. Euro durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert. Die Förderrichtlinie wird von der NOW GmbH koordiniert und durch den Projektträger Jülich (PtJ) umgesetzt. □

VERBUND-Projekt SYNERG-E

E-Mobilität und Netzsicherheit sind kein Widerspruch

In den vergangenen vier Jahren hat VERBUND neun lokale Batteriespeicher an Hochleistungs-Ladeständen von SMATRIS EnBW in Österreich und von Allogo in Deutschland installiert und in Betrieb genommen. Damit hat VERBUND im EC-geförderten Projekt SYNERG-E den nächsten wichtigen Schritt auf dem Weg in die Energie-zukunft gesetzt und das Projekt erfolgreich abgeschlossen.

„Mit SYNERG-E haben wir einen Meilenstein für das Zusammenwachsen von Energie- und Mobilitätsinfrastruktur in Europa gesetzt“, fasst Karl Zach, Projektleiter SYNERG-E, VERBUND Corporate Innovation & New Business, die Essenz des zukunftsweisenden Projekts zusammen. „Wir beobachten jetzt schon, dass Schnellladungen deutlich zunehmen und den damit verbundenen steigenden Leistungsbedarf. Mit zunehmendem Ausbau von erneuerbaren Energien wie Wind und PV wird auch die Bereitstellung von Flexibilität für das Stromnetz immer wichtiger. Mit den stationären Batteriespeichern des SYNERG-E Projektes schaffen wir es, beide Problemstellungen anzugehen.“

Mobilität und Netzstabilität

Die Hauptaufgabe der lokalen Batteriespeicher ist die Entlastung des Stromnetzes durch „Peak Shaving“. Wenn E-Autos an Hochleistungs-Ladeständen mit bis zu 350 kW laden, kommt ein Teil der benötigten Energie aus dem lokalen Batteriespeicher. Damit wird sichergestellt, dass das Stromnetz nicht überlastet wird und die Netzgebühren im Rahmen bleiben. In Phasen, in denen die Ladestationen nicht frequentiert sind, werden die bis zu 500 kW / 500 kWh großen Batteriespeicher mit 100% erneuerbarem Strom von VERBUND aufgeladen und deren Flexibilität für Netzdienstleistungen genutzt.

„Bei der Umsetzung des Innovationsprojekts waren die Teams immer wieder mit großen Herausforderungen konfrontiert.“

Mit SYNERG-E haben wir ein völlig neues Thema besetzt und wertvolle Erfahrungen gesammelt, die beim Koppeln von Mobilitäts- und Energieinfrastruktur hilfreich sind“, schildert Projektleiter Zach.

Die Flexibilität aller neun Batteriespeicher kommen am Regelleistung- und Intradaymarkt in Deutschland und Österreich zum Einsatz. Die intelligente Steuerung, stellt sicher, dass die Batterien zu den günstigsten Zeiten aufgeladen und am Energiemarkt vermarktet werden.

Synergien nutzen, Sektoren verbinden

SYNERG-E adressiert die Sektorkopplung von Energie und Mobilität und wurde aus dem ersten Synergy Call der Connecting Europe Facility (CEF) der Europäischen Kommission gefördert. „Nach dem erfolgreichen Projektabschluss werden die Batteriespeicher über die Projektlaufzeit hinaus weiterhin wertvolle Dienste im Energie- und Mobilitätssektor erbringen und damit einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.“

Die Erfahrungen aus dem Projekt haben maßgeblich zur Entwicklung der Produkte und Dienstleistungen mit Batteriespeichern bei VERBUND beigetragen“, ergänzt Karl Potz, Leiter des Centers Battery Solutions, VERBUND Energy4Business. Mit mehr als 70 MW an Großbatteriespeichern in Deutschland positioniert sich VERBUND als starker Partner für deutsche Verteilnetzbetreiber. □

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Stadt Wallenfels im Landkreis Kronach mit 2.600 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 01.05.2014 bin ich hauptamtlicher Erster Bürgermeister, zuvor war ich seit 2008 Zweiter Bürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach Jurastudium und Referendariat war ich Referent für Kommunalpolitik und Büroleiter des Generalsekretärs in der CSU-Landesleitung. Anschließend habe ich für die IHK für Oberfranken, Bayreuth,



Jens Korn

Erster Bürgermeister der Stadt Wallenfels

und zuletzt als Pressesprecher für die Firma Brose Fahrzeugtechnik in Coburg gearbeitet.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Liebe zu meiner Heimat und ihren Menschen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Bürgermeister ist aus meiner Sicht kein „Job“, auf den man sich ausschließlich durch Seminare und Trainings vorbereiten kann. Persönlich fühle ich mich durch meinen Lebenslauf ganz gut für das Amt gerüstet. In der JU habe ich mich schon früh politisch engagiert, mein Studium hat mir wichtiges Handwerkzeug vermittelt und meine späteren beruflichen Aufgaben ermöglichten es mir, ein enges regionales und überregionales Netzwerk zu knüpfen. Die wichtigste Schule für das Amt habe ich allerdings „nebenbei“ durchlaufen: Als Schüler und Student konnte ich mein Taschengeld im Heimdienst des Getränkemarktes meiner Familie aufbessern. In dieser Zeit habe ich vieles über den Umgang mit Menschen gelernt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die größte Herausforderung für unsere Stadt, wie für die gesamte Region, ist der demographische Wandel. Wallenfels hat in den vergangenen 50 Jahren über ein Drittel seiner Einwohner verloren. Die Folge sind Leerstände und eine Infrastruktur, die oftmals eine Nummer zu groß ist. Hinzu kommt, dass aufgrund der schwierigen finanziellen Lage in den letzten Jahrzehnten selbst die notwendigsten Investitionen ausgeblieben sind.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Durch sehr großzügig ausgestattete Förderprogramme des Landes und des Bundes sind wir mittlerweile in der Lage, kräftig zu investieren.

Wir führen Projekte im Rahmen der Förderoffensive Nordostbayern, der Städtebauförderung, der Dorferneuerung und im Straßenbau durch. Das Projekt, das uns am meisten fordert, ist allerdings der Neubau des Feuerwehrgerätehauses mit geschätzten Kosten von rund drei Millionen Euro und einer vergleichsweise niedrigen Förderung. Wir haben uns deshalb Unterstützung durch das Team der BayernGrund geholt. Durch das „Bauamt auf Zeit“ werden die Abläufe deutlich professionalisiert und uns die finanzielle Abwicklung des Projektes erleichtert.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Gemeinsam mit meinem Stadtrat und dem Team in der Verwaltung stehen wir vor einem Investitionsstau von geschätzten 50 Millionen Euro. Für eine kleine Kommune wie unsere ist das eine riesige Herausforderung. Unsere „Baustellen“ betreffen alle Bereiche: Von den Straßen, Abwasser- und Wasserleitungen bis hin zur Revitalisierung unserer Ortsmitte. Viele Wallenfelsler feiern allerdings der Sanierung unseres Freibades entgegen. Mit der Hilfe des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ können wir das Bad nach 50 Jahren ab 2025 für 1,7 Millionen Euro endlich modernisieren.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bewahrt Euch den Idealismus, mit dem Ihr ins Amt gestartet seid, und kombiniert ihn mit dem Realismus, der sich aufgrund Eurer Erfahrungen im Amt einstellen wird.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Zur Bürgerbeteiligung gibt es natürlich zahlreiche Prozesse im Rahmen von Stadtsanierung, Dorferneuerung und für die Belegschaft Personalversammlungen. Entscheidend ist aus meiner Erfahrung etwas Anderes: Man muss sich auch nach mehreren Jahren im Amt die Offenheit für andere Meinungen bewahren und die Bereitschaft zu erkennen, dass man sich auch als Bürgermeister manchmal auf dem Holzweg befindet.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sicherlich viel, die Pandemie war dafür eine strenge Lehrmeisterin. Ich hoffe aber, dass die Kommunalpolitik im Kern analog bleibt. Für mich bedeutet das: meine Mitbürgerinnen und Mitbürger zu treffen, mit ihnen zu sprechen und sich dabei gegenseitig in die Augen zu schauen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen.“ (Don Bosco)

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

... mit einem Lächeln. □

1250 Jahre Moosburg a. d. Isar:

Jubiläumsjahr der Rekorde

In bester Feierlaune befindet sich in diesem Jahr die oberbayerische Stadt Moosburg a. d. Isar. Um 1250 Jahre Moosburg gebührend zu begehen, hat die 20.000 Einwohner-Stadt im Landkreis Freising ein attraktives Rahmenprogramm auf die Beine gestellt, das tausende Gäste noch lange in Erinnerung behalten werden.

Die Klostersiedlung „Mosabyrga“ wurde um 770 erstmals urkundlich erwähnt, 1331 erhielt sie das Stadtrecht. Somit wäre bereits 2021 das große Jubiläumsjahr gewesen. Aufgrund des Pandemiegeschehens konnten die Feierlichkeiten im vergangenen Jahr jedoch nicht über die Bühne gehen.

Um der langen und abwechslungsreichen Geschichte der Stadt Moosburg angemessen Rechnung zu tragen, wurden die zahlreichen ortsansässigen Vereine eingebunden, die ihre Sommer- und Stadtfeste unter das Motto der 1250-Jahrfeier stellen. Aber auch Messen, Märkte, Kultur und Sport prägen über das Jahr gesehen das gesellschaftliche Leben mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen.

Ende Juni bereits feierte die Dreirosenstadt ein grandioses Fest in der Innenstadt. Geschätzt 10.000 Gäste, gekleidet in den Stadtfarben rot und weiß, waren gekommen, um an der 1250 Me-

ter langen Festtafel Platz zu nehmen und eine traumhafte Sommernacht mit Livemusik, Zaubereinlagen und vielfältigen kulinarischen Schmankerln zu genießen – und Teil der längsten Tafel Bayerns zu sein.

Prächtiger Festumzug

Einen weiteren Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete im Rahmen der „Moosburger Herbstschau“ Mitte September ein prächtiger Festumzug durch die Innenstadt, dem mehr als 6.000 Besucher beiwohnten. Unter dem Motto „1250 Jahre Moosburg – wir sind ein Teil davon“ erweckten sage und schreibe 137 teilnehmende Gruppen die Stadtgeschichte wieder zum Leben.

Als Ehrengast durfte Erster Bürgermeister Josef Dollinger Bayerns Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder willkommen heißen. Weitere illustre

Gäste waren u.a. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann, Europapolitikerin Dr. Angelika Niebler, der Freisinger Landrat Helmut Petz, die Bundestagsabgeordneten Andreas Mehlretter und Erich Irlstorfer sowie die Landtagsabgeordneten Johannes Becher und Benno Zierer. Bereits vor dem Festzug trug sich Söder ins Goldene Buch der Stadt ein und schnitt einen 125 Meter langen Hefezopf an, den ein Moosburger Bäcker- und Konditormeister gefertigt hatte. Gegen Spenden für die wohltätige Aktion „Sternstunden“ fand das verteilte Gebäck reißenden Absatz.

Lob des Ministerpräsidenten

Lobende Worte für die Dreirosenstadt fand Bayerns Ministerpräsident in seinem Grußwort: „Ich habe heute alle Termine gestrichen, weil ich nach Moosburg kommen wollte. So viel ehrenamtliches Engagement, wie ihr in euren Festzug gesteckt habt, habe ich selten gesehen. Ihr seid super!“ Er freue sich immer wieder, wenn er raus aus Großstädten in kleinere Orte komme. Bei derartigen Feierlichkeiten gehe ihm das Herz auf. „Der ländliche Raum ist das Herz Bayerns“, betonte Söder. Was sich an diesem Herbstschautag aufs Schönste bestätigte. **DK**



125 Meter lang ist der Moosburger Jubiläums-Hefezopf, den Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Beisein von Bürgermeister Josef Dollinger und Staatsminister Dr. Florian Herrmann anschnitt. Bild: bayern.de

„Was sollen Einzelhändler noch packen?“, fragt sich die Geschäftsfrau. Hinter ihr liegen zweieinhalb schwierige Jahre. „Wird im Oktober wieder die Maskenpflicht eingeführt, werden wahrscheinlich noch weniger Kunden kommen als jetzt“, vermutet sie. Aufgrund von Teuerung und Energiepreisexplosion hätten die Menschen außerdem wohl bald deutlich weniger Geld in der Tasche. Das werde zu weiteren Umsatzeinbußen führen. Die Idee, einen City-Gutschein einzuführen, falle damit ausgerechnet in eine Zeit, in der die Leute ihr Geld zusammenhalten. „Und wahrscheinlich wieder nach dem Billigsten im Internet suchen.“

Dann kauft man auch nicht mehr spontan eine Quitschente oder ein Sticker-Buch, weil der Blick beim Vorüberschleudern am Schaufenster darauf fiel. Wobei schon die Gutscheine des Klinikums laut Petra Muschik zielgerichtet eingesetzt worden waren: „Mein Eindruck ist, dass damit nicht nach Lust und Laune eingekauft wurde.“ Die Kunden des „Holzwurms“ besorgten zum Beispiel Geschenke, die sie auf jeden Fall hätten besorgen müssen. Etwa für den nächsten Kindergeburtstag. Auch wurde selten mehr als der auf dem Gutschein aufgedruckte Betrag ausgegeben.

Während in Aschaffenburg noch viele Fragen offen sind in Bezug auf die Einführung eines Einkaufsgutscheins für die ganze Stadt, verfügt Bad Kissingen über ein altdientes System. „Soweit ich mich erinnere, begannen wir schon vor 40 Jahren mit einem Gutschein auf Papier“, sagt Ralf Ludewig, Einzelhändler aus Bad Kissingen und Bezirksvorsitzender des Einzelhandelsverbands (HDE). Das Wichtigste sei, einen vertrauenswürdigen Projektträger zu finden: „Die Kunden müs-

sen sicher sein, dass der Gutschein, für den sie Geld hergeben haben, beim Einkaufen tatsächlich eingelöst werden kann.“

Mit dem Bad Kissingener Gutschein kann man unter der Woche Mode, Schuhe oder Bücher kaufen und sich am Sonntagmittag zum Beispiel in der „Brasserie Bad Kissingen“ verwöhnen lassen. „Es ist wichtig, möglichst viele Akzeptanzstellen zu haben“, sagt Ralf Ludewig. In Bad Kissingen machen rund 120 Geschäfte, Apotheken, Hotels und gastronomische Betriebe mit. Ralf Ludewig schätzt, dass inzwischen etwa jeder 50. Einkauf per Gutschein getätigt wird. Derzeit ist der Gutschein ausschließlich in Form einer Plastikkarte zu haben. In Kürze soll es jedoch auch eine, ebenfalls von Most entwickelte, digitale Version geben.

Einkaufsgutscheine sollten auf einer verlässlichen und recht einfach umsetzbaren Grundlage beruhen, erklärt Volker Wedde, unterfränkischer Geschäftsführer des Handelsverbands Bayern. Auch er appelliert, vor dem Start eine möglichst große Zahl an teilnehmenden Geschäften zu akquirieren. Je mehr Läden und Betriebe den Gutschein akzeptieren, umso attraktiver sei das Angebot für die Kundinnen und Kunden.

Einkaufsgutscheine können laut dem Handelsverband Unterfranken die Kaufkraft am Ort halten. City-Schecks fielen unter die „Top 10“ der wirksamsten Gemeinschaftsaktionen, habe eine bayerische Studie ergeben. In der Untersuchung schätzten 87 Prozent der Befragten beispielsweise das Kosten-Nutzen-Verhältnis als positiv ein. Die Gutscheine helfen laut Handelsverband bei der Steigerung des städtischen Images, bei der Kundenansprache und der längerfristigen Kundenbindung. **Pat Christ**

Das stärkt Händlern den Rücken

Auch in Aschaffenburg soll es bald einen City-Gutschein geben

Warum sollte man extra in die Stadt kutschieren? Einkaufen kann man ja auch von zu Hause aus. Und zwar ganz bequem. Bei Amazon. „Das schadet dem Einzelhandel allerdings enorm“, sagt Thomas Most aus Kitzingen. Mit einem City-Gutscheinsystem zur lokalen Kaufkraftbindung versucht der Softwareentwickler, gegenzusteuern. In 80 Städten wird sein System inzwischen eingesetzt. So ist es zum Beispiel seit Jahresbeginn auch in Aschaffenburg möglich, mit einem Einkaufsgutschein zu shoppen.

Während der Corona-Krise hatten Einzelhändler nichts zu lachen. Längere Zeit waren die Läden dicht. Dann gab es Einlassbeschränkungen. „Für Amazon und Co. war diese Zeit eine Erfolgsgeschichte“, sagt Thomas Most. Mit fatalen Folgen. Mehrere Läden in Unterfranken mussten für immer schließen. Vor diesem Hintergrund freut sich der ehemalige Geschäftsführer des Stadtmarketings Kitzingen, dass das von ihm entwickelte Gutscheinsystem auf so großes Interesse stößt. In Aschaffenburg kam die Initialzündung zur Einführung vom Klinikum. Was ungewöhnlich ist: „Normalerweise geht die Initiative vom örtlichen Stadtmarketing aus.“

Arbeitgeber dürfen ihren Beschäftigten eine bestimmte Summe an steuer- und sozialversicherungsfreien Sachbezügen zusätzlich zum Gehalt gewähren. Seit Januar liegt die Obergrenze

bei 50 Euro. Auf dieser gesetzlichen Möglichkeit beruht der Gutschein des Klinikums Aschaffenburg-Alzenau. „Rund 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegedienst erhielten zwischen Januar und Mai monatlich einen Einkaufsgutschein in Höhe von 30 Euro“, berichtet Pressesprecherin Annika Hollmann. Die Aktion war als Dankeschön für den Einsatz der Pflegekräfte während der Corona-Krise gedacht. Weit mehr als 100.000 Euro nahm das Klinikum dafür in die Hand.

Das Geld bleibt in der Region

Eben weil in den vergangenen Monaten so viel im Netz gekauft wurde, wollte das Klinikum eine Dankeschön-Aktion anstoßen, bei der das Geld in der Region bleibt. Die Initiative animierte weitere Aschaffener Firmen, sich bei ihren Mitarbeitern ebenfalls mit Gutscheinen zu bedan-

ken, berichtet Christian Patalong, der bei der Stadt für Wirtschaftsförderung zuständig ist. Seitens der Stadt sei geplant, einen Gutschein für alle Kunden in Aschaffenburgs City einzuführen: „Noch ist diese Idee allerdings nicht zu Ende gedacht.“ So müsse man noch einen Träger für das Projekt finden: „Das könnte beispielsweise eine Bank sein.“

Allgemeiner City-Gutschein gewünscht

Dass sich das Klinikum bei seinen Pflegekräften mit einem Geschenk bedankte und obendrein noch etwas Gutes für den örtlichen Einzelhandel tat, findet Petra Muschik vom Aschaffener Spielwarengeschäft „Holzwurm“ klasse. Über 40 Gutscheine wurden bei ihr eingelöst. Schön wäre es für die Einzelhändlerin, würde aus dem Gutschein für Mitarbeiter größerer Firmen ein allgemeiner City-Gutschein. Lokalen Einzelhändlern den Rücken zu stärken, wird nach ihrer Auffassung immer wichtiger: „Wir selbst leiden bereits seit einigen Monaten unter nachlassender Kundenfrequenz.“ In den Winter blickt Petra Muschik wenig optimistisch: „Ehrlich gesagt, sehe ich schwarz.“

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Krisendienst Psychiatrie Oberbayern:

„Kompetente Hilfe beruhigt, entlastet und stabilisiert“

Am 10. September findet alljährlich der Welttag der Suizidprävention statt. Er dient dem Gedenken an Menschen, die durch Suizid gestorben sind. Hilferufe von Menschen, die in einer seelischen Krise ihr Leben beenden wollen, erreichen immer wieder auch den Krisendienst Psychiatrie Oberbayern. Im Interview erklärt die ärztliche Leiterin der Leitstelle, Dr. Petra Brandmaier, wie der Krisendienst die Anrufenden unterstützt und welche Hilfen er anbietet.

Pro Jahr nehmen sich in Deutschland fast 10 000 Menschen das Leben, mehr als 100.000 versuchen es. Die Zahl der vollendeten Suizide ist höher als die Summe der Opfer von Verkehrsunfällen, der Krankheit AIDS, von Gewaltverbrechen und illegalen Drogen zusammen. Ist es nicht endlich Zeit, das Thema Suizid zu enttabuisieren, offen darüber zu sprechen und mehr Hilfen anzubieten?

Dr. Petra Brandmaier: Sie sprechen mir aus der Seele! Suizidgedanken, Lebensmüdigkeit, Sterbewünsche gehören in schwierigen Lebenslagen, bei leidvollen Lebensgeschichten, bei schweren Kränkungen – einfach bei Krisen jeder Art – zum menschlichen Denken dazu. Fast jede und jeder von uns kennt sie, zumindest flüchtig.

Und wir hier beim Krisendienst wissen, welcher Sog

durch den vollendeten Suizid einer bekannten Persönlichkeit entstehen kann. Angebote, dieses Thema scham- und schuldbehaftet anzusprechen, sind dringend erforderlich. Gespräche sind der erste Zugang zu jeder weiteren Hilfe und direkte Suizidprophylaxe.

Deutliche Zunahme unter Kindern und Jugendlichen

Beim Krisendienst unterstützen Sie auch Menschen mit Suizidgedanken. Wie oft erreichen Sie Anrufe von Menschen, die sich das Leben nehmen wollen?

Brandmaier: Insgesamt hatte der Krisendienst Psychiatrie Oberbayern im Jahr 2021 rund 29.000 Telefonkontakte. In 11,4 Prozent der Fälle spielte Suizidalität eine Rolle. Glücklicherweise gab es in den letzten Jahren laut Statistik und trotz Corona keine Zunahme der Suizidzahlen. Allerdings ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen die Rate der Suizidversuche angestiegen.

Gerade für die Altersgruppe der 10- bis 20-Jährigen haben seelische Belastungen und psychiatrische Erkrankungen deutlich zugenommen.

Wer wendet sich öfter an den Krisendienst: die Betroffenen selbst oder Angehörige?

Brandmaier: Den größten Anteil machen Anrufe der Betroffenen aus. 2021 waren es 65 Prozent. Platz zwei nehmen mit 20 Prozent die Kontaktaufnahmen durch Angehörige oder das nähere Umfeld ein. Der Anteil der Fachstellen, die uns kontaktieren, liegt bei vier Prozent.

Anzeichen beachten

Gibt es Anzeichen, auf die Angehörige und das soziale Umfeld achten sollten?

Brandmaier: Ungewohnte Schweigsamkeit, Rückzug aus sozialen Begegnungen, auch Reizbarkeit, die man so von einer vertrauten Person nicht kennt, Schlafschwierigkeiten oder eine Einengung des Denkens können Hinweise sein. Aber auch eine plötzliche Besserung des Befindens – die sogenannte Ruhe vor dem Sturm – nach einer sehr niedergestimmten Zeit kann ein Warnsignal sein.

Hilfe in Anspruch nehmen

Was raten Sie, wenn Angehörige diese Anzeichen bemerken?

Brandmaier: Generell möchte ich dazu ermutigen, immer das Gespräch zu suchen, nachzufragen, sich zu interessieren, offen zu sein. Wichtig ist, Urteil und Wertung dabei zu vermeiden. Und ganz unbedingt: sich nicht zu scheuen, Hilfe in Anspruch zu nehmen! Das können Menschen aus der Familie oder dem Freundeskreis sein, der Hausarzt oder eben auch der Krisendienst. Wir stehen 24/7 – also rund um die Uhr – für alle in Oberbayern lebenden Menschen zur Verfügung.

Was sind Gründe für den Wunsch, aus dem Leben zu scheiden?

Brandmaier: Die Beweggründe sind mannigfaltig und sehr individuell. Vielen gemeinsam ist jedoch der Wunsch, die aktuell unerträglichen Gefühle nicht mehr aushalten zu müssen und anderen nicht mehr zur Last zu fallen und der Glaube, dass es keinen anderen Ausweg gibt.

Brandmaier: Zunächst versuchen wir eine vertrauensvolle Gesprächsbasis zu schaffen. Wir wollen ergründen, warum der Kontakt mit uns stattfindet und warum gerade jetzt. Es ist uns

Bürger besser beteiligen

Spannende IT-Projekte von Würzburger Studentinnen für Kommunen

Bürger, die ihre Gemeinde mitgestalten möchten, wollen über lokalpolitische Pläne aufgeklärt werden, ohne dabei in einem Meer von Informationen zu ertrinken. Im studentischen IT-Projekt „Mach mit!“, für dessen Start sich die Würzburger Studentin Marie Hauptmann engagiert hat, geht es genau darum: Bürgerbeteiligung soll durch knackig aufbereitete Informationen einfacher werden. Öffentlich präsentiert wurden dieses und weitere IT-Projekte Würzburger Studenten im Juli an der Uni Würzburg.

„Unsere Projektgruppe kooperiert mit der Stadt Würzburg“, berichtet die 25-Jährige, die im vierten Mastersemester Management studiert. Würzburg hat bereits eine Beteiligungsplattform. Die wird im Projekt von den Studenten gesichtet, bewertet und überarbeitet.

Mehr Bürgerbeteiligung

Mit der Nachrichtenübermittlung ist es im Zeitalter des Simens, Chatters und Twitters so eine Sache: Welche Info ist unabdingbar essenziell? Was ist nicht ganz so wichtig? Diese Fragen haben gerade auch bei Mitwirkungsinitiativen eine hohe Relevanz angesichts der Tatsache, dass viele Menschen heute ungerne ellenlange Texte lesen. Doch genau solche langen Texte finden sich laut Marie Hauptmann aktuell noch auf der Beteiligungsplattform der Stadt Würzburg: „Zum Beispiel bei der Vorstellung der geplanten Straßenbahnlinie auf Hubland.“ Die Studenten der Projektgruppe tüftelten an einer besseren „Usability“. Das Konzept soll zu mehr Bürgerbeteiligung anregen.

Bürger sollen sich durch die neue Webseite aber nicht nur ohne viel Mühe über kommunale Projekte informieren können. Das Format, das auch von Bildungseinrichtungen und Organisationen genutzt werden könnte, soll grundsätzlich die Hemmschwelle senken, sich aktiv an Planungen zu beteiligen. Vor allem an Schulen und in Vereinen sollen zu dem Demokratieprozesse durch „Mach mit!“ erlebbar werden.

Auf welche Weise könnte man erreichen, dass sich Geflüchtete in Würzburg schneller wohl-

fühlen? Diese Frage war Ausgangspunkt für ein IT-Projekt, an dem Pauline Jung mitwirkte. Die 23-Jährige befindet sich aktuell im 2. Semester des Masterstudiengangs „Diversitätsmanagement“ an der Uni Würzburg. Zusammen mit fünf Kommilitonen realisierte sie in den letzten Wochen eine „Multilinguale Schnitzeljagd für Geflüchtete“. Die erste Version liegt inzwischen als Dummy vor.

„Ich habe durch das Projekt wirklich sehr viel dazugelernt“, sagt Pauline Jung. Etwa bei der Suche nach Orten und Organisationen, die für geflüchtete Menschen interessant sein könnten. Wer sich mit der App auf Online-Schnitzeljagd begibt, stößt zum Beispiel auf die Würzburger Kulturtafel: „Die ermöglicht kulturelle Teilhabe, indem sie kostenlose Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen vermittelt.“ Auf Englisch, Deutsch, Ukrainisch und Russisch lernen die Geflüchteten außerdem das Käppele, die Mainwiesen und die Festung kennen.

Viele IT-Projekte werden nach der alljährlich veranstalteten „Projektiade“ ad acta gelegt. Dieses Schicksal soll der „Multilinguale Schnitzeljagd“ nicht widerfahren. Pauline Jung und ihre Kommilitonen suchen gerade eine Organisation, die bereit wäre, die App zu übernehmen, damit auch andere Städte die Chance erhalten, sie künftig zu nutzen. Bisher hat unter anderem der Bayerische Jugendring Interesse daran signalisiert.

Organisiert wird die „Projektiade“ alljährlich von Harald Wehnes, der am Institut für Informatik lehrt. Neun Teams präsentieren in diesem Jahr digitale Gründungsprojekte.

Pat Christ



Landrat Raimund Kneidinger (2.v.r.) mit seinen Kindern Ludwig (v.r.) und Frida hat von Rettungshundestaffelleiter Karl Deml und dem Leiter Rettungsdienst des BRK-Kreisverbandes Passau, Klaus Achatz die Patenschaftsurkunde für Rettungshündin Walli erhalten. Die Schäferhündin erweitert das Team der BRK-Rettungshundestaffel. Ihre Ausbildung dauert ca. zwei Jahre.

Bild: LK Passau

GZ PINOS WELT



Manchmal geben uns Politiker ja einen offeneren Blick in ihre private Lebensplanung, ja in ihre Seelenlage. So Kevin Kühnert, der Generalsekretär der am Wahltag größten Regierungspartei im Bund. An einer Stelle beklagte er sich, dass er in Berlin keine Mietwohnung finde, die er sich leisten will. (Da hat er Glück, dass der Bundestag nicht in München oder Frankfurt sitzt.) An anderer Stelle machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube und bekannte offen, dass Wohneigentum für ihn nicht in Frage käme. Viel zu viel Verantwortung, viel zu viele Verwaltungsarbeiten drum herum, viel zu viele Aufgaben, die schlussendlich an einem hängenbleiben, wenn einem die Wohnung gehört. Und schließlich sei er in einem Berliner Kiez aufgewachsen, wo man nun einmal mietet und nicht Eigentum bildet.

Die Übersetzung von Freiheit heißt Verantwortung

Eigentlich rührend. Auch in anderen Städten, wie zum Beispiel Wien, liebt man den Gemeindegarten und träumt nicht von der Eigentumswohnung. Der Kevin von der 4er-Stiege also.

Jetzt sei mal dahingestellt, warum Leute lieber zu Miete wohnen als im Wohneigentum. Sehr viele können sich halt eine Eigentumswohnung bei den astronomischen Preisen und wieder hohen Zinsen nicht leisten. Andere schätzen die Mobilität des Mieters, der ohne allzu großen Vorlauf in ein anderes Viertel ziehen kann, wenn ihm seine Wohnumgebung nervt oder in eine andere Stadt wegen eines tollen Jobangebots. Ja, es mag auch so etwas wie eine Verwurzelung in von Mietwohnungen geprägten Stadtmilieus geben. Und es gibt halt die Verantwortungsscheuenden à la Kevin Kühnert.

Klar ist es bequemer, bei einem Heizungsausfall beim Vermieter anzurufen, damit der stante pede einen Heizungsmonteur vorbeischicken soll. Nachzuschläge inklusive. Beim tropfenden Wasserhahn den Engländer zur Hand nehmen? Ist Sache des Vermieters. Baulärm am Nachbargrundstück? Mietminderung 10 Prozent.

ein grundlegendes Anliegen, Interesse zu zeigen, Anteil zu nehmen und zu verstehen, in welcher Situation sich ein Mensch befindet. Im Weiteren ist es uns wichtig, den in der Regel extrem eingegengten Blick unserer suizidalen Klientinnen und Klienten wieder zu weiten, um gemeinsam erste Lösungsschritte zu entdecken und zu erarbeiten, wie sie genutzt werden können.

Welche Hilfen kann der Krisen-



Dr. Petra Brandmaier.

Bild: Bezirk Oberbayern

dienst anbieten?

Brandmaier: Zunächst bieten wir eine telefonische Entlastung und Klärung der Situation an. Wir beraten und informieren außerdem über weitere geeignete Stellen, wo man Hilfe bekommt. Dies ist in den meisten Fällen ausreichend. Darüber hinaus haben wir in der Leitstelle die Möglichkeit, mobile Einsatzteams zu beauftragen, die direkt zum Ort der Krise fahren können oder an festgelegten Standorten für persönli-

che Kontakte zur Verfügung stehen. Wir kooperieren mit psychiatrischen Ambulanzen und Versorgungskliniken sowie für akute Notfälle auch mit der Polizei und Rettung.

Nach der akuten Krise: Wie gelingt es, die Betroffenen zu stabilisieren?

Brandmaier: Die Anrufenden haben zumeist einen sehr eingegengten Blickwinkel, das sogenannte Tunnelempfinden. Diesen Blick aufzumachen, hilft oft schon viel. Damit die Betroffenen wieder erkennen können, was doch noch möglich ist. Wir nehmen uns Zeit, um wirklich zu erfassen, um was es geht. Ein Stück weit halten wir gemeinsam mit dem Anrufenden aus, was ihn belastet. Aber auch die Organisation von Unterstützung, die Vermittlung in fachkompetente Hilfen oder der Hinweis, wohin sich jemand mit seinem Problem im Weiteren wenden kann, beruhigt, entlastet und stabilisiert.

Mitarbeitende in belastenden Situationen begleiten

Kam es schon vor, dass Sie nicht helfen konnten und sich jemand das Leben nahm?

Brandmaier: Ich arbeite jetzt seit 2017 für den Krisendienst, und glücklicherweise sind mir im direkten Zusammenhang mit der Leitstelle keine Suizide bekannt. Während meiner psychiatrischen Tätigkeit kam es vier Mal vor, dass ich eine Patientin oder einen Patienten durch Suizid verloren habe. Jede einzelne Person ist mir deutlich in Erinnerung, und es macht mich immer noch wehmütig, wenn ich an sie denke. Die Frage nach dem Warum und danach, was ich anderes hätte tun

Der Wohnungseigentümer hat sich um all das selbst zu kümmern. Zudem darf er noch die Grundsteuererklärung abgeben (was außerhalb Bayerns wohl einer Raketenwissenschaft gleichkommt), stundenlang auf Eigentümerversammlungen für einen neuen Fassadenanstrich kämpfen, muss alle Normen der Bausicherung beachten, die Heizung, den

Rauchmelder und den Spülkasten warten lassen, sowie alle Nase lang den Einbau von noch smarteren Wasser-, Gas- oder Stromzählern dulden.

Wer jetzt optimistisch denkt, dass die Partei von K. K. oder wenigstens die Bundesregierung diese Leistung von Eigentümern und Vermietern würdigen würde, der glaubt auch an den sprichwörtlichen Wurstvorrat eines Hundes. In Ballungsgebieten gibt es längst unübersehbare Mietendeckel- und -obergrenzen. Modernisierungen dürfen nicht mehr zu 11 Prozent auf die Miete aufgeschlagen werden, auch wenn sie, etwa beim Fenstertausch, die Nebenkosten der Mieter senken. Und als Hassobjekt auf Mobilisierungsdemos der Linken leistet die Fratze des gierigen Vermieters immer gute Dienste, auch wenn in Deutschland immer noch der meiste Wohnraum von Privatleuten vermietet wird, nicht von Wohnungsgesellschaften. Diese Privaten werden übrigens bei allen Schutzschirmen, ob Corona oder Energie, immer außen vor gelassen, auch wenn sie wegen Betriebsuntersagungen Miet-einbußen haben oder jetzt für die absehbar horrenden Heizkosten im kommenden Winter in Vorleistung treten müssen.

Nun, als Kater bin ich nicht rechtsfähig und könnte kein Eigentum erwerben, deshalb ist die kostenfreie Miete beim Bürgermeister für mich alternativlos. Aber ich beschimpfe ihn auch nicht unablässig dafür, dass er sich um meine Lebensumgebung kümmert und denke nicht dauernd angestrengt darüber nach, wie ich ihm das Leben noch ein Stück versauern kann. Vielleicht sollte unsere Gesellschaft den viel beschworenen Respekt auch mal vermeintlich „Starken“ zollen, die – nicht uneigennützig, aber effektiv – Verantwortung für die Wohnungswirtschaft übernehmen? Denn wie sagt es Joachim Gauck: „Die Übersetzung von Freiheit heißt für Erwachsene Verantwortung.“

Ihr Pino

können oder was ich unter Umständen versäumt habe, stelle ich mir heute noch.

Wie gehen Sie und Ihre Mitarbeitenden mit solch belastenden Situationen um?

Brandmaier: Die Nachbesprechungen mit Kolleginnen und Kollegen, Vorgesetzten und der Fallsupervision helfen und sind extrem wichtig. Aber auch das Bewusstsein, dass wir die Möglichkeit des Suizids immer mitdenken und ansprechen müssen, ist mir wichtig.

Und dass wir nicht müde werden dürfen, alles zu versuchen und anzubieten, um diesen Schritt zu verhindern. Mit dem Krisendienst gibt es zum Glück bayernweit ein niederschwelliges Rund-um-die-Uhr-Angebot, das hoffentlich vor allem auch suizidale Menschen erreicht.

Weitere Informationen

Der Krisendienst Psychiatrie Oberbayern gehört zum bayernweiten Netzwerk Krisendienste Bayern (www.krisendienste.bayern) und ist rund um die Uhr erreichbar.

Unter der einheitlichen Rufnummer 0800 / 655 3000 werden die Anrufenden zu der für ihren Wohnort zuständigen Leitstelle geroutet. 2021 hatte der Krisendienst Psychiatrie Oberbayern rund 29.000 Telefonkontakte. Die mobilen Krisenteams haben fast 2 000 Vor-Ort-Einsätze durchgeführt. Der Bezirk Oberbayern finanziert den Krisendienst Psychiatrie mit rund 16 Millionen Euro pro Jahr; dazu steuert der Freistaat Bayern für die Kosten der Leitstelle rund 3,1 Millionen Euro bei. □

Glasfaserausbau:

5G+ im Landkreis Cham

Landrat Löffler stellt die erste an das Landkreis- Glasfasernetz angebundene Vodafone Mobilfunkstation vor – weitere folgen in nächster Zeit

Der Breitbandausbau im Landkreis Cham ist in vollem Gange. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger können dank dem Landkreisznetz jetzt mit Gigageschwindigkeit surfen. Nun erreicht der Ausbau einen weiteren Meilenstein. Der erste Mobilfunkmast wurde an das Glasfaser-Landkreisznetz angebunden. Damit hat Vodafone nun die Voraussetzungen, an dieser Station, Mobilfunktechnik 5G+ zu realisieren. Neben der ersten 5G+ Station in Lam und in weiteren sechs Gemeinden, kann durch den Ausbau des Landkreises auch die Mobilfunkversorgung verbessert werden. „Es war mir von Anfang an ein Anliegen, nicht nur die Versorgung der weißen Flecken mit schnellem Internet sicherzustellen, sondern durch die Partnerschaft mit Vodafone auch die Mobilfunkversorgung im gesamten Landkreis auf das aktuelle technische Level zu heben! Dazu trägt unser Ausbau erheblich bei, denn die Vodafone kann so deutlich mehr und auch stabiler die notwendige Bandbreite an den Mobilfunkmasten zur Verfügung stellen. So schaffen wir die Voraussetzungen für Zukunftsthemen wie z.B. das autonome Fahren“ freut sich Landrat Löffler.

Bürgermeisterin Heike Fries, Markt Falkenstein, ergänzt: „Eine gute Mobilfunkabdeckung in einer Region ist ein zentrales Thema für Bürgerinnen und Bürger, alsässige Gewerbetreibende und Kommunen. Ich bin Landrat Franz Löffler daher sehr dankbar, dass wir bereits vom Glasfaserausbau profitiert haben und jetzt auch noch im Bereich Mobilfunk eine maximale Verbesserung erreichen!“

Insgesamt betreibt Vodafone bisher 41 Mobilfunkstandorte im Landkreis. An 17 Standorten ist bereits 5G möglich. Das noch leistungsfähigere 5G+ ist in Lam und weiteren sechs Gemeinden seit kurzem empfangbar, weitere folgen, so auch in Falkenstein, dank der Anbindung des Landkreises. Seitens Vodafone erklärte Rolf Peter Scharfe „Vodafone baut das moderne 5G+ Netz auch in Cham auf. Die gute Zusammenar-

beit mit dem Landkreis macht zudem die Anbindung unserer Mobilfunkstation ans Glasfasernetz möglich. Wir freuen uns, dass der Landkreis uns angeboten hat, unsere Masten zu erschließen und wir dadurch künftig eine noch bessere Versorgung anbieten können. Gerade in ländlichen Räumen ist das immer wieder eine Herausforderung. Im Landkreis Cham ändert sich diese Situation durch das Landkreisprojekt merklich.“ Christian Schilling ergänzte „Vodafone wird bis 2025 mehr als neun Standorte eigenwirtschaftlich errichten, so dass dann über 50 Mobilfunkmasten im Landkreis die Versorgung mit 5G und 5G+ sicherstellen.“

In diesem Zusammenhang erwartet der Landkreis mit Spannung auch die Ergebnisse der in

Auftrag gegebenen Mobilfunkmessung im gesamten Landkreis. „Wir erhalten durch die erhobenen Mobilfunkdatensätze, Analysen und Auswertungen einen guten Überblick über die aktuelle Versorgungssituation. Im Anschluss sind Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern beabsichtigt, um weitere Optimierungen zu erreichen. Schließlich ist eine ausreichende Mobilfunkversorgung neben der Versorgung mit Glasfaser ein wichtiger Baustein für eine funktionierende digitale Infrastruktur in unserer Region. Unser Anspruch ist es, den Landkreis in den nächsten Jahren flächendeckend mit Glasfaser zu versorgen. Die Bürger des Landkreises Cham werden die gleichen Chancen wie in Metropolregionen haben“, betonte Löffler.

Über das Landkreis-Glasfaserprojekt:

Das Projekt ist eine der größten Glasfaser- Ausbaumaßnah-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Beilage von Mammut-Schneeketten und ein Kalender der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

men Deutschlands und das größte in Bayern. Es werden über 1.900 km Leitungstrasse gegraben und über 19.000 unterverteilte Adressen mit weniger als 30 Mbit/s (sogenannte weiße Flecken) erschlossen. Das Investitionsvolumen beträgt mehr als 180 Millionen Euro. Das Glasfasernetz wird durch die Bundesförderung Breitband zusammen mit der höchsten Förderung in der Geschichte der bayerischen Breitbandförderung ermöglicht. Der Eigenanteil von rund 10 Prozent wird durch die 37 (von 39) am Ausbau beteiligten Gemeinden und den Landkreis Cham finanziert. Zur Durchführung wurde 2019 der Eigenbetrieb Digitale Infrastruktur Landkreis Cham gegründet. Gepachtet wird das Landkreis-Glasfasernetz von Vodafone. Im Oktober 2020 wurden die Bauarbeiten im südwestlichen Landkreis begonnen. □



Der Bund der Vertriebenen (BdV) Bayern unter Regie des Landesvorsitzenden Christian Knauer (Aichach) lud zur Landestagung verbunden mit dem Tag der Heimat in die oberbayerische Kultur- und Heimatverbundenen Stadt Waldkraiburg ein. Der Landesvorsitzende appellierte an die Delegierten und Gäste den Zusammenhalt zu wahren um der Heimat zu erinnern und das Kulturgut zu sichern. Das Bild zeigt v.r.: Kurt Aue (Augsburg) Kreisvorsitzender BDV Augsburger Land, MdL Andreas Jäckel (Augsburg) Bezirksvorsitzender BdV Schwaben, Helga Aue (Augsburg) Schriftführerin Sudetendeutsche Landsmannschaft Kreisgruppe Augsburger Land, Ernst Schröder (Waal) Landsmannschaft Pommern, Dr. Hella Gerber, Stadträtin (Augsburg), BdV Kreisvorsitzende Stadt Augsburg, Leo Schön (Gersthofen), Beisitzer Bezirksverband Schwaben der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bezirksrätin Annemarie Probst, Grüne (Meitingen) Vorstandsmitglied BdV Bayern, Wilhelm Böld (Augsburg) Westpreußen, Pia Lingner und Juri Heisser (Augsburg), Landsmannschaft der Deutschen a. Russland. Bild: Christine Hadolitsch (Geretsried)

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Die Wahl um das Bürgermeisteramt in Theisseeil im Landkreis Neustadt/Waldnaab ist entschieden: Mit 60,3 Prozent der Stimmen setzte sich Johannes Kett (CSU) gegen seinen Kontrahenten von den Freien Wählern Oswald Lingl durch, der 39,7 Prozent auf sich vereinte. Die Abstimmung war notwendig geworden, nachdem Bürgermeisterin Marianne Rauh (CSU) im Juni verstorben war. Die Wahlbeteiligung betrug 77 Prozent.

Bei der Bürgermeisterwahl in Buttenwiesen (Landkreis Dillingen) ist Amtsinhaber Hans Kaltner (CSU) wiedergewählt worden. Für den einzigen Kandidaten votierten 93,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 30,3 Prozent.

Neuer Bürgermeister in Grettstadt (Landkreis Schweinfurt) ist Jens Machnow (CSU). Für den 49-jährigen Unternehmer votierten 56,7 Prozent der Wähler. Marion Mönig (FW) und Birgit Reinhard (Wählergemeinschaft Untereuerheim) kamen auf 21,6 bzw. 21,7 Prozent der Stimmen. Die Beteiligung unter den etwa 3.400 Wahlberechtigten betrug 64,7 Prozent. DK

Vorschau auf GZ 19/2022

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 7. Oktober 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser • Pflegeheime • Rehabilitation
- Schulen • Kindergärten • Horte • Spielplätze
- Kommunalfahrzeuge • Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau • Forst • Friedhof

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
 www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG - Martha Müller - 0711/900357-72 - windimwald@juwi.de - www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
 www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
 Masten
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!
www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
 ext. DSB
 ext. ISB
 LSI-Siegel
 CISIS12
 Schulungen
 eLearning

insidas
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSICHERHEIT

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
 Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Kulmbach, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH
 Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing
 für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung • planung • vertrieb
 grünwäre • lichtschlauch • led

deko-jochum
 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

SCHNEEKETTEN FÜR DEN WINTERDIENST



 **Made in Germany**



 **Made in Germany**



 **Made in Germany**



SOLIDA-HP - Rundglieder mit Greifstegen, Feinkorn-Edelstahl



SOLIDA - Engmaschige Netzkette Kantenstahl mit Verstärkungsgliedern



ATTACK - Engmaschige Netzkette Kantenstahl, mit Stegplatten und aufgeschweißten Stummeln



Meine persönliche Erfahrung:

„Tolle Qualität und professioneller Service. Die Laufleistung ist unglaublich, das haben wir mit keiner anderen der namhaften Ketten geschafft.“

FELIX - BAUHOFLEITER

Weitere Referenzen erläutern wir Ihnen gerne im persönlichen Gespräch.



EINE AUSFÜHRLICHE BESCHREIBUNG UND WEITERE VARIANTEN FINDEN SIE UNTER:

WWW.MAMMUT-SCHNEEKETTEN.COM

... vom Profi für Profis!

Anfrageformular siehe Rückseite >>



Anfrage Schnee- und Traktionsketten

Per Fax: +49 77 31 54 9 35

Per Mail: info@mammut-schneeketten.com

Fahrzeug

Traktor Unimog LKW Radlader Stapler / Sonderfahrzeuge

Bereifung

Dimension

Marke

Profil + Profilhöhe

Sommer Winter rundeneuert AS-Profil Industrial

MPT SE/Vollgummi L2/L3 L4/L5

Einsatzart

Leicht Mittel Schwer

Bedarf

Garnituren/Paar

Aktuell in Verwendung

siehe Angaben auf Spannhebel und/oder Haken

Ketten-Marke/Typ

Bezeichnung/Nummer

Firma

Ansprechpartner

Straße

PLZ/Ort

Telefon

Telefax

E-Mail

Stempel und Datum

- [PRÜFSTATIK]
- [BAUWERKSPRÜFUNG]
- [BRANDSCHUTZ]
- [GEOTECHNIK]
- [VERKEHRSWEGEBAU]
- [MATERIALPRÜFUNG]



Sicherheit und Qualität seit 1869

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Do	1 So Neujahr	1 Mi	1 Mi	1 Sa	1 Mo Tag der Arbeit	1 Do	1 Sa	1 Di	1 Fr	1 So	1 Mi Allerheiligen	1 Fr	1 Mo Neujahr
2 Fr	2 Mo KW 1	2 Do	2 Do	2 So	2 Di KW 18	2 Fr	2 So	2 Mi	2 Sa	2 Mo KW 40	2 Do	2 Sa	2 Di KW 1
3 Sa	3 Di	3 Fr	3 Fr	3 Mo KW 14	3 Mi	3 Sa	3 Mo KW 27	3 Do	3 So	3 Di Tag d. Dt. Einheit	3 Fr	3 So	3 Mi
4 So	4 Mi	4 Sa	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Di	4 Fr	4 Mo KW 36	4 Mi	4 Sa	4 Mo KW 49	4 Do
5 Mo KW 49	5 Do	5 So	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 23	5 Mi	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr
6 Di	6 Fr Hl. Drei Könige	6 Mo KW 6	6 Mo KW 10	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo KW 45	6 Mi	6 Sa Hl. Drei Könige
7 Mi	7 Sa	7 Di	7 Di	7 Fr Karfreitag	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo KW 32	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So
8 Do	8 So	8 Mi	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 19	8 Do Fronleichnam	8 Sa	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo KW 2
9 Fr	9 Mo KW 2	9 Do	9 Do	9 So Ostersonntag	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi	9 Sa	9 Mo KW 41	9 Do	9 Sa	9 Di
10 Sa	10 Di	10 Fr	10 Fr	10 Mo Ostermontag	10 Mi	10 Sa	10 Mo KW 28	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi
11 So	11 Mi	11 Sa	11 Sa	11 Di KW 15	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 Mo KW 37	11 Mi	11 Sa	11 Mo KW 50	11 Do
12 Mo KW 50	12 Do	12 So	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 24	12 Mi	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr
13 Di	13 Fr	13 Mo KW 7	13 Mo KW 11	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo KW 46	13 Mi	13 Sa
14 Mi	14 Sa	14 Di	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo KW 33	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So
15 Do	15 So	15 Mi	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 20	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo KW 3
16 Fr	16 Mo KW 3	16 Do	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Sa	16 Mo KW 42	16 Do	16 Sa	16 Di
17 Sa	17 Di	17 Fr	17 Fr	17 Mo KW 16	17 Mi	17 Sa	17 Mo KW 29	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi
18 So	18 Mi	18 Sa	18 Sa	18 Di	18 Do Himmelfahrt	18 So	18 Di	18 Fr	18 Mo KW 38	18 Mi	18 Sa	18 Mo KW 51	18 Do
19 Mo KW 51	19 Do	19 So	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 25	19 Mi	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr
20 Di	20 Fr	20 Mo KW 8	20 Mo KW 12	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo KW 47	20 Mi	20 Sa
21 Mi	21 Sa	21 Di Fastnacht	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo KW 34	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So
22 Do	22 So	22 Mi	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 21	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo KW 4
23 Fr	23 Mo KW 4	23 Do	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 So	23 Mi	23 Sa	23 Mo KW 43	23 Do	23 Sa	23 Di
24 Sa Heiligabend	24 Di	24 Fr	24 Fr	24 Mo KW 17	24 Mi	24 Sa	24 Mo KW 30	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 So Heiligabend	24 Mi
25 So Weihnachten	25 Mi	25 Sa	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 Mo KW 39	25 Mi	25 Sa	25 Mo Weihnachten	25 Do
26 Mo Weihnachten	26 Do	26 So	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo KW 26	26 Mi	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Di Weihnachten	26 Fr
27 Di KW 52	27 Fr	27 Mo KW 9	27 Mo KW 13	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo KW 48	27 Mi KW 52	27 Sa
28 Mi	28 Sa	28 Di	28 Di	28 Fr	28 So Pfingstsonntag	28 Mi	28 Fr	28 Mo KW 35	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So
29 Do	29 So	29 Mi	29 Mi	29 Sa	29 Mo Pfingstmontag	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo KW 5
30 Fr	30 Mo KW 5	30 Do	30 Do	30 So	30 Di KW 22	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Sa	30 Mo KW 44	30 Do	30 Sa	30 Di
31 Sa Silvester	31 Di	31 Fr	31 Fr	31 Mi	31 Mo	31 Do	31 Mo KW 31	31 Do	31 Di	31 Mi	31 Do	31 So Silvester	31 Mi

DIE LGA IN ZAHLEN

LGA

Sicherheit und Qualität seit 1869

8
PRÜFÄMTER für
STANDSICHERHEIT in
Bayern

150
über 150 Jahre
SICHERHEIT UND
QUALITÄT
1869

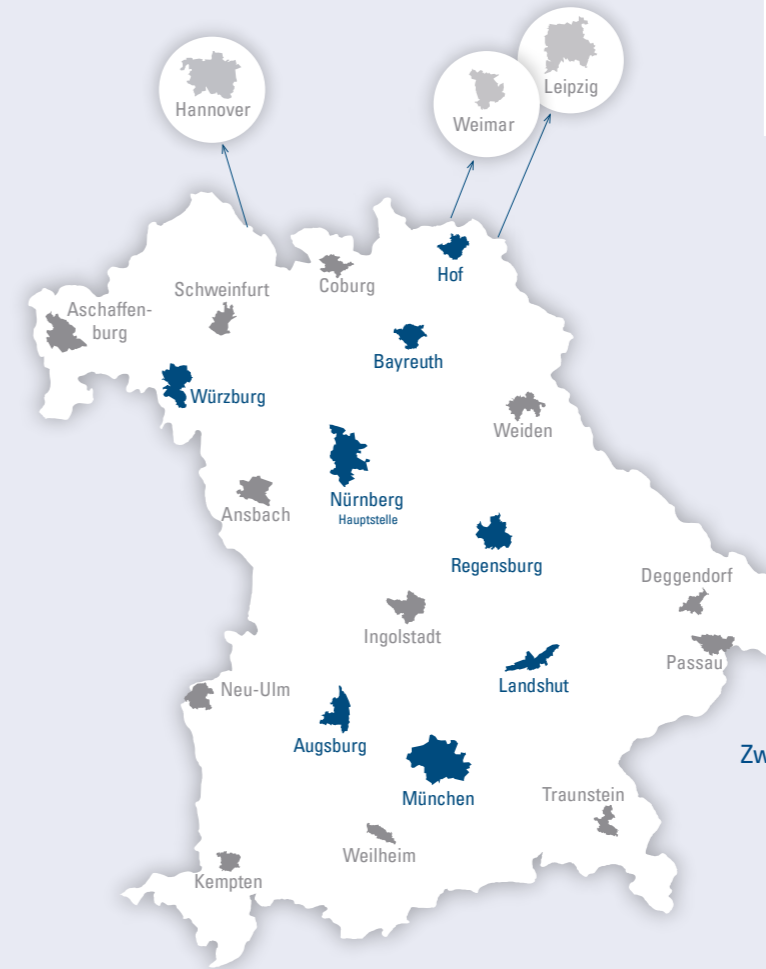
6
INGENIEUR- und
PRÜFDIENSTLEISTUNGS-
FELDER im Baubereich

23
STANDORTE
deutschlandweit

380
engagierte
MITARBEITER*INNEN

210
BAUINGENIEUR*INNEN
stehen für Kompetenz
am Bau

60
TECHNISCHE
Angestellte



Zweigstellen mit Prüfamt
für Standsicherheit
Außenstellen
weitere Standorte

DIENTSTLEISTUNGEN DER LGA

PRÜFSTATIK

DIE FACHRICHTUNGEN

- Metallbau
- Holzbau
- Massivbau

SPEZIALGEBIETE

- Brückenbau
- **Glaskonstruktionen**
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Brandschutztechnische Nachweise
- Fliegende Bauten
- **Typenprüfungen**
- Windenergieanlagen
- **EBA-Anerkennung** für Massiv- und Metallbau, Schweißtechnik

BAUWERKSPRÜFUNG

- Überwachung und Bewertung des Zustandes von Strukturen, Bauwerken und Gebäudeschäden
- Sensorgestütztes **Bauwerksmonitoring**
- Zerstörungsfreie Prüfung
- Bauwerksprüfungen nach **DIN 1076** und **VDI 6200**
- Erschütterungsüberwachung nach DIN 4150
- Begutachtung historischer Bauwerke
- **Beweissicherung**
- Realtime-Überwachung von Schwerlastüberfahrten
- Instandsetzungskonzepte
- Sachverständige für Schadensfälle und Gerichtsgutachten

BRANDSCHUTZ

FEUERWIDERSTAND VON BAUARTEN UND BAUPRODUKTEN

- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten, wie z.B. hochfeste Stützen, Rippendecken
- Feuerwiderstand unregelmäßiger Bauprodukte und Bauarten

BRANDSCHUTZNACHWEISE

- **Integrale Brandschutznachweise** für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Abweichungen nach LBO
- **Naturbrandsimulation** und weitere moderne Verfahren

FORSCHUNG UND NORMUNG

- Normungsarbeit im DIN und DIBt
- Anwendungsforschung

GEOTECHNIK

- Gründungen, Baugruben, Spezialtiefbau
- **Tunnel- und U-Bahnbau**
- Dämme und Stützbauwerke
- Hydrologie
- Erdbebennachweise für erdverlegte Rohre und Schächte
- **FEM-Anwendung** in der Geotechnik
- Bewertung dynamischer Stabilität und Erschütterung im Bahnbereich
- **EBA-Anerkennung** für Grund- und Erdbau, Felsbau im Eisenbahnbau

VERKEHRSWEGEBAU

- Geotechnik für Verkehrswege
- Erdbau
- Gesteinskörnungen, Baustoffgemische und **Recyclingbaustoffe**
- Prüfung von Beschichtungssystemen
- Boden- und Felsmechaniklabor
- **Asphalt / Bitumen**
- Fahrbahnmarkierungsstoffe
- Zustandserfassung und Tragfähigkeitsuntersuchung an Verkehrsflächen
- Erhaltungsmanagement
- **Prüfstelle nach RAP Stra**

MATERIALPRÜFUNG

- Baustoffe und Bauprodukte
- **Betontechnologie**
- Beton- und Baustofflabor
- **Anlagen nach WHG/AwSV**
- Denkmalpflege
- Bauprodukte, Fassaden- und Massivbau
- Überwachen und **Zertifizieren von Bauprodukten**
- Naturstein- und Fassadentechnik
- Zerstörungsfreie Untersuchungsmethoden